



DIALOG GLOBAL

PARTNER FÜR EINE WELT – GESTALTUNG UND
NUTZEN KOMMUNALER PARTNERSCHAFTEN

Praxisleitfaden | Nr. 9

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon: +49 228 20717-670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 9

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Konzept und Redaktion: Alice Balbo, Doreen Eismann, Luca Haas, Anne Klanke, Janna Lieser, Wencke Müller, Nadine Thoß

Texte: Barbara Baltsch

Titelfoto: Bildagentur PantherMedia/Rawpixel

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Königswinter

Druck: Bonifatius GmbH

100% Recyclingpapier, CircleOffset White

Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, März 2018

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Dieses Druck-Erzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.



DIALOG GLOBAL
PARTNER FÜR EINE WELT
GESTALTUNG UND NUTZEN KOMMUNALER
PARTNERSCHAFTEN
Praxisleitfaden | Nr. 9

Vollständig überarbeite und aktualisierte Neuauflage 2018

INHALT

1.	Vorwort.....	6
2.	Die zehn wichtigsten Fragen und Antworten zu kommunalen Partnerschaften	8
3.	Kommunale Entwicklungspolitik – eine Einführung	11
3.1	Kommunale Partnerschaften in Deutschland	12
3.2	Rechtliche Grundlagen Kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland	14
3.3	Finanzielle Beiträge von Bund, Ländern und Kommunen	16
3.4	Internationale Würdigung Kommunalen Entwicklungspolitik.....	18
3.5	Vorteile und Nutzen kommunaler Partnerschaften	20
4.	Handlungsempfehlungen	22
4.1	Suche und Kontaktaufnahme zu einer Partnerkommune.....	22
4.2	Gestaltung der kommunalen Partnerschaft.....	25
4.3	Kriterien für die Konzeption einer kommunalen Partnerschaft	29
4.4	Kontinuität und Langfristigkeit kommunaler Partnerschaften	32
4.5	Themen und Aktivitäten kommunaler Partnerschaften	34
4.5.1	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.....	34
4.5.2	Umwelt- und Ressourcenschutz	36
4.5.3	Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus und Fairer Handel	38
4.5.4	Bildung und Wissenschaft	41
4.5.5	Verwaltung und Stadtentwicklung	43
4.5.6	Flucht und Migration.....	45
4.5.7	Kunst, Kultur und Sport	47
4.5.8	Gesundheit und Soziales.....	48
4.6	Finanzierung und Förderung	50
4.7	Innovative Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit kommunaler Partnerschaften	56

5.	Themenfelder der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	59
5.1	Fairer Handel und Faire Beschaffung	60
5.2	Global Nachhaltige Kommune.....	61
5.3	Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen	62
5.4	Migration und Entwicklung	63
6.	Serviceteil	65
	Ansprechpartner bundesweit	65
	Bundesweit tätige Stiftungen	66
	Ansprechpartner in den Bundesländern	67
	Kurzprofile von Fördereinrichtungen und Förderprogrammen	75
	Nützliche Internetseiten, Datenbanken und Partnerschaftsbörsen	76

1. VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunen sind heute zu wichtigen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Bei der Frage, wie die großen globalen Herausforderungen gemeistert werden können, verweisen nationale Regierungen, aber auch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen zunehmend auf die Bedeutung von Kommunen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass jede Entwicklung auf stabilen und funktionierenden kommunalen Strukturen aufbauen muss, wenn sie den Anspruch auf Nachhaltigkeit auch nur halbwegs erfüllen will.

Auch die im September 2015 verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und das im Dezember 2015 beschlossene Pariser Klimaabkommen weisen den lokalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele eine Schlüsselrolle zu. Eines der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele nimmt dabei die kommunale Ebene explizit in die Pflicht und fordert „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig [zu] machen“. Aber auch weitere Nachhaltigkeitsziele wie „bezahlbare und saubere Energie“, „nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“ und „Maßnahmen für den Klimaschutz“ können ohne die Kommunen nicht erreicht werden. Ein weiteres Nachhaltigkeitsziel ruft dazu auf, globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung auf- und auszubauen.

Viele deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden verstehen sich inzwischen als Teil einer globalen Verantwortungsgemeinschaft und sind entwicklungspolitisch aktiv. Neben dem verantwortungsbewussten Handeln in der eigenen Kommune gewinnt dabei die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Partnern im Globalen Süden immer mehr an Bedeutung. Denn im direkten Erfahrungsaustausch

zwischen Kommunen im Globalen Norden und im Globalen Süden, aber auch durch die gemeinsame Umsetzung konkreter Projekte lassen sich auf lokaler Ebene bürgernahe und nachhaltige Lösungen für dringende ökologische, ökonomische und soziale Probleme finden.

Mittlerweile engagieren sich bereits mehr als 650 deutsche Kommunen in kommunalen Partnerschaften mit Kommunen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa. Sie engagieren sich in Klimapartnerschaften, beteiligen sich am Aufbau demokratischer Strukturen und vermitteln kommunales Know-how. Dabei arbeiten sie eng mit entwicklungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie migrantischen Organisationen zusammen.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global unterstützt deutsche Kommunen, die mit Partnern im Globalen Süden partnerschaftlich zusammenarbeiten. Neben Beratungs- und Fördermöglichkeiten bietet die Servicestelle auch Hilfe bei der Suche nach Partnerkommunen und dem Aufbau neuer kommunaler Partnerschaften an.

Die kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – und die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas begrüßen das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen und setzen sich seit vielen Jahren für deren Stärkung ein. Durch ihre Beteiligung in den Gremien der Servicestelle wirken sie unmittelbar an der Weiterentwicklung der umfangreichen Informations- und Unterstützungsangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zur kommunalen Entwicklungspolitik mit.

Der vorliegende Praxisleitfaden soll Kommunalpolitik und -verwaltung und weiteren lokalen Akteuren eine Hilfestellung geben, ihr partnerschaftliches Engagement sinnvoll, effizient und nachhaltig zu gestalten.

Wir wünschen eine gute Lektüre!



Christiane Overmanns

Vorsitzende KEZ-Ausschuss,
Deutscher Rat der Gemeinden
und Regionen Europas (RGRE)



Dr. Stefan Wilhelmy

Bereichsleiter der Servicestelle
Kommunen in der Einen Welt
(SKEW)

2. DIE ZEHN WICHTIGSTEN FRAGEN UND ANTWORTEN ZU KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN

Frage 1: Warum engagieren sich Kommunen entwicklungspolitisch?

Die Kommunen stehen trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen weltweit vor ähnlichen Herausforderungen. Globale Probleme wie Armut und Hunger, Krieg und Flucht oder Klimaerwärmung wirken sich direkt auf das Leben der Menschen vor Ort aus. Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen wendet sich deshalb explizit auch an Kommunen, ohne deren Engagement eine weltweit nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist. Deutsche Kommunen bekennen sich zu ihrer Verantwortung und engagieren sich entwicklungspolitisch – vor Ort in ihren Städten, Landkreisen und Gemeinden sowie weltweit. Eine der besten Möglichkeiten hierfür bieten Kooperationen mit Kommunen im Globalen Süden im Rahmen kommunaler Partnerschaften.

Frage 2: Welche Arten von Partnerschaften gibt es?

Mit den wachsenden globalen Herausforderungen haben sich auch die Formen internationaler kommunaler Zusammenarbeit erweitert. Neben den klassischen kommunalen Partnerschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst der Völkerverständigung und Aussöhnung dienten und auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Grundlage kommunalen Handelns bilden, arbeiten deutsche Kommunen heute verstärkt in Themen- und Projektpartnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden zusammen. Auch die Kooperation im Rahmen von Dreiecks- und Ringpartnerschaften sowie themenzentrierten, regionalen oder weltweiten Netzwerken hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.

Frage 3: Welchen Mehrwert haben Kommunen, wenn sie eine Partnerschaft eingehen?

Kommunen können weltweit viel voneinander lernen. Der internationale Erfahrungsaustausch guter kommunaler Praxis bringt auf beiden Seiten

neues Wissen und neue Kompetenzen hervor. Viele Kommunen im Globalen Süden verfügen etwa über weitreichende Erfahrungen bei der Anpassung an den Klimawandel, von denen deutsche Kommunen profitieren können. Auch auf den Gebieten der Bürgerbeteiligung, der Bildungsarbeit und der Nutzung sozialer Medien können deutsche Kommunen von Partnerkommunen lernen. Zudem tragen interkulturelle Begegnungen mit Partnern im Globalen Süden, aber auch die Einbeziehung weiterer Akteure wie migrantischer Organisationen in die Partnerschaft zum interkulturellen Verständnis und zum sozialen Zusammenhalt vor Ort bei. Weltoffenheit und Toleranz sind darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor für die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Und nicht zuletzt: In der Bevölkerung wächst das Bewusstsein für die komplexen Herausforderungen in einer globalisierten Welt.

Frage 4: Wie kann eine Partnerschaft aussehen? Welche Themen können angegangen werden?

Die möglichen Themen kommunaler Partnerschaften können im Grunde fast alle Bereiche kommunalen Handelns betreffen. Sie reichen vom klassischen Austausch von Schulen und Vereinen über den Erfahrungsaustausch zu guter Regierungsführung bis zu Projekten im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge oder dem Klimaschutz. Entscheidend ist, welche Themen für beide Partner wichtig und wo gemeinsame Anknüpfungspunkte vorhanden sind. Bewährt haben sich konkrete Projekte mit einem Mehrwert für beide Seiten, deren Wirkung und Erfolg messbar sind.

Frage 5: Wie finden sich die richtigen Partner?

Gute Anknüpfungspunkte für die Suche nach dem richtigen Partner bieten lokale Akteure wie Kirchengemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Eine-Welt-Vereine und migrantische Organisationen vor Ort, die bereits Kontakte in Länder des Globalen Südens unterhalten. Auch private Initiativen und Einzelpersonen sind häufig

entwicklungspolitisch aktiv. Für Kommunen ist es grundsätzlich sinnvoll, sich dieses Engagements anzunehmen und es zusammenzuführen. Daneben können zum Beispiel Kooperationen zwischen Universitäten und auch Privatunternehmen Anknüpfungspunkte bieten. Auch im Rahmen von bestehenden Länderpartnerschaften lassen sich kommunale Partnerschaften anbahnen. Hilfe bei der Suche nach geeigneten Partnern bieten darüber hinaus die kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und Landesebene, die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas sowie die in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten Organisationen und Netzwerke. Auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vermittelt über ihre Projekte sowie in Zusammenarbeit mit den genannten Verbänden kommunale Partner.

Frage 6: Worauf basiert eine erfolgreiche Partnerschaft?

Eine erfolgreiche kommunale Partnerschaft basiert auf gemeinsamen Interessen und Zielen, die in einem Partnerschaftsvertrag oder einer gemeinsamen Erklärung bzw. Vereinbarung festgehalten, von der örtlichen Politik unterstützt und von der Zivilgesellschaft mitgetragen werden. Wichtig für den Erfolg sind insbesondere eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, gegenseitiges Verständnis und das Engagement der beteiligten Vertreterinnen und Vertreter der Partnerkommunen. Sie sollten sich persönlich kennenlernen, regelmäßig treffen und intensiv austauschen. Denn beide Seiten können nur Gewinn aus der Partnerschaft ziehen, wenn alle Akteure gleichberechtigt auf Augenhöhe miteinander umgehen und gegenseitig voneinander lernen.

Frage 7: Kooperation auf Augenhöhe – wie funktioniert das?

Eine Kooperation auf Augenhöhe zeichnet sich durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit gemeinsamen Entscheidungen und klarer Aufgabenverteilung aus. Dabei sollten die Partner gemeinsame Bedarfe und Ziele definieren, aber auch Unterschiede respektieren und berücksichtigen. Kooperation auf Augenhöhe funktioniert am besten, wenn ein Wissenstransfer in beide Richtungen gelingt und beide Partner einen Mehrwert in der Zusammenarbeit sehen. Grundlegend sind eine interkulturell sensible und kompetente Kommunikation sowie Offenheit und gegenseitiges Vertrauen.

Frage 8: Wie engagieren sich andere europäische Kommunen in Partnerschaften und wie sieht eine mögliche Zusammenarbeit aus?

Auch Kommunen in anderen europäischen Ländern haben den Nutzen kommunaler Partnerschaften erkannt und pflegen Kontakte im Globalen Süden, insbesondere zu Kommunen in ehemaligen Kolonien. Frankreich beispielsweise unterhält auch auf der kommunalen Ebene enge Kontakte mit afrikanischen Ländern, Spanien mit lateinamerikanischen und Großbritannien mit den Ländern des Commonwealth. Aber auch in anderen europäischen Ländern engagieren sich Kommunen in internationalen Partnerschaften. Da diese Kommunen in der Regel auch kommunale Partnerschaften in Deutschland unterhalten, bietet sich für deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden eine Kooperation in Dreiecks- oder Ringpartnerschaften an. So arbeiten bereits einige deutsch-französische Partnerkommunen mit Kommunen in Afrika. Dies kann unter bestimmten Voraussetzungen einen erheblichen Mehrwert bieten, führt aber natürlich zugleich zu einer komplexeren Partnerschaftsstruktur.

Frage 9: Wo erhalten Kommunen Unterstützung für ihre Partnerschaftsaktivitäten?

Neben den kommunalen Spitzenverbänden und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ist die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die erste Adresse in der Bundesrepublik für alle Fragen kommunaler Partnerschaften im entwicklungspolitischen Kontext. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung berät, begleitet und fördert die Servicestelle deutsche Kommunen in ihrem entwicklungspolitischen Engagement und hat dazu das Angebot der Service- und Unterstützungsinstrumente in den letzten Jahren erheblich ausbauen können. Daneben bieten auch die Bundesländer sowie zahlreiche Institutionen, Organisationen und Netzwerke Unterstützung bei der Konzeption und Gestaltung kommunaler Partnerschaften an.

Frage 10: Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?

Die Finanzierungsmöglichkeiten für kommunale Partnerschaften und Projekte haben sich kontinuierlich verbessert. So hat der Bund seine Förderangebote für Kommunen ausgebaut und die Mittel aufgestockt. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gerade in den letzten Jahren eine Vielzahl von Förderinstrumenten auf- und ausgebaut. Dabei fördert die Servicestelle nicht nur Projekte, sondern bietet über einen Kleinprojektfonds auch Möglichkeiten zur Finanzierung von Fachaustausch und Expertenentsendungen an. Daneben stellen auch Bundesländer, Stiftungen, Verbände und Netzwerke Fördermittel zur Verfügung. Zudem richten sich einige Förderprogramme der Europäischen Union an Kommunen. Spendenaufrufe sowie die Gewinnung von Sponsoren bieten weitere Möglichkeiten, Mittel zu akquirieren. Einen Einstieg in das Thema der Finanzierung entwicklungspolitischer Vorhaben bietet die Förderdatenbank „Finanzierungsratgeber“¹ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.



Wie die nordrhein-westfälische Stadt Hürth haben viele deutsche Kommunen mehrere Partnerkommunen in West, Ost und Süd.
© Barbara Baltsch

1 „Finanzierungsratgeber“: <https://skew.engagement-global.de/finanzierungsratgeber.html>.

3. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK – EINE EINFÜHRUNG

Immer mehr deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden engagieren sich in der Kommunalen Entwicklungspolitik. Sie unterstützen den Fairen Handel, fassen Beschlüsse zur Fairen und nachhaltigen Beschaffung, setzen sich ehrgeizige Ziele im Klimaschutz und fördern die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ihrer Zivilgesellschaft. Dieses entwicklungspolitische Engagement im Inland findet seine Entsprechung im Ausland: Kommunen pflegen Partnerschaften und Kooperationen mit kommunalen Partnern in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa, beteiligen sich am Aufbau demokratischer Strukturen und vermitteln kommunales Know-how. Dabei arbeiten sie eng mit entwicklungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantischen Organisationen und in Netzwerken zusammen.

Mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Entwicklung kann nicht länger – auch nicht von Ökonominen und Ökonomen – als Maximierung des materiellen Wohlstands definiert, sondern muss als ein ökologisch-sozialer Prozess begriffen werden, der auch künftigen Generationen überall auf der Erde Chancen auf ein menschenwürdiges Leben bietet. Partnerschaft, Solidarität und Verständigung zwischen allen Ländern und Völkern sind in unserer globalisierten Welt unverzichtbar geworden. Die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Sicherung von Frieden und Freiheit und die menschliche und soziale Gestaltung der Globalisierung erfordern gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft – und zwar unter breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen sowie seitens der Privatwirtschaft. Durch ihre Nähe zu den Menschen, den Unternehmen und den vielfältigen lokalen Initiativen sowie ihre Kompetenzen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge kommt den Kommunen hier eine entscheidende

Rolle zu. Ohne ihre aktive Mitgestaltung sind eine nachhaltige Entwicklung und langfristige Sicherung unserer Lebensgrundlagen nicht denkbar.

Hinweis

„Kommunale Entwicklungspolitik“ und „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“

Unter Kommunalen Entwicklungspolitik wird „die Summe der Mittel und Maßnahmen verstanden, die die Kommunen einsetzen und ergreifen, um die global nachhaltige Entwicklung in der eigenen Kommune, ebenso wie in Partnerkommunen in Entwicklungs- und Transformationsländern zu fördern. Sie umfasst neben den Maßnahmen im Inland, wie die Informations- und Bildungsarbeit, auch die Entwicklungszusammenarbeit, d.h. die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Partnerkommunen im Ausland durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen auf der jeweils korrespondierenden Ebene sowie das zur Verfügung stellen von Ressourcen.“ So steht es im Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit vom 7. Juni 2010 zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Die Definition des Bund-Länder-Ausschusses erfolgte dabei in enger Anlehnung an die im Jahr 2009 vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) herausgegebene Studie zur Kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland.

Der häufig verwendete Begriff der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bezieht sich dagegen nur auf die Mittel und Maßnahmen, die Städte, Landkreise und Gemeinden einsetzen und ergreifen, um die nachhaltige Entwicklung in Partnerkommunen des Globalen Südens zu fördern.

3.1 Kommunale Partnerschaften in Deutschland

Zentrales Element des Engagements deutscher Kommunen im Ausland sind die kommunalen Partnerschaften. Sie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst mit Kommunen in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen, um die vom Krieg gebeutelten Bevölkerungen aus den ehemals verfeindeten Ländern wieder anzunähern. Zu den ersten Verbindungen Ende der 1940er-Jahre gehörten deutsch-britische Partnerschaften wie die zwischen Hannover und Bristol oder zwischen Bonn und Oxford. Ab 1950 kamen deutsch-französische Partnerschaften wie die zwischen Ludwigsburg und Montbéliard hinzu. Daneben gab es in den 1960er-Jahren erste Kooperationsansätze mit Kommunen in Afrika und Asien, beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen Köln und Tunis/Tunesien (seit 1964), zwischen Stuttgart und Bombay/Indien (seit 1966) und zwischen Hannover und Blantyre/Malawi (seit 1969).

Info

Hintergrundinformation Postkolonialismus

Viele der heutigen Nord-Süd-Beziehungen sind durch Fremdherrschaftsverhältnisse in der Vergangenheit entstanden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte mit der Industrialisierung auch ein wachsender Bedarf nach Rohstoffen ein. Damit begann die Hochphase des Kolonialismus. Viele rohstoffreiche Gebiete wurden fremdgesteuert, hauptsächlich afrikanische Länder, aber auch Regionen in Lateinamerika und Asien. Charakteristisch für die Kolonien waren Machtasymmetrien, die Fremdherrschaft durch territorial entfernte Autoritäten und ein Gesellschaftsmodell, das Kolonisatoren und Kolonisierten getrennte soziale Klassen zuwies. Dieses Verständnis führte zu einer Trennung beider Gesellschaften auf der Basis eines unterschiedlichen Entwicklungsstandes, der durch die Kolonisatoren vorgegeben wurde.

Zwar wurde in den 1960er-Jahren in den meisten Kolonien die staatliche Unabhängigkeit erklärt, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen blieben aber tief verwurzelt und sind heute noch in vielen Formen sichtbar. Ein

Beispiel in diesem Zusammenhang ist eine andauernde (wirtschaftliche) Abhängigkeit von territorial entfernten Gebieten in Form von Handelsbeziehungen und die Einbindung von Niedriglohn-Arbeitskräften in der Produktion durch multinationale Konzerne mit intransparenten Lieferketten. Auch politische Systeme und soziale Normen, die an die ehemaligen Herrschaftsverhältnisse angepasst sind, werden teilweise fortgeführt. Die technisch-industrielle Modernisierung – etwa in der Landwirtschaft – wird weiterhin von Industrieländern dominiert und gilt als universaler Standard. Dies geschieht häufig ungeachtet der lokalen Bedürfnisse, der umweltspezifischen Gegebenheiten oder sozialer Normen.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012)

Das kommunale Interesse an Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden² stieg im Zuge der Dekolonialisierung und Herausbildung unabhängiger Nationalstaaten in den 1970er- und 1980er-Jahren. Zahlreiche Partnerschaften – wie die zwischen Reutlingen und Bouaké/Elfenbeinküste (seit 1970), Dresden und Brazzaville/Kongo (seit 1975) sowie Hamm und Mazatlán/Mexiko (seit 1978) – wurden begründet. Zudem entwickelten sich ab 1985 aus der Solidaritätsbewegung mit der Sandinistischen Revolution in Nicaragua heraus mehrere kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika. Von den heute bestehenden mehr als 30 Partnerschaften mit Nicaragua (hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen und Hessen) sind 20 in der Zeit von 1985 bis 1992 gegründet worden.³

Ebenfalls seit Ende der 1980er-Jahre entwickelten sich verstärkt deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaften. Auslöser hierfür war, neben der neuen Offenheit durch die Perestroika-Politik des

2 Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Im Gegensatz dazu steht der Begriff Globaler Norden, der eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Lage definiert. Die Einteilung verweist auf die unterschiedlichen Erfahrungen mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als Profitierende und einmal als Ausgebeutete. Die Einteilung in Süd und Nord ist zwar auch geografisch gedacht, aber nicht ausschließlich (Quelle: global e.V.).

3 Vgl. *Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Deutsche Sektion*, Datenbank der kommunalen Partnerschaften: www.rgre.de/partnerschaften0.html.

damaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, vor allem die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986, in deren Folge es zu zahlreichen Hilfsprojekten zwischen Deutschland und der Ukraine kam.



Zu den ersten Partnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und Nicaragua gehört die 1988 geschlossene Städtepartnerschaft zwischen Köln sowie Corinto und El Realejo. © Stadt Köln

Einen weiteren Aufschwung erlebten die kommunalen Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden nach der „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992. Die dort beschlossene Agenda 21 hob die Verantwortung aller – auch die der Kommunen – für die weltweite Entwicklung hervor.

Neben Partnerschaften in Afrika und Lateinamerika wurden in den vergangenen Jahren besonders viele Partnerschaften zwischen deutschen und chinesischen Kommunen geschlossen, wobei hier neben Zielen der Völkerverständigung insbesondere Wirtschaftskooperationen im Vordergrund stehen. An Bedeutung zugenommen haben auch kommunale Partnerschaften mit Ländern im Nahen Osten und der Türkei. Motive zur Gründung von deutsch-türkischen kommunalen Partnerschaften, die seit dem Putschversuch in der Türkei (2016) teilweise unter den politischen Spannungen zwischen beiden Ländern leiden, waren zum einen die Heranführung der Türkei an die Europäische Union (EU), zum anderen die bessere Integration türkischstämmiger Einwohnerinnen und Einwohner in die deutschen Kommunen.

Die rasant fortschreitende Globalisierung und zunehmende Anerkennung der Kommunen als wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler, europäischer, nationaler

und regionaler Ebene in den Folgejahren führte dazu, dass heute fast 700 Kommunen⁴ in Deutschland Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Osteuropa pflegen. Diese kommunalen Partnerschaften sind wesentlich für die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, wenn nicht sogar deren Basis.

Tipp

Onlinedatenbank der kommunalen Partnerschaften

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und die kommunalen Spitzenverbände haben in der Vergangenheit auf Basis von Umfragen bei ihren Mitgliedern Listen mit bestehenden Partnerschaften, Freundschaften und Kontakten deutscher Städte, Landkreise und Gemeinden mit Kommunen im europäischen und außer-europäischen Ausland veröffentlicht. Diese Listen finden sich in einer Onlinedatenbank der kommunalen Partnerschaften, die gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) überarbeitet und aktualisiert wird. Dazu werden die bisherigen Kategorien leicht angepasst und die Partnerschaftsdatenbank wird mit der 2004 aufgebauten Projektdatenbank zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zusammengeführt. In die neue Datenbank fließen dann auch die umfassenden Informationen der Servicestelle zu kommunalen Partnerschaften ein.

Städte, Landkreise und Gemeinden sollten ihre kommunalen Partnerschaften in die Datenbank aufnehmen lassen. Denn über einen Eintrag erhalten sie nicht nur einen Überblick über das deutsche kommunale Engagement in der Einen Welt, sondern können sich auch mit anderen Akteuren austauschen und vernetzen sowie hilfreiche Informationen etwa über Finanzierungsmöglichkeiten erhalten.

Onlinedatenbank der kommunalen Partnerschaften: www.rgre.de/partnerschaften0.html

4 Eigene Berechnungen SKEW.

Das Engagement deutscher Städte, Landkreise und Gemeinden beschränkt sich nicht allein auf bilaterale Partnerschaften. Auch die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen etwa in Dreiecks- oder Ringpartnerschaften sowie in themenzentrierten regionalen oder weltweiten Städtenetzwerken wie dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder⁵ und dem weltweiten Netzwerk ICLEI – Local Governments for Sustainability⁶ hat an Bedeutung gewonnen.

An die Stelle der traditionellen kommunalen Partnerschaften treten heute verstärkt zeitlich und thematisch begrenzte Themen- oder Projektpartnerschaften, zum Beispiel kommunale Klima- oder Nachhaltigkeitspartnerschaften oder Projektpartnerschaften zur Stärkung von flüchtlingsaufnehmenden Kommunen in Nahost. Hintergrund ist, dass viele Kommunen aus organisatorischen wie finanziellen Gründen neben den von ihnen bereits geschlossenen offiziellen kommunalen Partnerschaften keine weiteren eingehen wollen und stattdessen zeitlich begrenzte Kooperationen bevorzugen. Generell richten die Kommunen ihren Fokus stärker auf inhaltliche als auf formale Aspekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.



Die Stadt Bonn, die Stadtwerke Bus und Bahn und Engagement Global brachten im Dezember 2017 gemeinsam die „Klimabahn“ mit den Maskottchen Bonni & Bo und Motiven der Partnerstädte auf die Schiene. © Stadtwerke Bonn/Martin Magunia

So hat etwa die Bundesstadt Bonn im April 1999 das „Konzept für Internationale Kontakte“ verabschiedet und pflegt nachhaltigkeitsorientierte

Projektpartnerschaften – derzeit mit Buchara/Usbekistan, Cape Coast/Ghana, Chengdu/China, La Paz/Bolivien, Minsk/Republik Belarus, Ulan Bator/Mongolei und mit der palästinensischen Stadt Ramallah. Diese Projektpartnerschaften unterscheiden sich von den herkömmlichen europäischen kommunalen Partnerschaften dadurch, dass sie sich auf bestimmte Bereiche wie etwa Kultur, Jugend sowie kommunalen Erfahrungsaustausch konzentrieren und nachhaltig und längerfristig einvernehmlich vereinbarte Kooperationsprojekte fördern.

3.2 Rechtliche Grundlagen Kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland

Auch wenn Kommunen heute als unverzichtbare und zentrale Akteure in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gewürdigt werden (siehe Kapitel 3.4), ist in Deutschland die rechtliche Grundlage kommunaler Auslandsaktivitäten unscharf.

Das Engagement der deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden in der Entwicklungszusammenarbeit ist eine freiwillige Aufgabe. Das Grundgesetz und die Verfassungen der Bundesländer sehen keine Ermächtigung der Kommunen zur Aufnahme von Auslandsbeziehungen vor. Eine derartige Aufgabe lässt sich aber aus der Selbstverwaltungsgarantie aus Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz ableiten. Zudem beschloss der Arbeitskreis III „Kommunale Angelegenheiten“ der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder im Oktober 1985, dass Gemeinden unter Berücksichtigung folgender Voraussetzungen Auslandsbeziehungen aufnehmen können:⁷

- Sie haben auf lokaler Ebene zu erfolgen und müssen daher Gemeinden oder vergleichbare Institutionen im Ausland zum Partner haben,
- sie müssen sich auf Gegenstände beziehen, die nach deutschem Rechtsverständnis Angelegenheiten der Gemeinden sind, und schließlich
- müssen die Aktivitäten zwischen deutscher und ausländischer Gemeinde auf den sogenannten örtlichen Wirkungskreis beschränkt bleiben.

⁵ Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder: www.klimabuendnis.org.

⁶ ICLEI – Local Governments for Sustainability: www.iclei.org.

⁷ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises III „Kommunale Angelegenheiten“ der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer am 3./4. Oktober 1985 in Reinbek, Top 7: Auslandsarbeit der Kommunen, abgedruckt in: *Paul von Kodolitsch, Kommunale „Außenpolitik“*. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften (DIFU-Materialien 2/89), S. 153.

Drei Jahre später, im Oktober 1988, sprachen die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder den Kommunen eine wichtige Rolle für die internationale Zusammenarbeit, insbesondere bei der Entwicklungszusammenarbeit, zu. In ihrem Beschluss stellten sie fest, „dass die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nicht nur vom Bund und den Ländern, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit getragen werden muss. Die Länder begrüßen und fördern deshalb das Engagement der Nicht-Regierungsorganisationen und der Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Aktivitäten von Gemeinden und von bürgerschaftlichen Initiativen.“⁸ Vor dem Hintergrund der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 bestätigten die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten 1994 ihren Beschluss von 1988 und hoben die Bedeutung der Kommunen für die Umsetzung der Agenda 21 besonders hervor.⁹

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2008 in Dresden wurde die Unterstützung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen erneut unterstrichen und der Wunsch nach einer sinnvollen Arbeitsteilung und Koordination zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen in Deutschland im Sinne eines kohärenten Auftretens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit betont.¹⁰ Unter Berücksichtigung der Paris-Erklärung (2005) und der Millenniumsentwicklungsziele von 2000 erklärten die Länder ihre Bereitschaft, ihren spezifischen Beitrag und ihre besonderen Kompetenzen in den Entwicklungsprozess einzubringen und die Partnerschaften der lokalen Gebietskörperschaften auf verschiedenen Ebenen weiter auszubauen. Eingebettet in die speziellen

Handlungsfelder der Länder betonten sie insbesondere den kommunalen Beitrag in der Kultur- und Bildungsarbeit, der Kooperation mit Migrantinnen und Migranten aus Ländern des Globalen Südens, in den Bereichen gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie beim *capacity building* für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen.

In Bezug auf diesen Beschluss erkannte im Juni 2010 auch der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit in seinen Empfehlungen zur Kommunalen Entwicklungspolitik das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen an und empfahl ihre Einbeziehung in einen staatlichen Mehrebenenansatz.¹¹



Die deutschen Bundesländer – hier einige Flaggen am Deutschen Eck in Koblenz – erkennen das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen an. © Dieter Schütz/pixelio.de

Seitdem wurden die Kommunen in allen Beschlüssen der Länder zur Entwicklungspolitik erwähnt. In ihrem Beschluss vom Juni 2014 zur Post-2015-Agenda betonten die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten etwa die Notwendigkeit eines abgestimmten, gemeinsamen Handelns sowohl zwischen Bund und Ländern als auch bei der Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kirchen für eine nachhaltige Entwicklung. Sie erachteten darüber hinaus „lokale, regionale, nationale wie internationale Kooperationen auf allen Ebenen für einen wichtigen Baustein bei der Weiterentwicklung einer globalen

-
- 8 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Oktober 1988, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.
- 9 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 1./2. Dezember 1994, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.
- 10 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2008, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.

-
- 11 Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008 zur Kommunalen Entwicklungspolitik, abrufbar unter: www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/wege_und_akteure/Beschluss_BLA_EZ_KEpol_110526.pdf.

nachhaltigen Entwicklung.“ Die Fachministerkonferenzen baten sie, diese Kooperationen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu unterstützen.¹²

Die Bedeutung eines abgestimmten, gemeinsamen Handelns für die Umsetzung der neuen Agenda 2030 wiederholten die Länderchefinnen und Länderchefs in ihrem Beschluss vom März 2016 zum Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes.¹³ Bei ihrem Treffen im Juli 2017 zur Vorbereitung der Besprechung mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel begrüßten die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten die Impulse der Bundesregierung für eine gestärkte Partnerschaft mit Afrika und bekräftigten, „ihr vielfältiges Engagement für nachhaltige Entwicklung in Afrika, insbesondere in Form von Länder- und Kommunalpartnerschaften fortzusetzen.“¹⁴

Die Beschlüsse der Länder wurden allerdings bisher nicht flächendeckend in den Gemeindeordnungen der Länder oder in den Länderverfassungen verankert. Nur das Kommunal selbstverwaltungsgesetz des Saarlandes und die Kommunalverfassung für Mecklenburg-Vorpommern enthalten die ausdrückliche gesetzliche Befugnis, partnerschaftliche Beziehungen zu Kommunen anderer Staaten zu entwickeln. In Rheinland-Pfalz ist eine explizite Ermächtigung zur Entwicklungszusammenarbeit in der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindeordnung enthalten.¹⁵

Über die Tatsache, dass Kommunale Entwicklungspolitik rechtlich gesehen „grundsätzlich zulässig“ ist, herrscht aber heute Konsens: „Solange der Bezug zur ‚örtlichen Gemeinschaft‘ deutlich ist, die Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden sich auf die Zusammenarbeit mit Kommunen im Ausland beschränken und die hauswirtschaftlichen Grundsätze eingehalten werden, besteht auch nach Meinung von Rechtsgelehrten kein begründeter Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Handlungen zahlreicher entwicklungspolitisch aktiver Kommunen in Deutschland.“¹⁶

3.3 Finanzielle Beiträge von Bund, Ländern und Kommunen

Die Mitglieder der Vollversammlung der Vereinten Nationen haben sich 1970 verpflichtet, jährlich mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sogenannte Official Development Assistance (ODA) erfüllten über viele Jahre hinweg nur Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Nachdem die Bundesregierung ihre Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht hatte, erreichte auch Deutschland 2016 erstmals – wenn auch bedingt durch die anrechenbaren Flüchtlingsausgaben im Inland – die Zielgröße von 0,7 Prozent Entwicklungsausgaben vom Bruttonationaleinkommen. Nach den vorläufigen Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom April 2017 investierte die Bundesrepublik demnach mehr als 22 Milliarden Euro in die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland war damit 2016 hinter den Vereinigten Staaten von Amerika der zweitgrößte Entwicklungspartner weltweit und der größte Geber in Europa.¹⁷

12 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 12. Juni 2014, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.

13 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 17. März 2016, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.

14 Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 1. Juli 2017, in: Beschlüsse der Deutschen Länder zur Entwicklungspolitik (1962–2017), abrufbar unter: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf.

15 Vgl. Bätge, Frank, Rechtliche Aspekte der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland (Dialog Global Nr. 49), hrsg. von Engagement Global, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn 2018.

16 Vgl. Fröhlich, Katrin/Lämmlein, Bernd, Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, hrsg. vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn 2009., S. 45.

17 Vgl. OECD, Ländervergleich Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 2016, abrufbar unter: www2.compareyourcountry.org/oda?lg=de.

Bei der Betrachtung der deutschen ODA muss berücksichtigt werden, dass sich die Mittel aus verschiedenen Quellen speisen. Neben Investitionen des Bundes und hier insbesondere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gehören dazu auch anrechenbare deutsche ODA-Mittel, die in den Haushalt der Europäischen Union fließen, sowie Gelder, die durch die Entwicklungsbank KfW am Kapitalmarkt aufgenommen und dann als Darlehen für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Zur ODA tragen zudem die deutschen Bundesländer bei. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug ihr Anteil an den öffentlichen Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2015 insgesamt 879,403 Millionen Euro und damit 5,4 Prozent der deutschen Gesamtausgaben in Höhe von insgesamt 16.173,1 Millionen Euro.¹⁸ Von den Mitteln der Bundesländer entfielen allerdings 845,522 Millionen Euro auf die ODA-anrechenbaren Studienplatzkosten von Studierenden aus Entwicklungsländern.¹⁹

Auch deutsche Kommunen engagieren sich finanziell in der Entwicklungspolitik, wenn auch nur in geringem Maße. Der finanzielle Aufwand in den entwicklungspolitisch aktiven Kommunen ist dabei erfahrungsgemäß sehr unterschiedlich, eine bundesweit belastbare Statistik liegt dazu aber bislang nicht vor. Neben kommunalen Partnerschaften im Globalen Süden unterstützen einige Städte, Landkreise und Gemeinden auch Projekte von entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und Initiativen vor Ort.

Info

Tool zur Erfassung der kommunalen Official Development Assistance (ODA)

Mit der zunehmenden Anerkennung der Kommunen als eigenständige Akteure der Entwicklungspolitik ist das Interesse gewachsen, neben der Relevanz und Wirksamkeit auch den Umfang der kommunalen Beiträge für die Entwicklungspolitik näher bestimmen zu können. Bislang fließen diese Beiträge in Deutschland nicht in die Erfassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ein. Mit der Erfassung kommunaler ODA-Beiträge kann allerdings zum einen ein Beitrag zur Erhöhung und umfassenderen Abbildung der deutschen ODA geleistet werden; zum anderen kann damit anerkannt und dokumentiert werden, dass Kommunen elementarer Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus einem Modellprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2013 im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen der SKEW und Nordrhein-Westfalen ein Tool zur Erfassung der kommunalen ODA entwickelt, das von Kommunen genutzt werden kann. Zur Nutzung des Tools sind lediglich ein Benutzername und ein Passwort erforderlich, die bei der Servicestelle erfragt werden können.

Tool zur Erfassung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von Kommunen:
www.oda-kommunal.de

18 Vgl. *Destatis*, Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. ODA (Official Development Assistance)-Leistungen der Bundesländer 2015, abrufbar unter: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Entwicklungszusammenarbeit/Tabellen/ODALeistungenDerBundeslaender.html.

19 Kosten für Studierende folgender Fächergruppen werden gemäß den Richtlinien des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit (Development Assistance Committee, DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nicht auf die ODA angerechnet: Sport, Kunst/Kunstwissenschaft, Sprach- und Kulturwissenschaften. Ebenso Kosten für Studierende, die nach Abschluss des Studiums ein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Dadurch ergeben sich Abweichungen gegenüber den Daten der Hochschulfinanzstatistik.

3.4 Internationale Würdigung Kommunaler Entwicklungspolitik

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit war in der Vergangenheit geprägt von der staatlichen Kooperation auf der einen Seite und den Unterstützungsinitiativen der Zivilgesellschaft auf der anderen. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit spielte lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Dies hat sich geändert. Mittlerweile werden die Kommunen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch international als eigenständige und wichtige Akteure zwischen diesen beiden Handlungsebenen wahrgenommen. Ihre Bedeutung wird entsprechend anerkannt.

Ein Meilenstein bei der Anerkennung des entwicklungspolitischen Engagements der Kommunen war die „UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992. Die dort verabschiedete Agenda 21 würdigt die Kommunen als relevante Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. In Kapitel 28 Satz 1 wird die Rolle der Kommunen konkret beschrieben: „Kommunen [...] wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“²⁰ Diese Würdigung der lokalen Ebene wird in der Lokalen Agenda 21 noch verdeutlicht, da die Kommunen sich mithilfe dieses Handlungsprogramms selbst eine Anleitung für nachhaltige Entwicklung geben können.

Auch auf den Nachfolgekongressen Rio + 5 im Jahr 1997 in New York, dem „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ 2002 in Johannesburg²¹ und dem Rio + 20-Gipfel in Rio 2012²² wurde die

Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik unterstrichen.



Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 bildete einen Meilenstein bei der Anerkennung des entwicklungspolitischen Engagements der Kommunen.
© UN Photo/Michos Tzovaras

Bei der Umsetzung der acht Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000²³ wurden die Kommunen ebenfalls als wichtige Akteure und Partner anerkannt. So unterstrich der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Rede beim UN-Sondergipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen im September 2005 die zentrale Bedeutung der weltweit vernetzten Städte und Gemeinden: „Unsere Ziele sind global, aber sie können am effektivsten durch das Wirken der kommunalen Ebene erreicht werden.“²⁴

Die im September 2015 mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedeten Nachfolgeziele der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*) nehmen die Kommunen sogar explizit in die Pflicht. Das elfte der insgesamt 17 Ziele fordert: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig

20 United Nations, AGENDA 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro, Juni 1992, abrufbar unter: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf, S. 291.

21 Vgl. United Nations, Bericht des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung. Johannesburg (Südafrika), 26. August – 4. September 2002, abrufbar unter: www.un.org/depts/german/conf/jhnnsbgr/a.conf.199-20.pdf, S. 70.

22 Vgl. United Nations, Auszug aus der Abschlusserklärung des Rio+20-Gipfels, Rio, Juni 2012, abrufbar unter: www.un.org/Depts/german/gv-66/band3/ar66288.pdf, S. 86.

23 Vgl. Vereinte Nationen, Generalversammlung, Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, verabschiedet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Abschluss des vom 6. – 8. September 2000 abgehaltenen Millenniumsgipfels in New York, abrufbar unter: www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklarung.pdf.

24 United Nations, The 2005 World Summit. High-Level Plenary Meeting of the 60th session of the UN General Assembly (14-16 September 2005, UN Headquarters, New York), abrufbar unter: www.un.org/en/events/pas-tevents/worldsummit_2005.shtml.

gestalten“²⁵. Diese Forderung wird in zehn Unterzielen konkretisiert, darunter das Recht auf Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, sicherer öffentlicher Nahverkehr sowie Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung. Aber auch die anderen globalen Nachhaltigkeitsziele wie „nachhaltige und moderne Energie“, „belastbare Infrastruktur“, „Innovationen unterstützen“ oder „Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen“ weisen den kommunalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu.

Ziel 11 spielt auch eine wichtige Rolle in der „Neuen Urbanen Agenda“²⁶, die auf dem dritten Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung (HABITAT III) im Oktober 2016 in Quito/Ecuador verabschiedet worden ist. Die „New Urban Agenda“ zielt darauf ab, nachhaltige Entwicklung und Stadtentwicklung miteinander zu verbinden und die Vision einer nachhaltigen Stadt in konkrete Maßnahmen vor Ort zu transferieren.



Immer mehr deutsche Kommunen setzen sich für die Ziele der Agenda 2030 ein, suchen den Erfahrungsaustausch und vernetzen sich. © JoHempel Photography

Nicht zuletzt fand die zentrale Bedeutung der Kommunen für die nachhaltige Zukunft der Welt auch ihren Niederschlag in der Abschlusserklärung der Weltklimakonferenz (COP 21) im Dezember 2015 in Paris. Ein erster Bezug zu lokalen Gemeinschaften findet sich bereits in der Präambel.

25 Vereinte Nationen, Generalversammlung, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, abrufbar unter: www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf, S. 23.

26 The United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development, The New Urban Agenda, abrufbar unter: <http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-German.pdf>.

Im „Übereinkommen von Paris“ selbst wird anerkannt, dass sich gerade lokale und regionale Gebietskörperschaften bereits seit vielen Jahren aktiv für die Bekämpfung des Klimawandels einsetzen. Gefordert wird zugleich eine weitere Intensivierung dieser Anstrengungen.²⁷

Diese und viele weitere Beschlüsse zeigen, dass die Kommunen mittlerweile ihren festen Platz in der Entwicklungspolitik haben. In Deutschland ergänzen sie die Entwicklungsarbeit der Bundesregierung und auch weltweit sind sie als zentrale Akteure für eine nachhaltige Entwicklung nicht mehr wegzudenken.

Tipp

Musterresolution für Kommunen



Im Rahmen des zweiten Vernetzungstreffens der Zeichnungskommunen der Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ im Mai 2017 in Köln wurden die bisherigen Unterzeichnerkommunen mit Urkunden geehrt. © JoHempel Photography

Kommunen in Deutschland wie auch weltweit sind sich ihrer globalen Verantwortung bewusst und beteiligen sich in unterschiedlichen Formen und Netzwerken an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Die Generalversammlung des Weltverbandes der Kommunen (United Cities and Local Governments, UCLG) verabschiedete 2005 die „Millenniums-Erklärung“ der Kommunen, die auf Initiative des Deutschen Städtetages (DST), des Deutschen Städte- und

27 Übereinkommen von Paris, abrufbar unter: www.bmubund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf.

Gemeindebundes (DStGB) und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) auch von zahlreichen deutschen Kommunen unterzeichnet wurde.

Da auch die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele nicht ohne die aktive Mitwirkung der Kommunen erreicht werden können, empfehlen die deutschen kommunalen Spitzenverbände ihren Mitgliedskommunen, sich – ähnlich wie bei den Millenniumsentwicklungszielen – für ausgewählte Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Deutsche Sektion des RGRE und der DST haben dazu eine Mustererklärung („2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“) erarbeitet, die durch die Servicestelle aktiv unterstützt wird. Durch Unterzeichnung dieser Erklärung können Städte, Landkreise und Gemeinden ihre Bereitschaft signalisieren, die Nachhaltigkeitsziele mit Leben zu füllen, und werden dazu von der Servicestelle intensiv beraten. Zudem laden die Deutsche Sektion des RGRE, DST und SKEW die Unterzeichnerkommunen regelmäßig zu Vernetzungstreffen ein.

Musterresolution zur Agenda 2030 der Deutschen Sektion des RGRE:
www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2030AgendaErklaerung.pdf

3.5 Vorteile und Nutzen kommunaler Partnerschaften

Die Globalisierung ist ein allgegenwärtiges Phänomen, das Kommunen im Globalen Norden und im Globalen Süden gleichermaßen vor besondere Herausforderungen stellt. Durch interkommunale Kooperationen im Rahmen von Partnerschaften können sie Erfahrungen und Kenntnisse austauschen und gemeinsam Lösungen für lokale und globale Probleme entwickeln. Dabei ist es wichtig, dass beide Seiten gleichberechtigt zusammenarbeiten, gegenseitig voneinander lernen und von der kommunalen Partnerschaft profitieren.

Die Zusammenarbeit und der Fachaustausch in kommunalen Partnerschaften dienen unter anderem der Personalentwicklung und Qualifizierung von kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch tragen ebenfalls in erheblichem Umfang zur interkulturellen Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei. Ist außerdem die Zivilgesellschaft verstärkt in die kommunalen Partnerschaften eingebunden, hilft der direkte Kontakt mit der Bevölkerung der Partnerkommunen bei der Bewusstseinsbildung für die Zusammenhänge globaler Themen und lokaler Nachhaltigkeit. Zudem tragen sie dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger zugewanderte Menschen und ihre Herkunft besser verstehen. Die Zusammenarbeit unterstützt somit auch die Integration.

Kommunale Partnerschaften bieten also mehr als ein internationales Image und bereichernde Begegnungen im Kultur- und Jugendaustausch. Sie eröffnen Möglichkeiten, gemeinsam den globalen Herausforderungen lokal zu begegnen, von- und miteinander zu lernen, soziale und ökonomische Gewinne zu erzielen und selbst aktiv und gestalterisch auf globale Bedrohungen zu reagieren.

Hinweis

**Zwischenruf zur Kommunalen
Entwicklungszusammenarbeit**

Sabine Drees vom Deutschen Städtetag (links) und Janina Salden vom Deutschen Städte- und Gemeindebund (Mitte) überreichten im Februar 2017 den Zwischenruf der kommunalen Spitzenverbände an den Geschäftsführer Dr. Jens Kreuter von Engagement Global. © Engagement Global

Anlässlich der Feier zum fünfjährigen Bestehen von Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen am 9. Februar 2017, zu der auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gehört, haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ein gemeinsames Papier überreicht.

In dem Zwischenruf „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit weiter denken“ weisen die kommunalen deutschen Spitzenverbände und die Deutsche Sektion des RGRE auf die Potenziale kommunaler Entwicklungszusammenarbeit hin. In Bezug auf kommunale Partnerschaften betonen sie ausdrücklich den Gestaltungswillen der deutschen Kommunen: „Die Städte, Landkreise und Gemeinden sind bereit, ihren Beitrag durch aktive Partnerschaften, Projekte und Wissenstransfers zu leisten.“ Das Papier enthält auch mögliche Aktivitäten und Ziele für die internationalen Aktivitäten von Kommunen.

Zwischenruf „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit weiter denken“:
www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/Zwischenruf_080217.pdf

4. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Kommunale Partnerschaften bieten vielfältige Potenziale für Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Erfolg und Nutzen hängen dabei maßgeblich von einer guten Planung und Organisation der Partnerschaftsarbeit ab. Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden helfen, ihre Kooperationen mit Kommunen in anderen Ländern systematisch zu planen und verlässlich und nachhaltig zu gestalten. Neben Informationen zur Gestaltung und praktischen Umsetzung kommunaler Partnerschaften finden Sie in diesem Kapitel auch Praxisbeispiele aus Kommunen, die als Anregung für die eigene Partnerschaftsarbeit dienen können.



Eine kommunale Partnerschaft sollte gut geplant und nachhaltig gestaltet werden. © European Union 2015 - Source: EP

4.1 Suche und Kontaktaufnahme zu einer Partnerkommune

Vor dem Eingehen einer kommunalen Partnerschaft steht die Suche nach einer geeigneten und passenden Partnerkommune, wobei die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme sehr vielfältig sind. Bei der Wahl des Partners ist es von Vorteil, wenn zumindest ein Minimum an Gemeinsamkeiten vorhanden ist – etwa hinsichtlich der Größe der Kommune, ihrer Lage (ländliche Region oder städtisches Ballungsgebiet), der Zusammensetzung der Bevölkerung, der wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten oder auch mit Blick auf pädagogische Einrichtungen wie Schulen und Universitäten. Dies sind jedoch keine zwingenden Voraussetzungen.

Eine gemeinsame Interessenlage kann auch eine solide Basis für eine Partnerschaft zwischen ungleichen Städten sein.

Anknüpfen an bestehende Kontakte und Aktivitäten vor Ort

Bei der Suche nach dem richtigen Partner sind häufig entwicklungspolitisch aktive Akteure vor Ort entscheidend. So sollte zunächst recherchiert werden, ob in der eigenen Kommune bereits Kontakte von Kirchengemeinden, Schulen, Nicht-regierungsorganisationen, Eine-Welt-Vereinen, migrantischen Organisationen oder anderen Initiativen zu einer Kommune im Globalen Süden bestehen. Aber auch private Initiativen und Einzelpersonen sind häufig entwicklungspolitisch aktiv. Teilweise kann zudem auf bestehenden Kontakten wissenschaftlicher Einrichtungen oder privater Unternehmen aufgebaut werden. Für Kommunen ist es sinnvoll, sich dieses Engagements anzunehmen und sich mit bereits aktiven Akteuren zu vernetzen.

Unterstützung durch Kommunalverbände und Servicestelle

Existieren solche Kontakte und Aktivitäten nicht, können die Kommunalverbände auf Bundes- und Landesebene bei der Suche nach einer geeigneten Partnerkommune im Globalen Süden weiterhelfen. So veröffentlicht die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas auf ihrer künftig gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt betriebenen Website www.rgre.de/gesuche_ausland.html laufend Partnerschaftsgesuche ausländischer Kommunen. Zudem gibt es unter der Adresse www.rgre.de/partnerschaften.html eine Datenbank zu kommunalen Partnerschaften, die gemeinsam mit der SKEW überarbeitet wird (siehe Kapitel 3.1).

Auch einige kommunale Landesverbände in Deutschland veröffentlichen in ihren Mitteilungen und Rundbriefen bzw. im Internet Partnerschaftsgesuche von ausländischen Kommunen. So hat etwa der Gemeindetag Baden-Württemberg unter www.kommunalpartnerschaften-bw.de ein Portal eingerichtet und bietet baden-württembergischen Kommunen konkrete Beratung und Unterstützung an.

Natürlich bietet auch die SKEW deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden Unterstützung bei der Suche. Je nachdem, in welcher Region eine Kommune einen Partner sucht oder welches Thema gemeinsam behandelt werden soll, stehen die jeweils zuständigen Mitarbeitenden der Servicestelle gerne zur Verfügung.

Beteiligung an Partnerschaften deutscher Bundesländer

Gute Anknüpfungspunkte bei der Suche nach einer Partnerkommune im Globalen Süden bieten darüber hinaus die Partnerschaften der deutschen Bundesländer mit Ländern, Regionen oder Städten im Globalen Süden (siehe Tabelle).



Im Rahmen der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der Republik Ruanda pflegt die Stadt Landau eine kommunale Partnerschaft mit Ruhango-Kigoma. © Stadt Landau

Über ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten informieren die deutschen Bundesländer auf ihrem gemeinsamen Internetportal <http://entwicklungspolitik-deutsche-laender.de>. Über die Suchmaschine unter <http://entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/partnerschaften-der-laender> kann dabei konkret nach bestehenden Partnerschaften und Kooperationen im Globalen Süden gesucht werden. Daneben haben einige Bundesländer auch spezielle Internetportale zu kommunalen Partnerschaften eingerichtet. Dazu gehören etwa das Partnerschaftsportaal der Staatskanzlei des Saarlandes unter www.partnerschaftsprojekte.saarland.de oder auch die Internetseite zu kommunalen Partnerschaften des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr unter www.stmi.bayern.de/suk/kommunen/komzusammenarbeit/partnerschaften/index.php.

Kontakte über entwicklungspolitische Vereine

In vielen Bundesländern bieten auch die Landesnetzwerke und Dachverbände entwicklungspolitischer Vereine Unterstützung bei der Suche nach Partnerkommunen im Globalen Süden an.

Eine umfassende Datenbank unterhält zum Beispiel das Eine Welt Netz NRW unter https://eine-welt-netz-nrw.de/adressen/?no_cache=1. Das Angebot enthält Adressen sowie Ansprechpersonen von Eine-Welt-Gruppen, Weltläden, Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen sowie kommunale Partnerschaften und Schulpartnerschaften in Nordrhein-Westfalen. Einen Überblick über die niedersächsischen Eine-Welt-Partnerschaften aus den Bereichen Schule, Kirche, Nichtregierungsorganisationen, Landesregierung und Kommunen bietet das Internetportal www.niedersachsen-einewelt.de/partnerschaften.html des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen. Auf dem Internetportal www.bayern-einewelt.de informiert das Eine Welt Netzwerk Bayern, welche Verbindungen zwischen Bayern und der Welt bestehen.

Vernetzung mit bestehenden kommunalen Partnerschaften

Kommunen, die sich in kommunalen Partnerschaften engagieren, selbst aber keine Partnerschaft begründen wollen, sollten die Vernetzung mit bestehenden kommunalen Partnerschaften ins Auge fassen. Häufig unterhalten andere Partnerkommunen bereits Partnerschaften im Globalen Süden, die an einer Kooperation interessiert sind. Beispielsweise beteiligen sich seit vielen Jahren zahlreiche deutsche Kommunen an kommunalen Partnerschaften ihrer französischen Partnerkommunen in Afrika. Aus vielen dieser Kooperationen haben sich mittlerweile offizielle Dreieckspartnerschaften entwickelt. So ist die kleine bayerische Stadt Gerolzhofen mit ihrer französischen Partnerstadt Mamers eine Kooperation mit der Stadt Sè in der Republik Benin eingegangen. Die Stadt Lahnstein und das französische Vence arbeiten in einer Dreieckspartnerschaft mit Ouahigouya in Burkina Faso zusammen. Ebenfalls in Burkina Faso engagiert sich die Stadt Ludwigsburg gemeinsam mit ihrer französischen Partnerstadt Montbéliard im Rahmen einer Dreieckspartnerschaft mit der Stadt Kongoussi.

Partnerschaften deutscher Länder

Deutsches Bundesland	Partnerland oder -region	Partnerschaft
Baden-Württemberg	Burundi KwaZulu-Natal (Südafrika) Paraná (Brasilien)	Länderpartnerschaft seit 1980er-Jahren Regionalpartnerschaft seit 1996 Regionalpartnerschaft seit 2010
Bayern		Keine spezifische Länderpartnerschaft, sondern partnerschaftliche Zusammenarbeit in Südafrika (Westkap und Gauteng), Tunesien, Brasilien (São Paulo), China (Shandong und Guangdong) und Indien (Karnataka)
Berlin	Buenos Aires (Argentinien) San Rafael del Sur (Nicaragua) Jakarta (Indonesien) Taschkent (Usbekistan) KaMubukwana (Mosambik) Hoàng Mai (Vietnam) Mexiko-Stadt (Mexiko) Cajamarca (Peru) Windhoek (Namibia)	Städtepartnerschaft seit 1994 Bezirkspartnerschaft von Friedrichshain-Kreuzberg seit 1986 Städtepartnerschaft seit 1994 Städtepartnerschaft seit 1993 Bezirkspartnerschaft von Lichtenberg mit Bezirk der Hauptstadt Maputo Bezirkspartnerschaft von Marzahn-Hellersdorf mit Bezirk der Hauptstadt Hanoi seit 2012 Städtepartnerschaft seit 1993 Bezirkspartnerschaft von Treptow-Köpenick seit 1998 Städtepartnerschaft seit 2000
Brandenburg		Keine spezifische Länderpartnerschaft
Bremen	Durban (Südafrika) Windhoek (Namibia)	Langjährige Städtefreundschaft, seit 2011 offizielle Partnerschaft Langjährige Städtefreundschaft
Hamburg	Daressalam (Tansania) León (Nicaragua)	Städtepartnerschaft seit 2010 Städtepartnerschaft seit 1989
Hessen	Provinz Hunan (China) Provinz Jiangxi (China) Vietnam	Regionalpartnerschaft seit 1985 Regionalpartnerschaft seit 1985 Privilegierte Zusammenarbeit
Mecklenburg-Vorpommern		Kooperation mit Region An Giang (Vietnam) zu erneuerbaren Energien seit 2017
Niedersachsen	Provinz Eastern Cape (Südafrika)	Regionalpartnerschaft seit 1995 Projektpartnerschaft mit Tansania seit 2010
Nordrhein-Westfalen	Ghana	Länderpartnerschaft seit 2007
Rheinland-Pfalz	Ruanda	Länderpartnerschaft seit 1982
Saarland		Keine spezifische Länderpartnerschaft
Sachsen		Keine spezifische Länderpartnerschaft, Unterstützung von Projekten etwa in Marokko, im Libanon und in Mosambik
Sachsen-Anhalt		Keine spezifische Länderpartnerschaft, Kooperation mit Osun State (Nigeria)
Schleswig-Holstein	Provinz Zhejiang (China)	Regionalpartnerschaft seit 1986
Thüringen		Keine spezifische Länderpartnerschaft

Quelle: <http://entwicklungspolitik-deutsche-laender.de>



Die Stadt Lahnstein pflegt mit ihrer französischen Partnerstadt Vence eine Dreieckspartnerschaft mit Ouahigouya in Burkina Faso. © Stadt Lahnstein

Weitere Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten

Bei der Suche nach einer Partnerkommune ist auch der Weg über internationale kommunale Zusammenschlüsse und Netzwerke von Städten möglich und sinnvoll. Dazu gehören etwa das weltweite Städtenetzwerk ICLEI – Local Governments for Sustainability²⁸ und das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder²⁹. Erfolg versprechend kann es auch sein, Kontakte zu Migrantinnen und Migranten aufzunehmen, da sie zumeist gute und enge Verbindungen in ihre Herkunftsregionen pflegen. Auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die nach Jahren der praktischen Arbeit im Globalen Süden wieder in Deutschland sind, verfügen oftmals über eine

Vielzahl von Kontakten und Erfahrungen. Als Ansprechpersonen kommen zudem junge Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem BMZ-Programm „weltwärts“ oder anderen entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten infrage.

4.2 Gestaltung der kommunalen Partnerschaft

Wenn der Kontakt zu einer Partnerkommune im Globalen Süden geknüpft ist, gilt es, sich gemeinsam zu überlegen, wie die Partnerschaft konzipiert und gestaltet werden soll. Entscheidend sind insbesondere die Art und Form der Partnerschaft, die Einbindung der verschiedenen Akteure sowie die Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Kommune.

Art und Form der Partnerschaft

Die Frage nach Art und Form der Partnerschaft sollte vorab geklärt werden. Soll eine offizielle kommunale Partnerschaft, eine mittel- bis langfristige Kooperation oder eine zeitlich und thematisch begrenzte Projektpartnerschaft geschlossen werden?

In jedem Fall sollte die kommunale Kooperation einen festen Rahmen erhalten, in dem Ziel und Zweck der Partnerschaft festgeschrieben werden. Empfehlenswert ist eine konkrete Partnerschaftsvereinbarung oder -erklärung in Form eines Partnerschaftsvertrages oder einer Kooperations- oder Rahmenvereinbarung, die durch eine Charta ergänzt wird oder als Memorandum abgefasst ist. Eine solche Vereinbarung oder Erklärung, die von beiden Partnern unterschrieben wird, lässt sich um zusätzliche Übereinkommen zu gemeinsamen Schwerpunkten der Zusammenarbeit sowie Maßnahmenbeschreibungen erweitern, die regelmäßig erneuert, ergänzt oder auf bestimmte Einzelprojekte hin überprüft und angepasst werden können. Der Abschluss von projektbezogenen Vereinbarungen hat sich auch in Projekten der SKEW bewährt. Denn ein solches Vorgehen gewährleistet ein hohes Maß an Flexibilität, schafft Transparenz und hilft falsche Erwartungen auf beiden Seiten zu vermeiden. Unabhängig von der rechtlichen Form empfiehlt es sich, die kommunale Partnerschaft durch einen Beschluss des Rates vorzubereiten und politisch zu verankern.

28 ICLEI – Local Governments for Sustainability: www.iclei.org.

29 Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder: www.klimabuendnis.org.

Checkliste

Leitfragen vor dem Start einer kommunalen Partnerschaft

1. Warum wollen wir eine kommunale Partnerschaft? Welche Motive und Interessen leiten uns?
2. Welche Vorstellungen von einer kommunalen Partnerschaft haben wir?
3. Welche Länder kommen nach unseren Vorstellungen infrage? Wie sind die sprachlichen, kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen?
4. Besteht ausreichender politischer Rückhalt für die Etablierung der Partnerschaft?
5. Wie leistungsfähig sind wir und was kann unsere Partnerkommune leisten? Wer ist längerfristig für welche Aufgabe zuständig? Welche Ämter oder Organisationseinheiten sollten oder müssen eingebunden werden? Wer fängt das Projekt auf, wenn uns die Luft ausgeht?
6. Können wir die Partnerschaft auf längere Sicht halten? Wer kann uns dabei helfen?
7. Mit welchen Aktionen kann eine kommunale Partnerschaft bei uns dargestellt werden? Wie viel fortlaufende Information ist nötig, um das Engagement aufrechtzuerhalten?

Ist das Ergebnis der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den genannten Fragen positiv, sollte die Klärung folgender Punkte den weiteren Schritten vorangehen:

1. Welche Ziele und Erwartungen verbinden die unterschiedlichen Akteure innerhalb unserer Kommune mit der konkreten Partnerschaft?
2. Welche Ziele und Erwartungen verbinden die Akteure in der Partnerkommune mit dem Partnerschaftsangebot?
3. Welches Maß an Information kann der Partner leisten, welche Rücksichten muss er zum Beispiel auf politische Rahmenbedingungen nehmen?
4. Wie viel Toleranz ist bei uns zu erwarten? Wie ernst nehmen wir das Partnerschaftsangebot, wieweit akzeptieren wir Eigenheiten?
5. Mit welchen Aktionen kann die konkrete Partnerkommune bei uns dargestellt werden? Wie viel Information und Aktion ist nötig, um

möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit dem Projekt vertraut zu machen?

6. Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit der partnerschaftliche Gedanke integraler Bestandteil des kommunalen Alltags wird?
7. Welche Ressourcen stehen uns zur Verfügung (eigene sowie Ressourcen Dritter, etwa BMZ-Mittel über die SKEW)?



Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs (vorne links) und der Vorsitzende des Parteikomitees von Jiading, Liu Haitao (vorne rechts), besiegelten im Oktober 2015 ihre kommunale Partnerschaft. © Stadt Wolfsburg

Zuständigkeiten innerhalb der Kommune

Ein weiterer entscheidender Aspekt für die Ausgestaltung einer Partnerschaft ist die Regelung von Zuständigkeiten innerhalb der Kommune. Verwaltungsintern sind für kommunale Partnerschaften häufig Dienststellen zuständig, die in unmittelbarer Nähe zur Verwaltungsspitze angesiedelt sind, also etwa das Büro der Oberbürgermeisterin oder des Bürgermeisters oder der Landrätin bzw. des Landrats. In den Stadtstaaten sind entsprechend Abteilungen oder Referate in den Senatskanzleien zuständig. In den Städten der Flächenstaaten liegt die Verantwortung zumeist bei den Ämtern oder Büros der Stadtspitze oder ist Vorstandsreferaten zugewiesen. Die Zuständigkeiten können allerdings auch bei Fachämtern liegen: im Hauptamt, den Ämtern für internationale Beziehungen und/oder Repräsentation oder dem Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

In jedem Falle erfordern Aufbau und Gestaltung einer kommunalen Partnerschaft – wie alle Handlungsfelder der Kommunalen Entwicklungspolitik – eine ressortübergreifende

Zusammenarbeit. Aufgrund der häufig unterschiedlichen Zuständigkeiten ist eine klare Organisation und Aufgabenverteilung mit entsprechender Kommunikationsstruktur nötig, um innerhalb der Kommunalverwaltung, aber auch mit der Partnerkommune sowie weiteren Akteuren gut zusammenarbeiten zu können.

Schwerpunktmäßig bestehen die Aufgaben der verwaltungsinternen Akteure in der:

- Kooperation mit den zuständigen Akteuren und Dienststellen der Partnerkommune;
- Organisation und inhaltlichen Ausgestaltung partnerschaftlicher Besuche und des kontinuierlichen Fachaustauschs;
- Koordination aller verwaltungsinternen, die Partnerschaft betreffenden Kontakte und Aktivitäten;
- Bereitstellung und Bewilligung von Fördermitteln;
- Koordination der Aktivitäten verwaltungsexterner Akteure (das gilt vor allem für Initiativen, die mit kommunalen Mitteln unterstützt werden);
- Kooperation mit maßgeblichen Akteuren des öffentlichen und privaten Sektors – angefangen von großen Entwicklungsorganisationen bis hin zu Kammern und Verbänden der gewerblichen Wirtschaft;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Verantwortlich für die Planung, Koordinierung oder auch Durchführung spezifischer fachlicher Aktivitäten sind zumeist nicht die federführenden Dienststellen, sondern die jeweiligen Fachämter. Neben den Kommunen selbst bringen sich dabei verstärkt auch kommunale Unternehmen in Partnerschaften mit dem Globalen Süden ein. Teilweise führen sie auch unabhängig von der Kommunalverwaltung Entwicklungsprojekte durch.

Die verwaltungsinternen Kooperationspartner in den ausländischen Partnerkommunen hängen maßgeblich vom jeweiligen Verwaltungssystem ab. In der Regel sind es die politische Stadtspitze selbst oder die in der Nähe der Stadtspitze angesiedelten Abteilungen oder Ämter für internationale Beziehungen oder Auslandsarbeit. Bei spezifisch fachlichen Aktivitäten sind auch aufseiten der Partnerkommune die jeweiligen Fachabteilungen idealerweise federführend in die Partnerschaftsarbeit eingebunden.

Auf jeden Fall ist es sinnvoll, wenn die Partnerkommunen sich ihre Verwaltungssysteme und

Zuständigkeiten gegenseitig erläutern. So können Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede gefunden und die jeweiligen Counterparts identifiziert werden.

Einbindung von verwaltungsexternen Akteuren und Partnern

Neben Kommunalverwaltung und -politik spielt in der kommunalen Partnerschaftsarbeit eine Vielzahl verwaltungsexterner Akteure eine maßgebliche Rolle und eine Zusammenarbeit mit ihnen ist mehr als empfehlenswert. Dazu gehören öffentliche wie private, örtliche wie überörtliche Organisationen, Institutionen sowie Vereine und Einzelpersonen. Da kommunale Partnerschaften vom konkreten Austausch leben, sollten von Anfang an so viele Akteure wie möglich in die Partnerschaftsarbeit eingebunden werden. Allerdings sollte dabei nicht der realistische Blick auf die eigenen Kapazitäten und den Koordinierungsaufwand verloren gehen.

Eine besondere Rolle kommt den Partnerschafts- und Freundschaftsvereinen sowie Partnerschaftskomitees zu. In den meisten deutschen Kommunen, die kommunale Partnerschaften pflegen, gibt es solche Vereine bzw. Komitees, die entweder eine konkrete Partnerschaft zu einer ausländischen Kommune fördern (wie etwa der Verein Städtesolidarität Bremen-Pune), sich allgemein den partnerschaftlichen Verbindungen zwischen zwei Ländern widmen (wie der Freundeskreis Zentral- und Ostafrika) oder sich gleich aller Partnerschaften ihrer Kommune annehmen.

In den meisten Fällen sehen diese Vereine und Komitees ihre Aufgabe darin, die Kommune bei ihrem kommunalen Auslandsengagement zu unterstützen und es zu erweitern. In einigen Fällen übernehmen sie sogar die Koordination der Zusammenarbeit mit der Partnerkommune und werden für diese Arbeit aus Haushaltsmitteln der Kommune unterstützt.

Weitere Akteure, die eine kommunale Partnerschaft bereichern können, sind Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen, die häufig über internationale Kontakte verfügen. Besondere Beziehungen in Länder des Globalen Südens haben auch Eine-Welt-Gruppen und migrantische Organisationen, deren Kenntnisse und Erfahrungen für die Partnerschaftsarbeit von großem Nutzen sein können.

Aus der Praxis

Partnerschaft zwischen der Stadt Köln und Corinto/El Realejo in Nicaragua



Die Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Corinto/El Realejo Maria Suarez (links) – hier bei der Einweihung eines Katastrophenzentrums in Corinto – stammt selbst aus Nicaragua. © Stadt Köln

Köln ist seit 1998 mit Corinto/El Realejo in Nicaragua verschwistert. Die Städtepartnerschaft geht zurück auf Enrique Schmidt Cuadra, der in den 1970er-Jahren in Köln studierte, nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution im Juli 1979 Minister seines Landes wurde und im anschließenden Contra-Krieg 1984 bei einem Gefecht ums Leben kam. Während in den Anfangsjahren der Partnerschaft die wirtschaftliche Stabilisierung und Demokratisierung Nicaraguas im Mittelpunkt der Partnerschaft standen, spielen heute weitere Themen wie Umwelt und Gesundheit eine Rolle. 2002 schlossen die Partnerstädte eine kommunale Klimapartnerschaft und haben seitdem mit finanzieller und beratender Unterstützung der SKEW größere Projekte durchgeführt. Das Handlungsprogramm, das gemeinsam erstellt wurde, sah – abgesehen von Zielen zur Reduzierung des Kohlendioxidverbrauchs in Köln – fünf Oberziele vor, die vor Ort in Corinto/El Realejo erreicht werden sollten: Küstenschutz, Katastrophenschutz, Mangrovenschutz, Reorganisation der Abfallwirtschaft sowie Verbesserung der Trinkwasserversorgung. 2017 waren in vier der fünf Themenbereiche große Projekte erfolgreich umgesetzt oder werden dies zurzeit noch. Zurückzuführen ist der große Erfolg vor allem auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stadtverwaltungen und dem Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Corinto/El Realejo. Dabei ist es von immensem Vorteil, dass die Vorsitzende des Vereins aus Nicaragua stammt.

Die Vereinsvorsitzende Maria Suarez stellt die reibungslose Kommunikation zwischen den Verwaltungen sicher, wobei Kommunikation sehr viel mehr beinhaltet als reine Übersetzungsarbeit. Sie hilft dabei, Missverständnisse zu vermeiden oder zu überwinden, gegenseitiges Verständnis zu erhöhen, diplomatische Gepflogenheiten zu beachten, Über- oder Unterforderungen zu verhindern. Auf diese Weise „schult“ sie beide Verwaltungen hinsichtlich interkultureller Sensibilitäten. Durch ihren Hintergrund kann sie mit ihren Landsleuten in Nicaragua Themen freier und feinfühler ansprechen, als die Vertreterinnen und Vertreter der Kölner Kommune dies könnten. Darüber hinaus gibt Maria Suarez aktuelle Hintergrundinformationen zu Nicaragua und berät die Stadt Köln in strategischen und politischen Fragen. Sie reist im Auftrag der Stadt nach Nicaragua, begutachtet Projektfortschritte, führt Verhandlungen und knüpft wichtige Kontakte für die Zusammenarbeit, etwa mit kirchlichen Institutionen. Nicht zuletzt kann sie die Akteure im Städtepartnerschaftsverein, in Schulen und Jugendorganisationen, in kirchlichen Einrichtungen und in den beteiligten Stadtverwaltungen sehr gut motivieren, weil sie selbst ein glaubwürdiges und sehr kompetentes Engagement an den Tag legt.

Auch andere örtliche Vereine können bedeutsame Akteure in der kommunalen Partnerschaftsarbeit sein. Häufig beteiligen sich Mitglieder von Sport-, Musik- und Kulturvereinen an den Austauschen mit der Partnerkommune. Feuerwehren sowie Ortsgruppen von Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Malteser Hilfsdienst engagieren sich ebenfalls in kommunalen Partnerschaften. Häufig sind es gerade diese örtlichen Vereine, über die regelmäßige Austausche auch unabhängig von der Verwaltung zustande kommen.

Seit Jahren unterhält beispielsweise die Feuerwehr Hamburg enge Kontakte zu den Feuerwehren in Hamburgs Partnerstädten León/Nicaragua und Daressalam/Tansania. Neben der Überlassung von Einsatzgeräten unterstützt die Feuerwehr Hamburg ihre Kameradinnen und Kameraden durch regelmäßige Ausbildungshilfen. Ein Schwerpunkt der

Feuerwehr-Partnerschaft mit Daressalam bildet die Schulung im Bereich Atemschutztechnik. Da auch andere Wehren in Deutschland Partnerschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika aufgebaut haben oder sich für internationale Partnerschaften interessieren, hatte die Feuerwehr Hamburg im September 2016 zudem zur ersten bundesweiten „Partnerschaftskonferenz der Feuerwehren“ eingeladen.

Ähnlich verhält es sich mit Schulen. Regelmäßige Austausche mit Partnerschulen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern, die Kultur des Partnerlandes kennenzulernen und Fremdsprachen praktisch zu üben. Für eine Mitarbeit in kommunalen Partnerschaften in Betracht kommen darüber hinaus weitere Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung wie Volkshochschulen, Fachhochschulen und Universitäten.

Neben der Einbindung von örtlichen Vereinen und Organisationen kann es hilfreich sein, überörtliche Netzwerke auf regionaler oder nationaler Ebene als Partner zu gewinnen. Dazu gehören Landesnetzwerke und Dachverbände entwicklungspolitischer Vereine wie das Nord Süd Forum München, das Eine Welt Netz NRW oder das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein als Dachverband von über 80 entwicklungspolitischen Organisationen. Daneben gibt es weitere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die teilweise mit Kommunen in konkreten entwicklungspolitischen Projekten zusammenarbeiten.

In Betracht gezogen werden können neben den Fachämtern auch kommunale Einrichtungen unterschiedlichster Art wie Krankenhäuser, Museen, Kultureinrichtungen oder zoologische Gärten. Sinnvoll ist überdies die Einbindung örtlicher Unternehmen, die sich über Spenden und Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zur direkten Kooperation mit ausländischen Betrieben in internationalen Partnerschaften engagieren oder ihr Know-how zur Verfügung stellen. Hinzu kommen Kammern und Verbände der gewerblichen Wirtschaft wie Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Unternehmerverbände, die vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderung und Entwicklung aktiv sind.

Mit Blick auf eine etwaige finanzielle Unterstützung konkreter Partnerschaftsprojekte sollte nicht zuletzt auch die Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Organisationen und Institutionen auf Bundes- und

Länderebene gesucht werden. Hier sind vorneweg die Vorfeldorganisationen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu nennen. Zu diesen gehört neben Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vor allem die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)³⁰. Sie unterstützt im In- und Ausland Projekte mit dem Know-how von Entwicklungs- und Fachkräften und fördert diese auch finanziell.

Auch das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)³¹ bezuschusst im Rahmen seines Programms „Migranten als Brückenbauer“ migrantische Organisationen, die sich in gemeinnützigen Projekten im Globalen Süden engagieren und eng mit lokalen Partnern vor Ort zusammenarbeiten. Ähnliches gilt für die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe³² und Brot für die Welt³³, wobei diese vor allem personelle Unterstützung anbieten.

Gleiches trifft auch auf den Senior Experten Service³⁴ zu, der weltweit ehrenamtliche Fach- und Führungskräfte im Ruhestand zur Stärkung lokaler Kompetenzen vermittelt. So war etwa ein ehemaliger Mitarbeiter der Stadt Bremen als Senior Experte im südafrikanischen Durban im Einsatz, das gemeinsam mit der Freien Hansestadt Bremen im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ der Servicestelle aktiv ist. Als Teil der Water Monitoring Group unterstützte er die Überprüfung der Wasserqualität in Durban.

4.3 Kriterien für die Konzeption einer kommunalen Partnerschaft

Bei der Konzeption einer kommunalen Partnerschaft sollten einige Kriterien berücksichtigt werden. Neben den bereits in dieser Broschüre genannten gemeinsamen Zielen, die in einem Partnerschaftsvertrag oder einer gemeinsamen Erklärung bzw. Vereinbarung festgehalten werden sollten, gibt es weitere Erfolgskriterien für eine

30 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ): www.giz.de.

31 Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM): www.cimonline.de/de/index.asp.

32 Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH): www.ageh.de.

33 Brot für die Welt. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung: www.brot-fuer-die-welt.de/projekte/#c3879.

34 Senior Experten Service (SES): www.ses-bonn.de.

gelingende kommunale Partnerschaft. Dazu zählen vorneweg die gleichberechtigte Kooperation auf Augenhöhe, die Orientierung am Ziel der nachhaltigen Entwicklung sowie eine breite Verankerung in der Kommune.

Gleichberechtigte Kooperation auf Augenhöhe

Ein wesentliches Erfolgskriterium für eine gelingende Partnerschaft ist die Kooperation auf Augenhöhe, bei der beide Seiten geben und nehmen und voneinander lernen. Nur wenn alle Beteiligten in einer kommunalen Partnerschaft oder in einem kommunalen Projekt sich als gleichberechtigte Akteure wahrnehmen, kann es zu einer vertrauensvollen und tragfähigen Zusammenarbeit kommen. Dafür müssen die Interessen und das Wissen beider Partnerkommunen gleichermaßen in die Planung partnerschaftlicher Vorhaben einfließen. Bereits vorhandene lokale Entwicklungsstrategien sollten dafür die Grundlage bilden. Und auch für die Umsetzung von Aktivitäten und Projekten müssen die Partnerkommunen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Im Vordergrund sollte daher nicht der Finanz- und Sachmitteltransfer stehen, sondern der fachliche Austausch.



Kooperation und Kommunikation auf Augenhöhe sind wichtig für den Erfolg einer kommunalen Partnerschaft. © Thomas Ecke

Bei der interkulturellen Begegnung und Verständigung kommt dem Prinzip der gleichberechtigten Kooperation eine entscheidende Bedeutung zu. Wichtig ist zunächst, dass die Beteiligten sich gegenseitig kennenlernen. Dafür sind persönliche Treffen unverzichtbar – auch wenn die Entfernungen in kommunalen Partnerschaften zwischen dem Globalen Norden und Globalen Süden sehr groß sind. Daneben bieten elektronische Kommunikationsmittel wie Chats, Blogs oder Skype

hervorragende Möglichkeiten, auch über große Distanzen hinweg direkt und schnell miteinander kommunizieren zu können.

Der Austausch und die Kommunikation sollten stets von Offenheit und gegenseitigem Respekt geprägt sein. Die jeweiligen Erwartungen, Herausforderungen und Pläne sollten transparent zwischen den Partnerkommunen kommuniziert werden. Wichtig ist, dass alle beteiligten Akteure nicht nur Gemeinsamkeiten suchen, sondern auch Unterschiede erkennen und akzeptieren. Dafür müssen die offiziellen politischen Strukturen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungswege sowie die Entwicklungsstrategien der Partnerkommune berücksichtigt werden. Zu achten ist auch auf die Eigenverantwortlichkeit sowie auf die jeweiligen Potenziale. Das bedeutet auch, die Grenzen dessen zu achten, was die Partnerkommune leisten kann.

Tipp

Einige konkrete Handlungsempfehlungen für eine gleichberechtigte Kooperation auf Augenhöhe:

Erkunden Sie die Bedürfnisse, Wünsche, Erwartungen und Vorstellungen Ihrer Partnerkommune an die Zusammenarbeit. Klären und identifizieren Sie mit Ihrer Partnerkommune die Zuständigkeiten innerhalb der jeweiligen Verwaltungen und legen Sie gemeinsam Arbeitsstrukturen fest. Definieren Sie Ziele, Maßnahmen und Arbeitsweisen von Projekten ebenfalls gemeinsam. Berücksichtigen Sie während des Dialogs die globalen und lokalen Machtverhältnisse. Möglicherweise orientiert sich Ihre Partnerkommune an den vermeintlichen Interessen Ihrer Kommune. Dies sollte kritisch hinterfragt werden. Nehmen Sie sich deshalb Zeit, um nach den Interessen, politischen Vorgaben und Entwicklungsplänen sowie Erwartungen Ihrer Partnerkommune zu fragen. Achten Sie insbesondere bei persönlichen Begegnungen darauf, dass kulturelle Besonderheiten und protokollarische Standards berücksichtigt werden und sich Akteure mit vergleichbaren Funktionen gegenüberstellen, um fruchtbare Gespräche zu ermöglichen. Insbesondere sollte auch auf das Genderverhältnis geachtet werden.



Nur wenn Partnerschaftsprojekte nachhaltig geplant und umgesetzt werden, entsteht für beide Seiten eine Win-win-Situation.
© Dominik Schmitz

Nachhaltige Entwicklung

Damit beide Seiten von der kommunalen Partnerschaft profitieren, sollten sich die gemeinsamen Inhalte und Aktivitäten an den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Das bedeutet, dass etwa bei gemeinsamen Projekten ganzheitliche und interdisziplinäre Ansätze gewählt werden, die sowohl ökonomische als auch soziale und ökologische Faktoren in den Blick nehmen. Nur wenn Partnerschaftsprojekte nachhaltig geplant und umgesetzt werden, entsteht für beide Seiten eine Win-win-Situation. Zudem können nur Maßnahmen, die langfristig wirken, das Bewusstsein und das Konsumverhalten der Bevölkerung im Globalen Norden wie im Globalen Süden auf Dauer verändern.

Tipp

Einige konkrete Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung einer kommunalen Partnerschaft:

Orientieren Sie sich in der Partnerschaftsarbeit an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und verbinden Sie gemeinsame Projekte mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Legen Sie bereits zu Beginn eines Projektes gemeinsam mit Ihrer Partnerkommune fest, wie die Ergebnisse am Ende aussehen müssen, damit eine langfristige Wirkung sichergestellt ist. Achten Sie dabei vor allem auf realistische Zielformulierungen. Kommunizieren Sie auch mögliche Grenzen der Partnerschaft. Überprüfen Sie mit Ihrer Partnerkommune regelmäßig, was von den gemeinsam formulierten Zielen erreicht werden konnte, was nicht und welche Ergebnisse in welcher Qualität vorliegen. Es lohnt sich, die Ergebnisse im Hinblick auf ihre nachhaltige Wirkung nochmals zu prüfen und zu überlegen, ob weiteres Potenzial für eine optimale Nutzung oder zur Sicherung der Nachhaltigkeit notwendig und vorhanden ist.

Lokale Verankerung

Die lokale Verankerung ist ein weiteres entscheidendes Kriterium für eine langfristig erfolgreiche kommunale Partnerschaft. So sollte – neben verschiedenen Ämtern der Kommunalverwaltung – auch die Kommunalpolitik aktiv einbezogen werden. Zur Sicherung des politischen Rückhalts dienen etwa ein Ratsbeschluss zur Gründung der Partnerschaft, die regelmäßige Information der politischen Gremien oder die Einbindung von Ratsmitgliedern in konkrete Aktivitäten.

Mindestens genauso zentral ist die Etablierung der Partnerschaft in der Bevölkerung. Dabei gilt: Je stärker die kommunale Partnerschaft in der Zivilgesellschaft verankert und im Alltag der Partnerkommune sichtbar und erlebbar ist, desto größer sind auch der Nutzen und der Erfolg der kommunalen Partnerschaft für alle Beteiligten. Insbesondere entwicklungspolitisch aktive oder interessierte Gruppen und Akteure sowie Migrantinnen und Migranten bzw. migrantische Organisationen können kommunale Partnerschaften durch Informationen, Kontakte sowie soziale,

politische, wirtschaftliche und kulturelle Netzwerke bereichern und den interkulturellen Dialog zwischen den Partnerkommunen fördern. Die aktive Einbeziehung möglichst vieler lokaler Gruppen sorgt zudem für Akzeptanz in der Bevölkerung. In Kapitel 4.2 zur Gestaltung kommunaler Partnerschaften sind mögliche Kooperationspartner und lokale Akteure genannt.

Um die lokale Wahrnehmung und Verankerung der kommunalen Partnerschaft zu fördern, sind zudem öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sowie eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit notwendig, die die Themen und Aktivitäten der kommunalen Partnerschaft aufgreifen und für eine Berichterstattung nutzbar machen. Einige innovative Beispiele dazu gibt es in Kapitel 4.7.

Tipp

Einige konkrete Handlungsempfehlungen für eine breite Verankerung der kommunalen Partnerschaft:

Binden Sie die Kommunalpolitik sowie verschiedene Ämter der Verwaltung in die kommunale Partnerschaftsarbeit ein. Identifizieren Sie mögliche weitere Partner und Unterstützer in Ihrer Kommune und fragen Sie auch in Ihrer Partnerkommune nach, wer an einem Austausch interessiert sein könnte. Sprechen Sie mögliche lokale Gruppen und Akteure gezielt an und werben Sie für eine Mitarbeit. Binden Sie die unterschiedlichen Akteure aktiv in die Partnerschaftsarbeit ein – auch bei Besuchen und Reisen in die Partnerkommune. Machen Sie die Partnerschaft für die Öffentlichkeit sichtbar, zum Beispiel durch Veranstaltungen und Medienarbeit.

4.4 Kontinuität und Langfristigkeit kommunaler Partnerschaften

Wie alle Beziehungen bedürfen auch kommunale Partnerschaften der regelmäßigen Pflege, damit sie nicht „einschlafen“ oder „im Sande verlaufen“. Gerade in kommunalen Partnerschaften zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden treffen häufig unterschiedliche Einstellungen, Werte, Gewohnheiten, Traditionen, Denk- und

Ausdrucksweisen aufeinander. Zudem kann die gemeinsame Arbeit durch politischen Wechsel in der eigenen oder in der Partnerkommune erschwert werden. Gleiches gilt für Personalwechsel, etwa innerhalb der relevanten Verwaltungseinheiten. Auch eine angespannte Finanzlage in den Kommunen bzw. überhaupt fehlende finanzielle Ressourcen können kommunale Partnerschaften langfristig gefährden.



Gegenseitige Partnerschaftsbesuche sind wichtig, sollten aber gut geplant werden. © Andreas Grasser

Für die Kontinuität und Langfristigkeit kommunaler Partnerschaften ist die regelmäßige Kommunikation das A und O. Wie bereits in Kapitel 4.3 angesprochen können gegenseitige Besuche und die Kommunikation über neue Informationstechnologien besonders hilfreich beim Informationsfluss zwischen den Partnerkommunen sein. Neue Medien können zusätzlich für die Information der Öffentlichkeit und zur „Akquise“ neuer Akteure genutzt werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass zwischen deutschen Kommunen und solchen aus dem Globalen Süden oft erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Kommunikationsrhythmus und ihrer bevorzugten Formen bestehen. Ein Aussetzen der Kommunikation über einen gewissen Zeitraum ist damit nicht unbedingt gleichbedeutend mit mangelndem Interesse. Die Bedeutung der Einbindung vieler Akteure, die dafür sorgen, dass die Kontakte und das Engagement breit verteilt sind und nicht nur bei wenigen Personen liegen, ist in den Kapiteln 4.2 und 4.3 beschrieben.

Doch die Kontaktpflege allein reicht nicht aus, um eine kommunale Partnerschaft langfristig zum Erfolg zu führen. Für die inhaltliche Ebene ist neben dem klaren politischen Bekenntnis und der lokalen Verankerung eine regelmäßige gemeinsame

Verständigung auf konkrete, zeitlich terminierte Maßnahmen und Aktionen und deren Umsetzung zu empfehlen. Daher sollten durchgeführte Projekte und Aktivitäten in regelmäßigen Abständen evaluiert werden, um gemeinsam zu überprüfen, ob die eingeschlagene Richtung noch mit den Zielen und Interessen beider Partnerkommunen und den in Kapitel 4.3 genannten Kriterien gelungener kommunaler Partnerschaften übereinstimmt und ob zukünftige Projekte in dieser Hinsicht noch verbessert werden können.

Kommunale Partnerschaften in Krisenzeiten

Trotz verlässlicher Strukturen und guter Kommunikation kann es auch in kommunalen Partnerschaften aufgrund politischer Gegebenheiten oder sogar Krisen zu Konflikten und Missverständnissen kommen. Dies zeigen aktuelle Probleme einiger kommunaler Partnerschaften deutscher Kommunen in Europa, so etwa seit dem Erfolg des rechtsradikalen Front National bei den Kommunalwahlen im März 2014 in Frankreich und nach dem Brexit-Votum im Juni 2016 in Großbritannien. Auch einige deutsch-türkische kommunale Partnerschaften sind infolge der schwierigen bilateralen Beziehungen nach dem Putschversuch im Juli 2016 in der Türkei unter Druck geraten, wobei hier Sicherheitsfragen zunehmend eine Rolle spielen. Vor großen Herausforderungen stehen Partnerschaften in Ländern, in denen die Kommunen stark der Kontrolle der Zentralregierung unterworfen sind und Kritik an den politischen Verhältnissen nicht frei geäußert werden kann. Viele deutsche Kommunen fragen sich, wie sie auf solche Krisen in ihren Partnerschaften reagieren sollen.

Für die Krisenbewältigung in kommunalen Partnerschaften gilt zunächst dasselbe wie für alle Krisen: Es gibt kein Patentrezept. Da etwa unerwartete Veränderungen auf der politischen Ebene, die sich negativ auf die Partnerschaft auswirken, nicht dauerhaft von Bestand sein müssen, ist auf jeden Fall ein langer Atem gefragt. Zudem zeigt sich in der Praxis immer wieder, dass kommunale Partnerschaften unabhängig von Differenzen auf zwischenstaatlicher Ebene oder innenpolitischen Schwierigkeiten nicht nur funktionieren, sondern bei schwieriger politischer Großwetterlage auch einen Beitrag zur „Wiederannäherung“ leisten können. Deshalb ist es auch von entscheidender Bedeutung, kommunale Partnerschaften nicht allein auf offizieller Ebene zu führen, sondern sie breit in der Bevölkerung zu verankern. Denn zumeist

sind Kontakte zwischen vergleichbaren zivilgesellschaftlichen Gruppen und Vereinen selbst dann noch möglich, wenn offizielle Besuche vonseiten der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung zwischen den Partnerkommunen längst eingestellt sind. Je stärker kommunale Partnerschaften in der Zivilgesellschaft der jeweiligen Kommunen verwurzelt sind, desto krisenresistenter sind sie auch bei außen- oder innenpolitischen Spannungen.

Hinweis

Kommunale Partnerschaften und Sicherheitsfragen

In Ländern, in denen innenpolitische Konflikte oder sogar Bürgerkrieg herrschen, kann die Sicherheitslage dazu führen, dass Besuche nicht stattfinden und konkrete Aktivitäten und Projekte in der Partnerkommune nicht realisiert werden können. Dies ist etwa in einem Teil der Ukraine oder in einigen Partnerländern im Nahen Osten der Fall. In solchen Fällen sollte der Kontakt bzw. Fachaustausch über onlinebasierte Medien aufrechterhalten werden. Insbesondere in Ländern, zu denen Sicherheitswarnungen vorliegen, sollten auch gemeinsame Partnerschaftsprojekte und -aktivitäten in Deutschland ins Auge gefasst werden.

Eine förmliche Beendigung einer kommunalen Partnerschaft kann immer nur der allerletzte Schritt sein und sollte nur in Erwägung gezogen werden, wenn sich selbst nach vielen Kontaktversuchen keinerlei Berührungspunkte und gemeinsame Interessen für einen Austausch mehr ergeben. Beruhen die Schwierigkeiten dagegen auf vorübergehenden Faktoren, sind Geduld und Ausdauer gefragt.

Umgekehrt kann sich bei kommunalen Partnerschaften, die zum Erliegen gekommen sind, ein Neustart lohnen. Da viele in die Jahre gekommene Partnerschaften an Nachwuchsmangel leiden, sind hier vor allem neue Akteure gefragt. Dabei können Jugendliche und junge Menschen am besten durch sie betreffende Themen und Aktivitäten gewonnen werden, wobei zeitgemäße Formen der Partnerschaftsarbeit wie soziale Medien berücksichtigt werden sollten. Häufig haben die

jungen Leute selbst auch gute Ideen, die genutzt und aufgegriffen werden sollten. Dasselbe gilt für andere örtliche Gruppen und Vereine sowie Fachabteilungen der Verwaltung. Manchmal kann auch die Fokussierung auf ein bestimmtes Thema wie zum Beispiel Klimawandel oder Lokalisierung der Agenda 2030 einer Partnerschaft einen neuen Impuls geben. Um hier mögliche Ansatzpunkte für einen Neustart der kommunalen Partnerschaft zu eruieren, kann beispielsweise ein „Runder Tisch“ gebildet werden, der alte und potenzielle neue Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenführt. Ähnliches sollte in der Partnerkommune geschehen und zu einem Austausch zwischen den Akteuren der eigenen sowie der Partnerkommune führen.

4.5 Themen und Aktivitäten kommunaler Partnerschaften

Während klassische Partnerschaften zwischen deutschen und ausländischen Kommunen in den Nachkriegsjahren vor allem der Begegnung und dem Austausch auf bürgerschaftlicher Ebene dienten, betreffen die Themen und Aktivitäten kommunaler Partnerschaften heute fast alle Bereiche kommunalen Handelns. Sie reichen vom Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Beratung zu guter Regierungsführung bis zu Projekten im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge sowie dem Klimaschutz. Entscheidend ist, welche Themen für die Partner wichtig und wo gemeinsame Anknüpfungspunkte vorhanden sind.

Die Partnerschaftsaktivitäten sind dabei zumeist nicht nur auf ein Themenfeld beschränkt, sondern umfassen mehrere Bereiche, zumal die meisten Handlungsfelder nicht streng voneinander zu trennen sind, sondern ineinandergreifen. So sind etwa Partnerschaftsprojekte zum Klima- oder Umweltschutz fast immer auch mit Maßnahmen der Umwelterziehung und -bildung verbunden, um die Bevölkerung für die diversen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung zu sensibilisieren. Die nachfolgend aufgeführten Handlungsfelder stellen insofern auch nur eine Auswahl an Themen und Aktivitäten des entwicklungspolitischen Engagements von Kommunen dar.

4.5.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel



Überschwemmungen sind im brasilianischen Amazonasgebiet, wo auch der Klimapartner Santarém des Rhein-Sieg-Kreises liegt, keine Seltenheit. © Prefeitura Municipal de Santarém

Der fortschreitende Klimawandel stellt die Kommunen weltweit vor große Herausforderungen. Sowohl Kommunen im Globalen Norden als auch im Globalen Süden sind gefordert, nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sondern sich auch an bevorstehende oder bereits eintretende Klimaänderungen anzupassen. Notwendige Maßnahmen betreffen dabei fast alle Bereiche kommunalen Handelns und reichen von Energiesparmaßnahmen über eine nachhaltige Mobilitäts- und Verkehrsplanung und klimafreundliche Abfall- und Abwasserwirtschaft bis hin zum Küsten- und Hochwasserschutz.

Die Bekämpfung des Klimawandels, der Umgang mit seinen Folgen und eine neue Energiepolitik stehen bei den Kommunen seit Jahren weit oben auf der Agenda und spielen auch in kommunalen Partnerschaften eine immer größere Rolle. Während die Partnerschaftsaktivitäten sich zunächst auf Einzelprojekte wie etwa die Spende eines Solarkochers oder einer Photovoltaikanlage für die Partnerkommune im Globalen Süden beschränkten, wird das Thema Klima und Energie mittlerweile systematisch in die Partnerschaftsarbeit integriert.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt die kommunale Zusammenarbeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden beim Klimaschutz und bei der Klimafolgenanpassung über das Projekt „Kommunale

Klimapartnerschaften“³⁵. An dem Projekt, das seit 2011 in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) durchgeführt wird, beteiligen sich bereits 60 deutsche Kommunen mit ihren Partnerkommunen aus Afrika, Lateinamerika und Asien.

So arbeiten die Städte Hagen und Portmore auf Jamaika beim Klimaschutz und bei Klimaanpassungsmaßnahmen zusammen. Gefördert über das SKEW-Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa)³⁶ wurde in Portmore unter anderem eine Solaranlage auf einer Berufsschule installiert, die als Lern-Pilotanlage für die Ausbildung von auf Solartechnik spezialisierte Elektrikerinnen und Elektrikern dient. Mit Unterstützung des „Förderprogramms für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP)³⁷ der Servicestelle entsteht in Portmore mit dem Hagen-Portmore-Klima-Wandel-Park zudem ein sechs Hektar großes Areal, das nicht nur das Innenstadtklima verbessert, sondern auch als Kohlendioxid-Senke und -Kompensationsfläche sowie als Demonstrationsareal für regenerative Techniken und damit als kombinierte Grün-, Bildungs- und Erholungsfläche mitten in der Stadt dient.



Im Beisein des Leiters der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Dr. Stefan Wilhelmy (vorne Mitte), besiegelten die Stadtoberhäupter von Neumarkt und Drakenstein, Thomas Thumann (vorne links) und Gesie van Deventer (vorne rechts), im April 2014 ihre Klimapartnerschaft per Handschlag. © Stephen Williams

Seit 2014 pflegen auch Neumarkt in der Oberpfalz und Drakenstein in Südafrika eine kommunale Klimapartnerschaft. Mithilfe von „ASA-Kommunal“ arbeiteten zwei deutsche Studentinnen aus dem Landkreis Neumarkt mit zwei Gleichaltrigen aus Drakenstein an der Erstellung eines „Nachhaltigkeitsstadtplans“ für beide Kommunen, in dem jeweils Standorte, Projekte und Akteure der Nachhaltigkeit dargestellt werden. Zudem entwickelte das Projektteam einen „Klimaparcours“ mit Beispielen aus Neumarkt und Drakenstein, der in Schulen zum Einsatz kommt, um Kindern und Jugendlichen die Themen Klimawandel und Klimaschutz zu vermitteln. Weitere Schwerpunkte der Projektarbeit zwischen Neumarkt und Drakenstein umfassen die Themengebiete Armutsbekämpfung und Steigerung der Lebensqualität durch Fairen Handel, Renaturierung und Qualitätsverbesserung des Flusses Berg River im Gemeindegebiet Drakenstein, Fachaustausch zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, berufliche Bildung junger Menschen sowie freiwilliges Engagement in sozialen Projekten.

Wernigerode und die vietnamesische Hafenstadt Hôi An sind seit 2013 verschwistert und nehmen seit 2016 am SKEW-Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ teil. Hôi An leidet vor allem unter Küsten- und Ufererosion durch den Anstieg des Meeresspiegels, Überschwemmungen, Versalzung des Grundwassers und Hitze. Die Weltkulturerbestadt hat bereits zahlreiche Maßnahmen zum Küstenschutz ergriffen. Langfristige präventive Maßnahmen wie der Umstieg auf erneuerbare Energien fehlten bisher aber noch. Dank Nakopa konnte nun eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Tourist Information in der Altstadt errichtet werden, die den Strom für die attraktive, aber aufwendige Lampion-Beleuchtung liefern soll.

35 „Kommunale Klimapartnerschaften“: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>.

36 „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa): <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>.

37 „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP): <https://skew.engagement-global.de/foerderprogramm-fuer-kommunale-klimaschutz-und-klimaanpassungsprojekte.html>.

Aus der Praxis

Klimapartnerschaft des Rhein-Pfalz-Kreises mit La Fortuna/San Carlos in Costa Rica



Wertstoffhof Firma Zeller © Elke Bröckel

Im Rahmen der 2015 geschlossenen kommunalen Klimapartnerschaft übernehmen der Rhein-Pfalz-Kreis und La Fortuna/San Carlos in Costa Rica gemeinsam Verantwortung für den Klimaschutz. Ziel ist es, in beide Richtungen Erfahrungen weiterzugeben, voneinander zu lernen und konkrete Projekte anzustoßen. Im gleichberechtigten Dialog entstand ein gemeinsames Handlungsprogramm mit konkreten Projektvorschlägen sowohl für Costa Rica als auch für den Rhein-Pfalz-Kreis. Die costa-ricanische Seite profitiert dabei zum Beispiel von guten Erfahrungen in der Wertstoffverwertung und Abwasserbehandlung vom Rhein-Pfalz-Kreis, während der Rhein-Pfalz-Kreis vor allem im Bereich Umweltbildung und nachhaltiger Tourismus von der lateinamerikanischen Kommune lernen kann.

Zu den gemeinsamen Projekten gehören die Einführung einer Getrennt-Erfassung aller Wertstoffe, die Errichtung eines Wertstoffhofes sowie eine Abwasserreinigungsanlage in La Fortuna. Zudem wurde ein Schüleraustausch initiiert. Langfristig möchte der Rhein-Pfalz-Kreis auf dem reichen Erfahrungsschatz seiner Partnerkommune im Bereich Ökotourismus aufbauen, wenn es etwa darum geht, eine Konzeption für nachhaltigen Tourismus im Zuge der Neuordnung der Naherholungsgebiete im Rhein-Pfalz-Kreis zu erstellen. Eine zweisprachige Ausstellung soll außerdem die Bevölkerung in beiden Partnerkommunen für den Klimaschutz sensibilisieren.

Neben der Zusammenarbeit in bilateralen Projekten mit Partnern im Globalen Süden nutzen viele Kommunen die Möglichkeit, sich in internationalen Bündnissen und Städtenetzwerken für den Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien weltweit zu engagieren. Dazu gehören etwa das Städtenetzwerk ICLEI – Local Governments for Sustainability³⁸, der bei ICLEI angesiedelte Weltbürgermeisterrat zum Klimaschutz (World Mayors Council on Climate Change)³⁹, das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder⁴⁰ oder der aus dem Europäischen Konvent der Bürgermeister und dem Compact of Mayors hervorgegangene Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie (Global Covenant of Mayors for Climate & Energy)⁴¹.

4.5.2 Umwelt- und Ressourcenschutz

Eng mit dem Thema Klima und Energie verknüpft ist der Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz, der ebenfalls eine große Rolle in Partnerschaften zwischen Kommunen im Globalen Norden und Globalen Süden spielt. Im Mittelpunkt stehen hier vor allem Fragen der Abfallentsorgung sowie der Wasserversorgung und Abwasserreinigung, die weltweit zur kommunalen Daseinsvorsorge zählen. Auch der Natur- und Landschaftsschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt gehören in diese Rubrik.

Da der überwiegende Teil der deutschen Kommunen über eigene Betriebe für die Wasserversorgung sowie für die Abfall- und Abwasserentsorgung verfügt, bringen sie in der Regel ein erhebliches Wissen mit, von dem die Partnerkommunen im Globalen Süden profitieren können. Auf der anderen Seite kann die Sichtweise der Kommunen im Globalen Süden helfen, (noch) dezentralere Strukturen zu entwickeln, lokale Ressourcen besser zu nutzen und das Bewusstsein für den Umweltschutz auf beiden Seiten zu stärken.

38 ICLEI – Local Governments for Sustainability: www.iclei.org.

39 World Mayors Council on Climate Change (Weltbürgermeisterrat zum Klimaschutz): www.worldmayorscouncil.org.

40 Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder: www.klimabuendnis.org/home.html.

41 Global Covenant of Mayors for Climate & Energy (Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie): www.globalcovenantofmayors.org.



In Afrika und anderen Kontinenten haben immer noch nicht alle Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser.
© European Union 2011

Zu den partnerschaftlichen Aktivitäten gehören neben dem Erfahrungsaustausch über Umweltfragen im Rahmen von gegenseitigen Informationsbesuchen, Fachkräfteentsendungen sowie Schulungen und anderen Qualifizierungsangeboten auch praktische Maßnahmen und Projekte in Partnerkommunen im Globalen Süden. Diese reichen von materiellen Unterstützungsleistungen wie der Spende eines Müllfahrzeugs durch die deutsche Kommune über Planungshilfen etwa bei der Entwicklung eines Abfallentsorgungskonzeptes bis zu konkreten Maßnahmen wie der Sortierung und getrennten Verwertung von Abfällen oder der Renaturierung von Wasserflächen. Auf deutscher Seite werden dabei häufig kommunale Unternehmen wie Stadtwerke eingebunden. Aber auch andere lokale Unternehmen oder externe Fachleute werden gerne als Kooperationspartner oder durchführende Akteure beteiligt.

Im Rahmen von Nakopa unterstützt etwa Hamburg seine Partnerstadt León in Nicaragua dabei, ein besseres Abwasser- und Abfallmanagement für den städtischen Schlachthof zu entwickeln, der das verunreinigte Wasser zuvor in einen nahe gelegenen Fluss geleitet hatte. An dem Projekt ist die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Überseeforschung und Entwicklung als externer Partner beteiligt.

Im tunesischen Kairouan beraten Fachleute aus Darmstadt ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Verbesserung der Bioabfallsammlung und der Errichtung einer Kompostierungsanlage. An dem Erfahrungs- und Wissensaustausch, der über den „Kommunalen Wissenstransfer

Maghreb-Deutschland“⁴² von SKEW und GIZ gefördert wird, beteiligt sich auch der Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Die befreundeten Städte Pfaffenhofen an der Ilm und Valjevo in Serbien arbeiten im Rahmen der Anfang 2017 gestarteten Pilotphase des SKEW-Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“⁴³ bei der Umgestaltung kommunaler Grünflächen in urbane Lebensräume (*urban biodiversity*) zusammen. Richtschnur ist auch hier die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen, wobei Pfaffenhofen und Valjevo sich konkret des Ziels 15 annehmen, das den Schutz bedrohter Arten und den Erhalt der biologischen Vielfalt einfordert. Während in Pfaffenhofen insbesondere der Lebensraum und damit das Nahrungsangebot für Bienen und Schmetterlinge erweitert werden soll, sollen in Valjevo die bereits vorhandenen großzügigen Grünflächenangebote optimiert und ökologisch aufgewertet werden.

Aus der Praxis

Die Partnerschaft von Baruth/Mark und Murun in der Mongolei

Eine besondere Rolle spielt die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der Partnerschaft zwischen Baruth/Mark und Murun. Das kleine brandenburgische Baruth südlich von Berlin pflegt seit 2011 eine Partnerschaft mit der mongolischen Stadt Murun, etwa 800 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Ulan Bator gelegen. Langfristiges Ziel ist die Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für eine geordnete städtebauliche Entwicklung, für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Murun.

Beim Vorhaben „Unser Wasser“ im Jahr 2016 ging es um den Wissenstransfer und Fachkräfteaustausch im Bereich Wasser und Abwasser.

42 „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“: <https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>.

43 „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>.

Finanziell unterstützt wurde es über das SKEW-Förderinstrument Nakopa. Das Projekt bestand im Kern aus einer Weiterbildungs- und Schulungskampagne zur Modernisierung des Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssystems in Murun. Im Januar 2017 lief ein zweites über Nakopa finanziertes Projekt an. Darin geht es um den Aufbau eines Schulungszentrums für Handwerksberufe, in dem junge Leute Trainingseinheiten und Workshops in verschiedenen handwerklichen Berufen absolvieren. Zu diesem Zweck soll bereits der Bau des Zentrums selbst als Schulung durchgeführt werden.

Zu den gemeinsamen Projekten, die die Partnerkommunen seit 2011 in Eigenregie realisiert haben, zählen außerdem die Installation von Wasserfilteranlagen in Schulen, die Bereitstellung von Feuerwehrautos und Rettungswagen, „Notfallrucksäcke“ für Hausarzteinsätze in den Jurtensiedlungen sowie kulturelle Aktivitäten wie eine parallele Ausstellung im Museumsdorf Baruther Glashütte und in Murun.

4.5.3 Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus und Fairer Handel

Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die Veränderungen, die mit der wachsenden Verflechtung der Märkte und dem Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft einhergehen, haben auch Auswirkungen auf die Kommunen und die dort ansässigen Unternehmen. Um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können, setzen viele deutsche Kommunen auf den Erfahrungsaustausch und die internationale Zusammenarbeit im Rahmen von kommunalen Partnerschaften weltweit.

Dies zeigt sich insbesondere an den mehr als 110 Partnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und China, die seit dem Beginn der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik in den 1980er-Jahren vor allem mit chinesischen Städten in den Provinzen an der Ostküste geschlossen wurden. Die Beziehungen reichen dabei von Delegationsreisen unter Beteiligung von Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern über den Austausch von Fachkräften bis hin zu konkreten Projekten.



Die Oberbürgermeister von Mannheim und der chinesischen Stadt Qingdao, Dr. Peter Kurz (vorne links) und Zhang Xinqi (vorne rechts), unterzeichneten im August 2016 die Urkunde zur Begründung einer Partnerschaft zwischen den beiden Städten.
© Stadt Mannheim, Fachbereich Presse und Kommunikation, Bild: David Linse

So pflegt die Stadt Ingolstadt seit Anfang 2014 eine kommunale Partnerschaft mit Foshan im Südosten Chinas. Zu den bisherigen Erfolgen der Zusammenarbeit gehören unter anderem Schulaustausche, eine Partnerschaft der Kliniken beider Städte und die Weiterentwicklung des Existenzgründerzentrums Ingolstadt zum China-Zentrum Bayern, wo sich bereits zahlreiche chinesische Unternehmen angesiedelt haben. Im Mai 2017 wurde zudem das Audi Konfuzius Institut Ingolstadt eröffnet. Es ist das dritte Konfuzius-Institut in Bayern, aber das erste, das neben dem sprachlichen und kulturellen Austausch einen dritten Zweig hat: die technologische Verflechtung.

Auch die Städte Mannheim und Qingdao in China haben im Rahmen ihrer kommunalen Partnerschaft einen China-Desk in Mannheim und ein Repräsentationsbüro in China als Anlaufstelle für wirtschaftliche Kontakte eingerichtet. Zudem wurde Mannheim als einzige deutsche Stadt 2017 von der Europäischen Union für eine Förderung der europäisch-chinesischen Zusammenarbeit über das Programm „International Urban Cooperation“⁴⁴ ausgewählt. Ziel des Projekts ist es, in den kommenden drei Jahren mit dem chinesischen Chongqing eine chinesisch-europäische Innovationsplattform aufzubauen.

44 „International Urban Cooperation“ (IUC): http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/cooperation/international/urban.

Aus der Praxis

Partnerschaft zwischen der Stadt Minden und Changzhou in China

Die kommunale Partnerschaft zwischen der Stadt Minden und der chinesischen Millionenmetropole Changzhou kam über den Geschäftsmann Olrik Laufer zustande, der auch Vorsitzender des im Mai 2014 gegründeten Trägervereins Partnerschaft Minden-Changzhou ist. Nachdem im August 2013 in Minden und im April 2015 in Changzhou Absichtserklärungen über die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Städten unterzeichnet worden waren, konnte die offizielle Partnerschaft im Juli 2015 besiegelt werden. Seitdem werden Kontakte und Kooperationen in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Tourismus vertieft. Zudem wurde ein Schüleraustausch initiiert.

Bei der kommunalen Partnerschaft zwischen beiden Städten spielt der Trägerverein Partnerschaft Minden-Changzhou eine maßgebliche Rolle. Er unterstützt bei Delegationsreisen nach Changzhou, kümmert sich um die chinesischen Gäste in Minden und strebt durch einen intensiven touristischen Austausch eine Stärkung des Einzelhandels in Minden an. Der Verein organisiert Veranstaltungen zu Geschichte, Wirtschaft, Recht, Sprache, Sport und Kultur sowie weiteren Themen, die China betreffen. Nicht zuletzt unterstützt er die Kooperationen zwischen den Universitäten und Gymnasien beider Städte und den Aufbau von Kontakten zwischen den Kliniken in Minden und Changzhou. Zum Thema „Medizinische Versorgung und Katastrophenschutz“ fördert die SKEW über ihren Kleinprojektfonds eine Delegationsreise, die die Entwicklung weiterer konkreter Pläne und Projekte für die zukünftige Zusammenarbeit der Partnerkommunen zum Ziel hat.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit gewinnt in kommunalen Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden zunehmend an Bedeutung. Unter dem Dach der Partnerschaften können Geschäftskontakte in die Partnerkommune etabliert werden. Um das zu ermöglichen, sollten lokale

Unternehmen, deren Geschäftsfeld für die Partnerkommune von Interesse sein könnte, gezielt angesprochen werden. Dabei eröffnet insbesondere der Tourismus Ländern im Globalen Süden große Chancen und Perspektiven, Infrastruktur aufzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen, lokale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, Naturschätze zu bewahren und auf diesem Wege die Armut der Bevölkerung zu reduzieren. Zudem hat der Tourismus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Völkerverständigung und die Wertschätzung anderer Kulturen. Ein unkontrolliertes Tourismuswachstum birgt allerdings auch Risiken für Mensch und Natur. Deshalb muss im Tourismus nachhaltiges Wirtschaften oberste Priorität haben. Das war im Übrigen auch Ziel des von den Vereinten Nationen für 2017 ausgerufenen „Internationalen Jahres des nachhaltigen Tourismus für Entwicklung“.

In vielen kommunalen Partnerschaften spielt die Förderung des nachhaltigen Tourismus schon heute eine wichtige Rolle. So hat sich etwa eine Vielzahl der deutsch-palästinensischen Partnerschaften des Themas angenommen und arbeitet in Fragen der Tourismusförderung zusammen. Im Rahmen des SKEW-Projekts „Deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaften“⁴⁵ haben sich die Städte Bergisch Gladbach, Jena, Köln und Xanten und ihre palästinensischen Partnerkommunen Beit Jala, Beit Sahour und Bethlehem sogar zusammengeschlossen, um gemeinsam den nachhaltigen Tourismus in der Region Bethlehem zu fördern. Im Februar 2017 wurde in Bethlehem ein Koordinierungsbüro für die Tourismusförderung eröffnet. Unterstützt wird die Kooperation über Nakopa.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommunaler Partnerschaften ist das Thema Fairer Handel. Denn dieser ist besonders wirkungsvoll, weil er unmittelbar die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Ländern des Globalen Südens verbessert und etwa durch Existenzgründungen auch zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder beiträgt. Zugleich fördert er im Globalen Norden das Bewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten für gerechte

45 „Deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaften“: <https://skew.engagement-global.de/partnerschaften-mit-kommunen-in-den-palaestinensischen-gebieten.html>.

Handelsbeziehungen. Dazu tragen im Übrigen auch Fachaustausche zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern bei.

Als öffentliche Auftraggeber verfügen die deutschen Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen über eine enorme Einkaufsmacht und damit große Einflussmöglichkeiten. Gleichzeitig üben sie eine wichtige Vorbildfunktion aus. Schätzungen zufolge wird auf kommunaler Ebene rund die Hälfte des jährlichen Auftragsvolumens der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro verantwortet. Immer mehr entwicklungspolitisch aktive Kommunen in Deutschland unterstützen daher auch die Ziele des Fairen Handels, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hergestellt werden.



Der achte Durchgang des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ im Jahr 2017 war der bisher erfolgreichste Durchgang mit 100 Bewerbungen und über 900 Projekten.
© Iris Maria Maurer/Engagement Global

Ein Beleg dafür ist der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“⁴⁶, den die Servicestelle im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle zwei Jahre ausschreibt. Während sich bei der ersten Wettbewerbsrunde im Jahr 2003 noch 31 deutsche Kommunen mit rund 150 Projekten beteiligten, nahmen 2017 insgesamt 100 Städte und Gemeinden mit mehr als 900 Projekten am Wettbewerb teil. Das zunehmende Engagement deutscher Kommunen für den Fairen Handel zeigt

zudem die Kampagne „Fairtrade-Towns“⁴⁷, der sich in Deutschland mittlerweile rund 500 Kommunen angeschlossen haben.

Die Aktivitäten deutscher Kommunen beim Fairen Handel sind breit angelegt und reichen von der Förderung von fair gehandeltem Kaffee über die ökologische Beschaffung von Verbrauchsmaterialien in der Verwaltung bis hin zur Beachtung von sozialen Rahmenbedingungen etwa beim Einkauf von Feuerwehrdienstkleidung. Dabei suchen einige Kommunen auch die direkte Anbindung an ihre Partnerkommunen im Globalen Süden. So gibt es in mehreren deutschen Städten und Gemeinden bereits fair gehandelte Partnerschaftskaffees (siehe auch Kapitel 4.7).

Aus der Praxis

Partnerschaft Bielefeld und Estelí in Nicaragua

Bielefeld und Estelí in Nicaragua verbindet seit mehr als 30 Jahren eine enge Freundschaft. 1984 zunächst als Patenschaft gestartet, wurde die Zusammenarbeit 1995 in eine offizielle Partnerschaft umgewandelt. Neben Kontakten zwischen Schulen, Kindergärten, Kirchengemeinden, Vereinen, Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen werden gemeinsam Projekte in unterschiedlichen Bereichen durchgeführt, wobei die Aktivitäten vom Welthaus Bielefeld und dem Städtepartnerschaftsbüro in Estelí inhaltlich betreut werden.

Seit 2012 arbeiten Bielefeld und Estelí zudem im SKEW-Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ zusammen. Dabei entstand die Idee für einen gemeinsamen, fair gehandelten Partnerstadtkaffee. Die inhabergeführte Bielefelder Rösterei Kaffeewelt Eisbrenner importiert dafür seit 2013 fair gehandelten Kaffee über die Mittelamerikanische Kaffee Import- und Export GmbH (MITKA) direkt von der örtlichen Kaffeekooperative UCA Mirafior in der nicaraguanischen Partnerstadt. Die Kooperative erhält die kompletten Fair-Trade-Mehreinnahmen und

⁴⁶ „Hauptstadt des Fairen Handels“:
<https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-hauptstadt-des-fairen-handels.html>.

⁴⁷ „Fairtrade-Towns“: www.fairtrade-towns.de.

verteilt diese an die zwölf Basiskooperativen, die zu Miraflores gehören. Davon geht ein Teil direkt an die Produzentinnen und Produzenten, über den restlichen Betrag entscheidet die jeweilige Kooperative. Für jedes verkaufte Kilogramm „Bielefeld Kaffee“ spendet die Kaffeewelt Eisbrenner darüber hinaus 50 Cent an das Welthaus Bielefeld, die wiederum für die Umsetzung von Bildungsprojekten in Estelí eingesetzt werden.

Der fair gehandelte „Bielefeld Kaffee“, der seit September 2017 auch das „Bio“-Siegel trägt, hat die bereits sehr guten Beziehungen zwischen Bielefeld und Estelí durch die direkte Verbindung zwischen Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten weiter gestärkt. Zudem ist der Kaffee sehr beliebt: Wie das Welthaus Bielefeld mitteilt, kamen von 2014 bis Herbst 2017 allein über die Kaffeespenden der Rösterei 4.250 Euro zusammen. Dafür wurden über 8,2 Tonnen „Bielefeld Kaffee“ verkauft, was einer Menge von etwa einer Million Tassen Kaffee entspricht. Der Kaffee ist inzwischen in 20 Geschäften erhältlich und etwa 45 Betriebe und Institutionen schenken ihn an Mitarbeitende, Kundschaft und Gäste aus.

4.5.4 Bildung und Wissenschaft

Bildung findet vor Ort statt: Ob in Kindergärten, Schulen, in der Aus- und Weiterbildung oder an Universitäten tragen kommunale Akteure zur Bildung der Bevölkerung bei und sichern somit auch die Basis für wirtschaftliche und soziale Innovation. Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft gewinnen der weltweite Austausch und die internationale Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Wissenschaft zunehmend an Bedeutung. Kommunalen Partnerschaften bieten sich hier vielfältige Ansatzpunkte.

Der Austausch im Bereich Bildung und Wissenschaft im Rahmen kommunaler Partnerschaften ermöglicht den Perspektivwechsel und das gegenseitige Kennenlernen unterschiedlicher Lebensrealitäten. Er trägt hierzulande dazu bei, das Bild der vermeintlich weniger entwickelten Länder zu hinterfragen. Über persönliche Kontakte wächst das Verständnis für die Lebensbedingungen der Menschen im Globalen Süden und für globale Zusammenhänge. Kommunale Partnerschaften

in Ländern des Globalen Südens bieten somit die Möglichkeit, globale Beziehungen lokal erlebbar zu machen.

Dabei kann vor allem der Jugend- und Schulaustausch mit dem Globalen Süden für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisieren und damit langfristig den Nährboden für nachhaltiges Denken und Handeln in der eigenen Kommune bereiten. Darüber hinaus bereichern Austausche den Schulalltag, indem interdisziplinäres Arbeiten und projekt- und themenorientiertes Lernen ermöglicht werden. Mittlerweile gibt es eine große Anzahl von Partnerschaften zwischen Schulen in Deutschland und im Globalen Süden. Auch im Rahmen von kommunalen Partnerschaften sind viele Schulen aktiv. Bislang haben zum Beispiel zehn Berliner Schulen im Rahmen der Städtepartnerschaft von Berlin und Windhoek eine Partnerschaft mit einer Schule in Namibias Hauptstadt geschlossen.



Die Förderung von Bildung ist seit vielen Jahren ein Schwerpunkt in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.
© Europäische Union

Die Stadt Wolfsburg und ihre Freundschaftsstadt Sarajevo in Bosnien und Herzegowina, die seit Anfang 2017 an der zweijährigen Pilotphase des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“⁴⁸ der Servicestelle teilnehmen, richten ihren Fokus ebenfalls auf das Thema Bildung. Im Sinne des in der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ formulierten Ziels 4 „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ wollen sie Bildungsangebote zum

48 „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“:
<https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>.

Thema Nachhaltigkeit schaffen. So soll beispielsweise eine an die jeweiligen Bedarfe der Schulen angepasste LernBox zur „Kreislaufführung von Ressourcen“ entwickelt werden.

Eine Kooperation zwischen deutschen Kommunen und ihren Partnern im Globalen Süden bietet sich auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung an. Gemeinsam mit lokalen Handwerksbetrieben kann ein Austausch von Mitarbeitenden die Ausbildungsqualität und interkulturelle Kompetenz erhöhen und neue Tätigkeitsfelder erschließen. Träger der beruflichen Bildung können den Austausch unterstützen. Dies eröffnet darüber hinaus die Möglichkeit, Kontakte zu Kleinunternehmen im Rahmen einer Projektpartnerschaft aufzubauen und so deren Basis zu verbreitern.



Die Stadt Wolfsburg arbeitet im Rahmen des Projektes „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ mit der Stadt Sarajevo in Bosnien und Herzegowina zusammen. © Stadt Wolfsburg

Aus der Praxis

Die Partnerschaft von Vaterstetten und Alem Katema in Äthiopien

Die bayerische Gemeinde Vaterstetten und die Stadt Alem Katema, in der Karlheinz Böhm in den 1980er-Jahren seine Aktion „Menschen für Menschen“ startete, begründeten 1994 die erste kommunale Partnerschaft zwischen Deutschland und Äthiopien. Seitdem hat sich ein intensiver Austausch entwickelt und die Resultate können sich sehen lassen: In Alem Katema wurden bereits zwei Kindergärten gebaut, die in Verbundenheit mit den deutschen Partnern nach den Gemeindeteilen „Vaterstetten“ und „Baldham“

benannt sind und mehr als 400 Kinder beherbergen. Ein dritter Kindergarten ist in Planung. Die 2013 neu errichtete Vaterstetten Library hat 17.000 Leserinnen und Leser jährlich und ist Treffpunkt für Lernwillige in Alem Katema. In den Kindergärten und der Bibliothek haben zudem 24 Menschen Arbeit gefunden – Tendenz steigend. Mit den „Ofenmachern“⁴⁹ und den „EinDollarBrillen“⁵⁰ konnten weitere Arbeitsplätze in Alem Katema geschaffen werden.

Gefördert über Nakopa ist 2016 ein weiteres Bildungsprojekt gestartet, das Kurse und Workshops zum Transfer handwerklichen Wissens und zur Förderung des Unternehmertums an der Almaz Böhm Vocational School in Alem Katema anbietet. Der Fokus liegt dabei auf den Studiengängen „Information Communication Technology“, aus dem bereits ein Internetcafé hervorgegangen ist, sowie „Automotive“ und „Construction“. Die Studierenden lernen hier, wie ein Traktor gefahren, aber auch wie er repariert und instand gehalten wird. Den Erfolg des Bildungsprojektes belegt die steigende Anzahl der Studierenden in Alem Katema: Während zu Beginn des Jahres 2016 noch 4.000 Schülerinnen und Schüler die Berufsschule besuchten, waren es am Jahresende 2016 bereits 7.200.

Universitäten und Hochschulen sind weltweit vernetzt. Auch im Rahmen von kommunalen Partnerschaften kann der Erfahrungsaustausch zwischen den Universitäten der Partnerstädte konkret gefördert werden. Mögliche Aktivitäten reichen dabei von der Durchführung gemeinsamer Projekte und Forschungsvorhaben über den Austausch von Gastforscherinnen und Gastforschern sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten bis zu langfristigen Kooperationsabkommen in bestimmten Wissenschaftsbereichen.

Im Rahmen der seit 1990 bestehenden kommunalen Partnerschaft zwischen Nürnberg und Charkiw in der Ukraine entstand 2013 die Idee für eine „Nacht der Wissenschaft“ in Charkiw nach Nürnberger Vorbild, wo es eine solche Nacht schon seit vielen Jahren gibt. Der Plan stieß in beiden Städten schnell auf Unterstützung, sodass bereits im

49 Verein Die Ofenmacher: www.ofenmacher.org.

50 Verein EinDollarBrille: www.eindollarbrille.de.

September 2013 die erste „Nacht der Wissenschaft“ in Charkiw unter Beteiligung mehrerer führender wissenschaftlicher Einrichtungen und mit rund 150.000 Besucherinnen und Besuchern durchgeführt wurde. Seitdem findet die Nacht jährlich statt, wobei die Veranstaltung durch das Auswärtige Amt – die Deutsche Botschaft, das Generalkonsulat in Donezk mit derzeitigem Sitz in Dnipro und das Honorarkonsulat in Charkiw – sowie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt wird.

Die „Nacht der Wissenschaft“ in Charkiw ist so erfolgreich, dass aus ihr bereits weitere Kooperationen hervorgegangen sind, darunter seit Sommer 2016 ein Studierendenaustausch zwischen dem Institut für Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Simon Kuznets Kharkiv National University of Economics in Charkiw. Auch die Fakultät für Architektur der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und die Charkiw State Technical University of Construction and Architecture wollen gemeinsam eine Summer School und einen Studierendenaustausch organisieren. Eine weitere Zusammenarbeit mit der Beketov National University of Urban Economy ist ebenfalls geplant.

4.5.5 Verwaltung und Stadtentwicklung

Nachhaltige Stadtentwicklung ist zu einem bestimmenden Leitbild staatlicher und kommunaler Politik in Deutschland und weltweit geworden. Denn nur durch die Verknüpfung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten können sich Städte, Landkreise und Gemeinden sowie Regionen zu attraktiven Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Kulturräumen für heutige und künftige Generationen entwickeln. In der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ rufen die Vereinten Nationen Kommunen explizit dazu auf, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig [zu] machen“ (Ziel 11). In den globalen Ballungszentren sollen menschen- und umweltfreundliche Lebensräume mit bezahlbarem Wohnraum entstehen und Siedlungen nachhaltiger und grüner werden. Auch die „Neue Urbane Agenda“ der Vereinten Nationen enthält klare Ziele für eine moderne und nachhaltige Stadt: kompakte Siedlungsentwicklung mit angemessenen Freiräumen, sparsamer Umgang mit Ressourcen, Stärkung öffentlicher Verkehrsmittel und gesunde Lebensbedingungen für alle.

Angesichts globaler Herausforderungen wie etwa zunehmender Urbanisierung und Klimawandel wird die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung zwischen Kommunen weltweit immer wichtiger. Eine Möglichkeit für den fachlichen Austausch und die weltweite Vernetzung kommunaler Akteure bietet die internationale Städteplattform Connective Cities⁵¹, ein Kooperationsprojekt der Servicestelle mit dem Deutschen Städtetag und der GIZ. Das Städtenetzwerk bringt weltweit Praktikerinnen und Praktiker zu Fragen kommunaler Dienstleistungen und nachhaltiger Stadtentwicklung zusammen, sei es für den Einsatz erneuerbarer Energien, die Entwicklung innovativer Mobilitätskonzepte oder die Organisation der Abfallentsorgung.



Im Rahmen des Projekts „Kommunales Know-how für Nahost“ besuchten Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen im Mai 2017 eine Mülldeponie bei Deir Alla in Jordanien.
© Wencke Müller

Über einen Connective-Cities-Praktikerworkshop im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“⁵², die die Servicestelle gemeinsam mit der Städteplattform seit 2016 umsetzt, kam beispielsweise der Kontakt zwischen Kommunalservice Jena und dem jordanischen Deir Alla zustande. Von den 65.000 Menschen, die in Deir Alla, einer Stadt im Jordantal etwa 50 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Amman, heute leben, sind rund 6.000 Geflüchtete aus Syrien. Die Stadt bzw. ihre Infrastruktur steht durch den Bevölkerungszuwachs nicht nur bei der Abfallentsorgung vor enormen Herausforderungen. Gemeinsam mit Kommunalservice

51 Connective Cities – Internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung: www.connective-cities.net.

52 „Kommunales Know-how für Nahost“:
www.initiative-nahost.de/de.

Jena erarbeitet Deir Alla inzwischen einen Abfallwirtschaftsplan. Auf Basis konkreter Daten werden Maßnahmen für die weitere Entwicklung der Abfallwirtschaft festgelegt und umgesetzt. Das Partnerschaftsprojekt wird durch die Initiative und über das „Schnellstarterpaket I Nahost“⁵³ von der Servicestelle gefördert.

Nachhaltige Entwicklung ist nur mit einer funktionsfähigen Verwaltung möglich. Sie stellt den Zugang zu zentralen Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger sicher. Dazu zählen zum Beispiel die Wasserversorgung, die Müllabfuhr oder auch die Bereitstellung von Schulen und Krankenhäusern. Damit kommt der öffentlichen Verwaltung im Globalen Norden wie im Globalen Süden eine Schlüsselfunktion zu. Gutes Regieren und eine demokratisch legitimierte, rechtsstaatliche Verwaltung sind unabdingbar für erfolgreiche Entwicklungsstrategien.



Verantwortungsvolle Regierungsführung auf allen Ebenen ist eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, politische Stabilität und Sicherheit. © European Union 2011 EP/PE

Die Stärkung der Strukturen der öffentlichen Verwaltung und ihrer Mitarbeitenden gehören folglich zu einem der wichtigsten Bereiche in der Entwicklungszusammenarbeit. Maßnahmen des *capacity building* bei kommunalen und staatlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und den Beschäftigten in den Verwaltungen sind gewichtige Hebel, wenn es um die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen geht. Hierüber ist es möglich, die Grundsätze guter Regierungs- und Verwaltungsführung zu verankern. Ineffiziente Strukturen, Korruption, Amtsmissbrauch

und Vergeudung öffentlicher Mittel, die starke Entwicklungshemmnisse darstellen, lassen sich so am wirksamsten bekämpfen.

Da die Kommunen die staatliche Ebene sind, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, fängt gutes Regieren und Verwalten auf der kommunalen Ebene an. Kommunen können etwa Vorreiter bei der Förderung von Transparenz und Bürgerbeteiligung sein. Dabei zeigt insbesondere das Beispiel des Bürgerhaushalts, dass deutsche Städte und Gemeinden von Kommunen im Globalen Süden lernen können. Die SKEW hat 2003 ein „Netzwerk Bürgerhaushalt“⁵⁴ ins Leben gerufen, in dem deutsche Kommunen ihr Wissen und ihre Erfahrungen untereinander, aber auch mit Kommunen im Globalen Süden austauschen.

Im Rahmen ihres Vorhabens „Bürgernahe Kommune“⁵⁵ fördert die Servicestelle darüber hinaus den internationalen Fachaustausch und die Verbreitung guter Instrumente und Ansätze zur kommunalen Bürgerbeteiligung. In Kooperation mit dem Landesbüro Marokko der Konrad-Adenauer-Stiftung werden für deutsche Kommunen und deren Partnerkommunen in Marokko und Tunesien beispielsweise konkret Workshops zu Themen der bürgernahen Kommune veranstaltet, etwa zur Korruptionsprävention oder auch zur Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik.

Um den kommunalen Austausch zwischen deutschen und nordafrikanischen Kommunen zu stärken, führt die Servicestelle gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit 2016 das Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“⁵⁶ durch. Hier arbeiten Städte in Algerien, Marokko und Tunesien mit deutschen Kommunen und kommunalen Unternehmen in verschiedenen Bereichen zusammen, so bei der Grünflächengestaltung, der Energieeffizienz, der Abfallwirtschaft und zu guter Regierungsführung. Gemeinsam planen sie Kleinprojekte, die sie im Maghreb umsetzen, wobei zivilgesellschaftliche

53 „Schnellstarterpaket I Nahost“:
www.initiative-nahost.de/de/aktuelle-meldungen-details/schnellstarterpaket-1.html.

54 „Netzwerk Bürgerhaushalt“:
<https://skew.engagement-global.de/netzwerk-buergerhaushalt.html> und www.buergerhaushalt.org.

55 „Bürgernahe Kommune“: <https://skew.engagement-global.de/buergernahe-kommune.html>.

56 „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“:
<https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>.

Organisationen im Maghreb und in Deutschland involviert werden. Die konkrete Umsetzung der Projekte vor Ort wird durch die GIZ begleitet und teilfinanziert. Der dadurch initiierte Wissenstransfer und Aufbau kommunaler Kooperationsbeziehungen soll die Dezentralisierungsbestrebungen der Maghreb-Länder unterstützen.

Aus der Praxis

Zusammenarbeit der Stadt Wolfsburg und der Stadt Jendouba in Tunesien



Im Rahmen des Programms „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ besuchten Mitarbeitende der Stadt Wolfsburg im Oktober 2017 die tunesische Stadt Jendouba. © Stadt Wolfsburg

Die Stadt Wolfsburg beteiligt sich mit ihrer tunesischen Freundschaftsstadt Jendouba am „Kommunalen Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ von SKEW und GIZ. Bei dem gemeinsamen Projekt geht es um die Entwicklung eines Stadtparks für Jung und Alt in Jendouba. Dazu werden unter anderem Hospitationen von tunesischen Verwaltungsmitarbeitenden in Wolfsburg organisiert, wo sie einen Einblick in die städtischen Verwaltungsstrukturen erhalten und die Aufgaben von verschiedenen Abteilungen wie Flächenplanung, Integration sowie Bürger- und Jugendbeteiligung kennenlernen. Im Gegenzug lernen kommunale Fachleute aus Wolfsburg die lokalen Bedingungen in Jendouba kennen und arbeiten vor Ort gemeinsam an der Projektumsetzung.

Kleinprojekte wie diese können einen wichtigen Beitrag für den sozialen Frieden leisten, Fluchtursachen und Kriminalisierungstendenzen entgegenwirken und zur Stabilisierung im Maghreb beitragen. Wie Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs unterstreicht, können sich die deutschen Beteiligten parallel Wissen über Strukturen, Ressourcen und Herausforderungen im Maghreb aneignen und

ihre Erfahrungen in Wolfsburger Vorhaben anwenden. Damit leistet das Projekt auch einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030.

4.5.6 Flucht und Migration

Die anhaltenden Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen sind eine Herausforderung für Kommunen weltweit. Sie nehmen die Geflüchteten auf, kümmern sich um Unterbringung, Versorgung und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Auch wenn die verstärkt seit 2015 in Deutschland angekommenen Geflüchteten von der Mehrheit der Bevölkerung willkommen geheißen und freundlich aufgenommen wurden, zeigen aktuelle Tendenzen wie das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, wie fragil der gesellschaftliche Zusammenhalt und Frieden ist. Aufnahmebereitschaft und Gastfreundschaft sind in Ländern des Globalen Südens häufig größer, obwohl sie die meisten Geflüchteten aufnehmen und die ökonomischen Voraussetzungen dort wesentlich schlechter sind.



Neun von zehn Flüchtlingen suchen Zuflucht in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten. © European Community, 2008

Bereits in der Vergangenheit haben Partnerschaften deutscher Kommunen mit Herkunfts-orten der eigenen Migrationsbevölkerung dazu beigetragen, Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Das zeigen die zahlreichen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs geschlossenen kommunalen Partnerschaften in Ost- und Südosteuropa. Durch eine kommunale Partnerschaft lernt die einheimische Bevölkerung viel über das Herkunftsland und die Kommune der Zugewanderten. Durch ein gemeinsames Engagement mit Migrantinnen und Migranten oder migrantischen Organisationen in den kommunalen

Partnerschaften können zusätzliche persönliche Kontakte entstehen, die das gegenseitige Verständnis füreinander weiter fördern und die Partnerschaften sowohl durch interkulturelle Kompetenz als auch durch Fachkenntnisse bereichern.

In vielen deutschen Städten und Gemeinden bringen Migrantinnen und Migranten als fester Bestandteil der Zivilgesellschaft ihre Kompetenzen in die kommunale Entwicklungspolitik ein. Die SKEW unterstützt Kommunen dabei, die Themen Migration und Entwicklung zusammen zu denken und aktive Akteure miteinander zu vernetzen, etwa über ihr bundesweites Netzwerk „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“⁵⁷, ihren Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“⁵⁸ sowie mittels Bestandsaufnahmen der vor Ort entwicklungspolitisch Engagierten und lokale Vernetzungsworkshops. Speziell zum Thema Flucht und Geflüchtete in der kommunalen Entwicklungspolitik⁵⁹ bietet die Servicestelle Vernetzungsforen für Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und Geflüchtete an. Im Pilotprojekt „Kommunen als Initiatoren entwicklungspolitischer Bildungsarbeit“ werden im Kontext von Flucht zudem in sechs Modellkommunen konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen entwickelt (siehe auch Kapitel 4.4).

Deutsche Kommunen können darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Stärkung von Aufnahmekommunen in der Region Nahost spielen, die bisher die meisten syrischen Geflüchteten aufgenommen haben. Die im Oktober 2016 gestartete Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“⁶⁰ der Servicestelle und der Städteplattform Connective Cities unterstützt die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Aufnahmekommunen in Jordanien, im Libanon und in der Türkei sowie deutschen Projektpartnern. Mannheim und Kilis kooperieren als eine der ersten Projektpartnerschaften zum Beispiel bei der beruflichen Qualifizierung weiblicher Geflüchteter.

- 57 Bundesweites Netzwerk „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“: <https://skew.engagement-global.de/netzwerk-migration-und-entwicklung.html>.
 58 „Kommune bewegt Welt“: www.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html.
 59 SKEW-Handlungsfeld Flucht und kommunale Entwicklungspolitik: www.engagement-global.de/pressemitteilung/flucht-und-kommunale-entwicklungspolitik.html.
 60 „Kommunales Know-how für Nahost“: <https://skew.engagement-global.de/sonderinitiative-nahost.html> und www.initiative-nahost.de/de.

Aus der Praxis

Partnerschaft der Stadt Mannheim mit der Stadt Kilis in der Türkei



Zur Flüchtlingshilfe in einer Krisenregion hat Mannheim eine Kooperation mit der türkischen Stadt Kilis nahe der syrischen Grenze vereinbart. © Stadt Mannheim

Mannheim und Kilis wollen die Integrationsmöglichkeiten der in der türkischen Stadt lebenden syrischen Geflüchteten – vor allem von geflüchteten Frauen – verbessern. Kilis befindet sich in unmittelbarer Grenznähe zu Syrien, etwa eine Stunde von Aleppo, und hat bisher rund 130.000 Geflüchtete aus dem Nachbarland aufgenommen. Das Projekt ist von der Servicestelle über den Kleinprojektfonds unterstützt worden. Daran schließt sich nun ein durch das „Schnellstarterpaket I Nahost“ finanziertes Vorhaben an.

In einem ersten Schritt soll ein stark sanierungsbedürftiges Gebäude komplett renoviert und zu einem multifunktionalen Lern- und Begegnungsort umgestaltet werden. Nach Fertigstellung sollen dort vor allem syrische Frauen einfache, aber auf dem Markt gesuchte Berufe und die türkische Sprache erlernen, während ihre Kinder – falls notwendig auch psychologisch – betreut werden. So können die Frauen ihren Lebensunterhalt in Kilis selbst sichern oder sich sogar eine Existenz aufbauen. Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten mit der türkischen Bevölkerung ergänzen das Angebot.

Die Stadt Mannheim bringt ihre Fachexpertise in didaktischer, integrations- und wirtschaftspolitischer wie auch in baulicher Hinsicht in das Projekt ein und vermittelt das nötige Verwaltungswissen, damit das Projekt nach einer „Anschubphase“ (mit Unterstützung durch die Stadt Mannheim) dann in Kilis mit entsprechend geschulten Mitarbeitenden problemlos weitergeführt werden kann. Der Impuls für die Kooperation mit Kilis kam übrigens vom Arbeitskreis Islamischer Gemeinden in Mannheim (AKIG), der auch aktiv am Projekt beteiligt ist.

4.5.7 Kunst, Kultur und Sport

Kunst und Kultur öffnen Welten, weil sie meist ohne Worte auskommen, generationsübergreifend, grenzenlos und Völker verbindend sind. Sie fördern individuelles Selbstbewusstsein und den Sinn für Gemeinschaft. „Wer die Kultur des Nachbarn versteht, hört auf, in ihm einen Fremden oder gar Feind zu sehen“, betonte der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Gleiches gilt für den Sport. Wie Kunst und Kultur ermöglicht auch der Sport, Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Nationen und Kulturen aufzubauen und darüber zu einem friedlichen Miteinander beizutragen. „Ich träume vom Sport als einer Kultur der Begegnung und des Friedens“, sagte Papst Franziskus im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro.



Sport steht für grundlegende Werte wie Respekt, Teamwork und Fairness und kann über sprachliche und kulturelle Barrieren hinweg Kontakte schaffen. © European Union, 2016/Seyllou Diallo

Dem kulturellen und sportlichen Austausch im Rahmen von kommunalen Partnerschaften kommt daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Er bildet oftmals nicht nur den Mittel-, sondern häufig auch den Ausgangspunkt für den Austausch und die Zusammenarbeit in weiteren Themenfeldern. Kunst, Kultur und Sport bieten zudem gute Voraussetzungen für die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure wie Musikgruppen oder Sportvereine.

Die Formen des kulturellen und sportlichen Austausches sind entsprechend vielfältig. Sie reichen von Kultur- oder Sportveranstaltungen in den Partnerkommunen über den Austausch von Kunst- und Kulturschaffenden und Sporttreibenden bis hin zu konkreten gemeinsamen Kultur- oder Sportprojekten. Zum Beispiel sanieren die bayerische Stadt Fürth und die tunesische Stadt Midoun im Rahmen

des SKEW-Projekts „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“⁶¹ gemeinsam eine Freilichtbühne für Theateraufführungen in Midoun. Bei den gegenseitigen Erfahrungsaustauschen wurden übrigens auch Kontakte zwischen den örtlichen Golfvereinen geknüpft.

Der Sport ist auch ein verbindendes Element in der seit 2011 bestehenden kommunalen Partnerschaft zwischen Köln und Rio de Janeiro, wo 2014 die FIFA-Fußballweltmeisterschaft und 2016 die Olympischen Spiele ausgetragen wurden. Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft starteten das Sportamt der Stadt Köln und die gemeinnützige Organisation RheinFlanke mit einer Gesamtschule in Köln-Chorweiler und einer vom brasilianischen Fußballer Jorginho gegründeten Fußballschule im Stadtteil Guadalupe in Rio de Janeiro das Projekt „Mais que uma bola – mehr als ein Ball“. Ziel war die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz und der Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen von Köln und Rio. Das beim SKEW-Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“⁶² ausgezeichnete Projekt war so erfolgreich, dass es zu den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro fortgesetzt und auf weitere Sportarten ausgeweitet wurde.

Sich als Gleichberechtigte zu begegnen gehört gleichsam zum Selbstverständnis von Kultur und Sport, wo das Prinzip der Gegenseitigkeit und wechselseitigen Bereicherung im Vordergrund steht. Die kulturelle und sportliche Kooperation wird so zu einem Ort des Globalen Lernens, von dem beide Seiten gleichermaßen profitieren können. Zudem sind gemeinsame künstlerische oder sportliche Aktivitäten nicht nur ein hervorragendes Mittel, um die Begegnung mit Menschen und die Auseinandersetzung mit Themen zu ermöglichen, sondern machen auch Spaß.

Der kulturelle Austausch spielt eine große Rolle in der seit mehr als 50 Jahren bestehenden kommunalen Partnerschaft zwischen Würzburg und Mwanza in Tansania. Dabei haben sich die Partnerkommunen auch den Nachwirkungen der deutschen Kolonialzeit in Tansania (ehemals

61 „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“: <https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>.

62 „Kommune bewegt Welt“: www.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html.

„Deutsch-Ostafrika“) angenommen, die in Mwanza Teil des kollektiven Gedächtnisses und noch heute spürbar sind. Im Rahmen des von der Servicestelle gemeinsam mit dem ASA-Programm von Engagement Global geförderten „ASA-Kommunal“-Projektes „Knowing the past makes fit for the future“⁶³ haben zwei Stipendiaten mit der Stadtverwaltung in Mwanza die Möglichkeiten für ein Museum zur Kolonialgeschichte in der tansanischen Stadt ausgelotet. Im Nachgang zu ihrem Aufenthalt in Mwanza veranstalteten sie in Würzburg einen Workshop, in dem die Folgen des Kolonialismus in der Partnerkommune dargestellt und der Umgang mit dem kolonialen Erbe in Deutschland und Tansania diskutiert wurden. Dabei wurden eurozentristische Weltbilder hinterfragt, um die aktive Gestaltung von Erinnerungskulturen zu fördern.

4.5.8 Gesundheit und Soziales

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen [...]“. So steht es in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. In vielen Ländern des Globalen Südens sind die Gesundheits- und Sozialsysteme allerdings noch nicht leistungsfähig genug. Große Teile der Bevölkerung – insbesondere arme Menschen und Menschen in ländlichen Regionen – werden nicht ausreichend und angemessen medizinisch versorgt. Es mangelt etwa an moderner Ausstattung in den Gesundheitseinrichtungen, Medikamenten und an Fachpersonal. Schlechte Ernährung, schmutziges Trinkwasser und schlechte Wohnsituationen führen zudem immer noch zu vermeidbaren Krankheiten – vor allem bei Kindern.

Kommunen haben einen großen Einfluss auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung. An ihnen ist es, vor Ort die Grundlagen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu schaffen. Die Bedingungen in Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Begegnungsräumen sowie im Wohnumfeld beeinflussen dabei auch das

Gesundheitsverhalten. In den Alltag integrierte Angebote zur Gesundheitsförderung wirken sich, ebenso wie Bildungsangebote, positiv auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen aus.



In vielen Ländern des Globalen Südens ist die medizinische Versorgung nicht mit der in Europa vergleichbar. © EU/AFP/Daniel Hayduk

Das Themenfeld Gesundheit und Soziales nimmt in vielen Partnerschaften deutscher Kommunen im Globalen Süden einen wichtigen Platz ein. Humanitäre Hilfe nach Naturkatastrophen oder Kriegseignissen war nicht selten sogar Ausgangspunkt für die Gründung kommunaler Partnerschaften und hat auch bestehenden Partnerschaften starke Impulse gegeben. So kam es infolge des Hurrikans Mitch 1998 in Mittelamerika und der Tsunami-Katastrophe 2010 in Südostasien zu besonders vielen kommunalen Partnerschaften. Auch nach Ende des Bosnienkrieges 1995 entstanden einige Kooperationen zwischen Kommunen in Deutschland sowie Bosnien und Herzegowina.

Während in den Anfangsjahren vieler kommunaler Partnerschaften in den 1970er- und 1980er-Jahren Sammel- und Spendenaktionen zur Unterstützung sozialer oder medizinischer Einrichtungen und Hilfslieferungen von Medikamenten, medizinischen Geräten und anderen Gütern im Mittelpunkt der Aktivitäten standen, rücken heute zunehmend gemeinsame Projekte zur Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in den Vordergrund. Dazu gehören beispielsweise Projekte für Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Bedürfnissen oder Beeinträchtigungen, etwa die Revitalisierung von Slumgebieten oder Beschäftigungsprojekte für Menschen mit körperlicher oder geistiger

63 „ASA-Kommunal“: www.engagement-global.de/asa-kommunal.html bzw. <https://skew.engagement-global.de/asa-kommunal.html>.

Behinderung sowie die Aus- und Weiterbildung von Personen im Sozial- oder Gesundheitswesen im Rahmen von Austausch und Ausbildungsprojekten von Beschäftigten sozialer und medizinischer Einrichtungen.

Diesem Ziel dienen auch die 2016 ins Leben gerufenen „Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit“⁶⁴. Mit dieser Initiative unterstützen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Else Kröner-Fresenius-Stiftung Partnerschaften zwischen Kliniken bzw. Gesundheitseinrichtungen in Deutschland und in Ländern des Globalen Südens. Konkret geht es darum, Wissen auszutauschen und so die medizinische Versorgung hier wie dort zu verbessern.

In den Projekten der SKEW ist das Thema Gesundheit und Soziales ebenfalls stark präsent. So entstand zum Beispiel unter dem Dach der seit 2011 bestehenden kommunalen Klimapartnerschaft zwischen dem Enzkreis und dem Masasi District im Süden von Tansania auch eine Partnerschaft zwischen den Enzkreis-Kliniken Mühlacker und dem Mkomindo Hospital in der Stadt Masasi. Neben dem Austausch und der Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal geht es bei der Klinikpartnerschaft um die Realisierung eines neuen Operationssaals für das Mkomindo Hospital.



Im Rahmen der Klimapartnerschaft zwischen dem Enzkreis und Masasi in Tansania haben die Enzkreiskliniken auch eine Klinikpartnerschaft mit dem Mkomindo Hospital aufgebaut. © Enzkreis

Aus der Praxis

Partnerschaft zwischen der Stadt München und Kiew in der Ukraine

HIV und Aids sowie der Umgang damit sind immer noch ein großes Problem. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Ukraine das Land mit der höchsten HIV-Neuinfektionsrate in Europa. Hinzu kommt, dass Aids immer noch ein gesellschaftliches Tabuthema ist. Stigmatisierung und Intoleranz gegenüber Infizierten und besonders gefährdeten Gruppen wie Prostituierten, Drogenabhängigen oder Homosexuellen sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Vorbehalte und Berührungängste zeigen sich aber auch in medizinischen Einrichtungen. Zudem findet im medizinischen und therapeutischen Bereich eine interdisziplinäre Vernetzung von Behandlung, Versorgung und Betreuung kaum statt, was vor allem an der mangelnden Ausbildung der Fachkräfte liegt.

Im Rahmen ihrer seit 1989 bestehenden Partnerschaft arbeiten die Städte München und Kiew seit Jahren in der HIV-Prävention zusammen. Für eine langfristige Verbesserung im Umgang mit dem Virus und mit den Betroffenen führten die Partnerstädte von 2013 bis Anfang 2016 ein Projekt zur Qualifizierung und Bewusstseinsbildung von Fachpersonal durch. Mithilfe des Projektes, das von der Servicestelle aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezuschusst wurde, wurden Ärztinnen und Ärzte sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Stadt Kiew qualifiziert und sensibilisiert und die Zusammenarbeit der städtischen und nicht städtischen Facheinrichtungen und Beratungsstellen in Kiew intensiviert.

Münchner Fachkräfte der städtischen Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten, der städtischen Drogenberatungsstelle, der Münchner Aids-Hilfe und des Vereins connect plus entwickelten hierfür eine Multiplikatorenausbildung und schulten 19 Trainerinnen und Trainer, die unter anderem auch Hospitationen in verschiedenen Münchner Einrichtungen absolvierten. Anschließend bildeten diese Trainerinnen und Trainer in Kiew 60 Kolleginnen und Kollegen aus. Um die Vernetzung mit weiteren

64 „Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit“:
www.klinikpartnerschaften.de.

Medizinerinnen und Medizinern, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Stadt sowie mit privaten Einrichtungen und Organisationen zu fördern, wurden in drei Stadtvierteln „Runde Tische“ etabliert. Dort arbeiten multidisziplinäre Teams zusammen, um die bestehenden Angebote auf Stadtteilebene weiterzuentwickeln.

4.6 Finanzierung und Förderung

Selbst die engagierteste kommunale Partnerschaft kommt nicht ohne finanzielle Mittel aus, sei es für Aktivitäten in Deutschland oder im Partnerland. Partnerschaften und Kooperationsprojekte von Kommunen müssen dabei nicht komplett aus dem kommunalen Haushalt bestritten werden. Allerdings muss in vielen Fällen eine Grundfinanzierung gewährleistet sein. Auf dieser Basis lassen sich zahlreiche Aktivitäten und Projekte anstoßen, die durch verschiedene Förderprogramme, Stiftungsgelder sowie durch Sponsoring, Spenden und Preisgelder kofinanziert werden können. Zu beachten ist, dass dabei je nach Antragsteller und Thema der geplanten Aktivitäten unterschiedliche Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat ihr Unterstützungsangebot für Kommunen seit 2013 stetig ausgeweitet.

Auch wenn jede Kommune bei der Finanzierung ihres developmentspolitischen Engagements ihren eigenen Weg finden muss, gibt es zahlreiche Erfahrungen und empfehlenswerte Fördermöglichkeiten, die Einsteigern die ersten Schritte erleichtern und auch erfahrenen Akteuren noch die eine oder andere Anregung geben können. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hält im Internet einen umfangreichen „Finanzierungsratgeber“⁶⁵ bereit. Neben Beispielen aus der Praxis können in der Datenbank rund 160 aktuelle Fördermöglichkeiten von Bund, Ländern, Europäischer Union sowie von gemeinnützigen Stiftungen abgefragt werden.

Bei den hier vorgestellten Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten handelt es sich um eine kleine Auswahl. Sie ist bewusst so gewählt, dass sie eine breite Palette abdeckt und damit Tipps

und Anregungen für die jeweilige Situation vor Ort gibt.

Kommunale Grundfinanzierung

Bei der Grundfinanzierung lässt sich zwischen öffentlichen und privaten Mitteln unterscheiden. Beide können zur Grundfinanzierung beitragen. Als öffentlich werden ordentliche Haushaltsmittel für die eigene Projektförderung und die Arbeit der Partnerschaftsvereine bezeichnet. Auch Mittel aus dem Bürgermeisterhaushalt – etwa für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation – sowie Mittel aus den Fachhaushalten der Kommunen zählen dazu.

In vielen Kommunen sind die Mittel dezentral auf verschiedene Fachbehörden verteilt. Häufig weist etwa der Etat der für schulische oder kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ämter und Referate mehr finanziellen Spielraum für Partnerschaftsaktivitäten auf als der Gesamtetat für kommunale Partnerschaften bei der federführenden Dienststelle. Viele Kommunalparlamente haben zudem Beschlüsse für bestimmte Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit oder kommunaler Partnerschaften im Globalen Süden gefasst, die mit einem Budget verbunden sind.

Selbst wenn sich die kommunale Grundfinanzierung auf die Personalausstattung des zuständigen Referats oder Amtes beschränkt, ist das schon einmal eine gute Basis. Das dann bei einem Besuch in der Partnerkommune auftauchende Problem der anfallenden Reise- und Aufenthaltskosten lösen einige Kommunen, indem sie auf die Haushaltsstellen für Dienstreisekosten und Honorarmittel zurückgreifen.

Neben öffentlichen Mitteln tragen private Mittel zur Grundfinanzierung der Kommunen bei. So bieten Städte wie Bremen, Köln, Hamburg oder Saarbrücken ihren Beschäftigten an, die Cent-Beträge ihrer Monatsgehälter zu spenden. Aus diesen vielen kleinen Spenden werden häufig große Summen, die in kommunale Partnerschaftsprojekte fließen. Einige Kommunen lassen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch entscheiden, für welches Projekt ihre „Restcent“-Beträge genutzt werden sollen. Solche Aktionen sind sehr hilfreich, da developmentspolitische Aktivitäten zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen zählen, deren Finanzierung nur über Einnahmen gewährleistet werden kann.

65 „Finanzierungsratgeber“: <https://skew.engagement-global.de/finanzierungsratgeber.html>.

Projektförderung als Kofinanzierung

Neben Eigenmitteln sind die Kommunen bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement im Rahmen von Partnerschaften immer auch auf Drittmittel angewiesen, wobei es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, Mittel zu akquirieren. Infrage kommen vor allem Fördermittel des Bundes und der Länder. Zudem sind einige Förderprogramme der Europäischen Union für Kommunen interessant. Daneben stellen auch politische und private Stiftungen sowie entwicklungspolitisch aktive Verbände und Netzwerke Gelder zur Verfügung, die für Partnerschaftsaktivitäten beantragt werden können. Weitere Möglichkeiten zur Mittelakquise bieten Spendenaufrufe, die Gewinnung von Sponsoren sowie die Teilnahme an Wettbewerben.

Da in den Förderbedingungen von Programmen und Stiftungen zumeist festgelegt ist, ob sie Inlands- oder Auslandsprojekte fördern, stellt sich zunächst die Frage, wo die geplanten Aktivitäten durchgeführt werden sollen. Viele Bundesländer fördern etwa Inlandsprojekte zur entwicklungspolitischen Bildung, die die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland über das Partnerland, die Kultur und Lebenssituation der Menschen dort informieren und so für deren Bedürfnisse sensibilisieren. Bei den Auslandsprojekten werden neben Bildungsprojekten zudem häufig Know-how-Transfers sowie Infrastrukturmaßnahmen unterstützt. Neben Projekten im Partnerland und in Deutschland gibt es zudem noch Fördermöglichkeiten für wechselseitige Austauschprojekte.

Ein zweites wichtiges Kriterium bezieht sich auf die Art der möglichen Antragsteller. So gibt es in der Regel unterschiedliche Förderprogramme etwa für Kommunen, Vereine, Kirchengemeinden, Schulen oder Jugendverbände. Da Partnerschaftsaktivitäten häufig von mehreren Gruppen in einer Kommune umgesetzt werden, besteht hier die Möglichkeit, dass die Projektanträge von unterschiedlichen Beteiligten gestellt werden.

Wichtig ist auch die Frage, was gefördert werden soll. Je konkreter die Projektidee und das Konzept, desto leichter lässt sich ein passender Fördertopf finden. Neben der inhaltlichen Ausrichtung des zu fördernden Projektes ist dabei zu beachten, ob mit den Fördermitteln Investitionen, Sachleistungen, Publikationen, Reisekosten, Projektmitarbeitende oder arbeitsplatzbezogene

Kosten finanziert werden sollen. So gibt es Förderprogramme, über die keine Personal- oder Flugkosten abgerechnet werden können. Anfallende Kosten sollten daher vorab genau abgeklärt und dann erst das passende Förderprogramm oder die passende Stiftung gesucht werden.

Da die wenigsten Förderprogramme Projekte zu 100 Prozent finanzieren, ist auch der zu tragende Eigenanteil der Kommune zu berücksichtigen. Bei einigen Förderprogrammen und Stiftungen kann dieser Eigenanteil, zumindest teilweise, durch ehrenamtliche Stunden geleistet werden. In der Regel bleibt aber ein Anteil, der aus eigenen Mitteln oder über andere Förderer aufgebracht werden muss.

Bei sämtlichen Möglichkeiten der Mittelakquise ist immer auch der Faktor Zeit wichtig. So sollte für Projektanträge mindestens ein halbes Jahr Vorlauf eingeplant werden – bei Programmen mit hohen Fördersummen eher mehr, da hier zumeist sehr detaillierte Projektanträge und Finanzpläne zu erstellen sind. Kommt es zu einer Förderung, entsteht zusätzlicher Abrechnungs- und Berichtsaufwand, der ebenfalls nicht zu unterschätzen ist. Viele Mittelgeber fordern Verwendungsnachweise sowie Zwischen- und Abschlussberichte zum geförderten Projekt. Häufig gibt es zudem Vorgaben für Reisekostenabrechnungen, teilweise auch Stundenaufstellungen bei Personalkosten sowie andere formale Vorgaben. Einige Förderinstitutionen bieten Seminare an, in denen sie unter anderem ihre Abrechnungsmodalitäten erläutern. Ein solcher Besuch lohnt auf jeden Fall.

Um sicher zu sein, dass das geplante Vorhaben durch die ausgewählte Fördereinrichtung unterstützt werden kann, empfiehlt sich immer auch eine Voranfrage. Einige Mittelgeber geben hierfür Förderrichtlinien und Gliederungen vor, andere nehmen einfache Anfragen per E-Mail entgegen.

Förderprogramme und -instrumente auf Bundesebene

Größter Mittelgeber für die Entwicklungspolitik in Deutschland ist der Bund. Er hat seine Förderangebote für entwicklungspolitische Maßnahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut und die Mittel aufgestockt – auch für die Kommunale Entwicklungspolitik. Ein Großteil der entwicklungspolitischen Programme für Kommunen wird von der SKEW verwaltet, die als

Kompetenzstelle für das entwicklungspolitische Engagement der deutschen Kommunen fungiert. Die Servicestelle gehört zu Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen, wo weitere Förderprogramme und Förderinstrumente des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gebündelt sind. Als zentraler Ansprechpartner für das entwicklungspolitische Engagement sowie die Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland berät Engagement Global seit dem 1. Januar 2012 Einzelpersonen und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese auch finanziell.

Einige der von der Servicestelle verwalteten Förderprogramme und Förderinstrumente sind explizit auf kommunale Partnerschaften ausgerichtet. Einen guten Einstieg in die entwicklungspolitische Arbeit von Kommunen bietet dabei der „Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik“⁶⁶. Ziel des Fonds ist es, interessierten Kommunen Einstiegshilfen in neue Maßnahmen und Partnerschaften zu geben. Bezuschusst werden Vorhaben zur Bildungsarbeit, Strategieentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung, die sich der kommunalen Entwicklungspolitik zuordnen lassen. Die Höhe der Zuschüsse beträgt 1.000 bis maximal 20.000 Euro und erfolgt im Rahmen einer Anteilsfinanzierung. Projekte mit einer maximalen Laufzeit von zwölf Monaten können fortlaufend beantragt werden.

Im Rahmen des Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ kann ein Zuschuss für Personalressourcen im Tätigkeitsfeld kommunale Entwicklungspolitik beantragt werden. Mit der Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements werden alle Kommunen und kommunalen Verbände ermutigt, ihr entwicklungspolitisches Engagement auszubauen und ihr diesbezügliches Potenzial auszuschöpfen.

Die Servicestelle bietet zudem sogenannte „Schnellstarterpakete“ an. Seit 2017 gibt es das „Schnellstarterpaket Ukraine“⁶⁷, mit dem

deutsch-ukrainische Kommunalbeziehungen unterstützt werden. Finanziert werden Vorhaben zur Projektentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung, die sich der kommunalen Entwicklungspolitik zuordnen lassen. Die finanzielle Unterstützung in Höhe von 10.000 bis 50.000 Euro kann fortlaufend beantragt werden. Um das entwicklungspolitische Engagement deutscher Kommunen und kommunaler Unternehmen in den Aufnahmekommunen syrischer Flüchtlinge in Nahost zu fördern, können Kommunen auch im Rahmen der „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“⁶⁸ über die „Schnellstarterpakete I und II Nahost“ eine finanzielle Förderung für den Aufbau oder die Intensivierung ihrer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Aufnahmekommunen in Nahost oder die Umsetzung von Partnerschaftsprojekten beantragen.

Für weiter gehende Maßnahmen im Rahmen kommunaler Partnerschaftsprojekte steht das Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa)⁶⁹ zur Verfügung. Über Nakopa werden Projekte von Kommunen oder kommunalen Spitzenverbänden gefördert, die sich schwerpunktmäßig der nachhaltigen Daseinsvorsorge, guter lokaler Regierungsführung oder Klimaschutz und Klimafolgenanpassung widmen. Unterstützt werden auch Projekte, die die Zukunftsthemen Migration und Entwicklung sowie Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung in der entwicklungspolitischen Partnerschaftsarbeit innovativ miteinander verbinden. Kommunen, die am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ der Servicestelle teilnehmen, können sich zudem um Mittel des „Förderprogramms für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP)⁷⁰ bewerben (siehe auch Kapitel 5).

Was wären kommunale Partnerschaften ohne Austauschaktivitäten? Neben dem „Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik“ bietet die

66 „Kleinprojektefonds kommunale Entwicklungspolitik“: <https://skew.engagement-global.de/kleinprojektefonds.html>.

67 „Schnellstarterpaket Ukraine“: <https://skew.engagement-global.de/schnellstarterpaket-ukraine.html>.

68 „Kommunales Know-how für Nahost“: <https://skew.engagement-global.de/sonderinitiative-nahost.html> und www.initiative-nahost.de/de.

69 „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa): <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>.

70 „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP): <https://skew.engagement-global.de/foerderprogramm-fuer-kommunale-klimaschutz-und-klimaanpassungsprojekte.html>.

SKEW in diesem Bereich seit 2013 gemeinsam mit dem ASA-Programm von Engagement Global „ASA-Kommunal“⁷¹ an. „ASA-Kommunal“ bringt junge Menschen zusammen, die sich in Kommunalpartnerschaften oder Projekten entwicklungspolitisch engagieren – in Deutschland und im Ausland. In einer ersten Stufe bewerben sich Kommunen mit einem Projekt, für das sie gerne den Austausch in Anspruch nehmen würden. In der zweiten Phase werden Interessierte für den mehrmonatigen Austausch zur Mitarbeit in dem Projekt im Inland oder Ausland gewonnen. Sowohl Reise- als auch Lebenshaltungskosten der Teilnehmenden werden über „ASA-Kommunal“ bezuschusst. In Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) vermittelt die Servicestelle darüber hinaus im Rahmen des Programms „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ (FKPW)⁷² Fachkräfte in Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden (siehe auch Kapitel 5).

Neben den Kommunen selbst sind häufig Schulen an Austauschaktivitäten mit Partnerkommunen im Globalen Süden beteiligt. Das „Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm“ (ENSA)⁷³ von Engagement Global fördert den Schulaustausch zwischen Deutschland und Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. ENSA bietet einen finanziellen Zuschuss für Flugkosten und Aufenthalt und begleitet die Schulgruppen bei der Vor- und Nachbereitung. Dabei verfolgt es das Ziel der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Auch Partnerschaftsvereine und andere gemeinnützige lokale Organisationen sind in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland aktiv. Sie können über das „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB)⁷⁴ von Engagement Global eine Förderung von Bildungsprojekten und Seminaren erhalten, die im Inland stattfinden. Die finanzielle Ausstattung richtet sich dabei nach festgelegten

Honorar- und Reisekostensätzen. Eine weitere Möglichkeit bietet hier ebenfalls der „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ der SKEW, der vor allem die Anbahnung von Partnerschaften fördert und unterstützt. Aber auch das „Aktionsgruppenprogramm“ (AGP)⁷⁵ von Engagement Global zur Förderung kleiner Projekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit kann genutzt werden. Es richtet sich an Schulen, Kindertagesstätten, Aktionsgruppen und ehrenamtliche Initiativen, die sich mit entwicklungspolitischen Themen beschäftigen, und fördert unter anderem Informationsveranstaltungen, Tagungen, Seminare und Workshops.

Gemeinnützige deutsche Vereine, Organisationen und Stiftungen, die ein Projekt in einem Entwicklungsland planen und dafür eine Förderung beim BMZ beantragen möchten, können sich zudem an *bengo*⁷⁶ wenden. Innerhalb von Engagement Global steht *bengo* Nichtregierungsorganisationen für Fragen rund um die entwicklungspolitische Projektarbeit in Entwicklungsländern mit Rat und Tat zur Seite. Die Beratungsstelle unterstützt private Träger bei der Antragstellung, prüft die Förderanträge auf ihre Richtigkeit und hilft bei der Durchführung der Projekte und auch den notwendigen Abrechnungen. Zudem berät *bengo* bei der Planung und Umsetzung von EU-Projekten und bietet dazu Seminare an, wobei dieses Angebot auch Kommunen offensteht (siehe unten).

Fördermöglichkeiten und Stiftungen auf Ebene der Bundesländer

Neben dem Bund haben auch Bundesländer Förderprogramme aufgelegt, die für das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen sowie für kommunale Partnerschaften mit dem Globalen Süden interessant sind. In den Ländern können Förderanträge zumeist über die zuständigen Ministerien in den Landesregierungen oder über Landesstiftungen beantragt werden. Zudem stellen auf Landesebene Stiftungen und Dachverbände entwicklungspolitischer Organisationen Fördermittel bereit. Antragsteller müssen dabei in der Regel ihren Hauptsitz im jeweiligen Bundesland haben.

71 „ASA-Kommunal“:

www.engagement-global.de/asa-kommunal.html.

72 „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“: <https://skew.engagement-global.de/integrierte-fachkraefte.html>.

73 „Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm“ (ENSA): <https://ensa.engagement-global.de>.

74 „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB): www.engagement-global.de/feb-foerderprogramm.html.

75 „Aktionsgruppenprogramm“ (AGP): www.engagement-global.de/agp-aktionsgruppenprogramm.html.

76 Beratungsstelle *bengo*: www.engagement-global.de/bengo.html.

Als bevölkerungsmäßig größtes deutsches Bundesland bietet Nordrhein-Westfalen eine breite Förderkulisse. Die entwicklungspolitischen Förderprogramme sind dabei auf die Umsetzung der „Eine-Welt-Strategie“ des Landes und der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ausgerichtet und werden von Engagement Global, Außenstelle Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, durchgeführt. Zu den Förderangeboten zählen unter anderem das Programm „Konkreter Friedensdienst NRW“⁷⁷ zur Durchführung entwicklungspolitischer Arbeitseinsätze von Freiwilligen im Ausland, das Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (EpiB)⁷⁸ zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen sowie das Programm „Auslandsprojekte NRW“⁷⁹, mit dem Nichtregierungsorganisationen bei der Planung und Durchführung von Kleinprojekten in ihren Partnerländern unterstützt werden. Mit dem Programm „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit NRW“ gibt es zudem ein eigenes Förderinstrument für Kommunen. Mit ihm werden entwicklungspolitische Partnerschaften und Projekte nordrhein-westfälischer Kommunen mit Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie der Aufbau entwicklungspolitischer Strukturen auf kommunaler Ebene unterstützt. Darüber hinaus fördert die vom Land finanzierte Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen die entwicklungspolitische und interkulturelle Bildungsarbeit im Inland.⁸⁰

Auch das Land Baden-Württemberg unterstützt entwicklungspolitische Projekte von Nichtregierungsorganisationen, aber auch Kommunen in gewissem Umfang sowohl im Inland als auch im Ausland. Im Sinne der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes werden partnerschaftliche Projekte in Afrika, Asien oder Lateinamerika gefördert. Baden-württembergische Initiativen und Institutionen sowie ihre Partner im Globalen Süden sollen so in ihrer Entwicklung hin zu einer

nachhaltigen Partnerschaft unterstützt werden. Im Inland werden Initiativen bezuschusst, die sich beispielsweise für entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung, Globales Lernen oder nachhaltigen Konsum einsetzen. Die Mittel werden durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) vergeben, die auch zu den Förderangeboten berät.⁸¹

Mit einem eigenen Förderprogramm⁸² unterstützt auch das Land Rheinland-Pfalz das entwicklungspolitische Engagement von Nichtregierungsorganisationen, Kommunen oder kirchlichen Einrichtungen im Land. Gefördert werden Projekte und Programme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im Inland sowie Projekte im Ausland. Zudem können über das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) Projektanträge der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit gestellt werden, die über Mittel von Lotto Rheinland-Pfalz finanziert werden⁸³. Die Mittelvergabe erfolgt in Absprache mit dem Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz.

Das Land Niedersachsen fördert das entwicklungsbezogene bürgerschaftliche Engagement durch Zuschüsse an den Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN), der im Auftrag der Landesregierung Vereine und Initiativen durch Beratung, Koordination und Netzwerkarbeit unterstützt. Eine finanzielle Fördermöglichkeit besteht zudem über die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung.

Erste Anlaufstelle in den ostdeutschen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist die Stiftung Nord-Süd-Brücken, bei der grundsätzlich Anträge für Auslands- und Inlandsprojekte sowie zur Kofinanzierung von Personalkosten gestellt werden können. Neben eigenen Fördermitteln für

77 „Konkreter Friedensdienst NRW“: www.engagement-global.de/konkreter-friedensdienst-nrw-projektgruppe.html.

78 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (EpiB): www.engagement-global.de/epib-entwicklungspolitische-informations-und-bildungsarbeit.html.

79 „Auslandsprojekte NRW“: www.engagement-global.de/auslandsprojekte-nrw.html.

80 Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen: www.sue-nrw.de/foerderung.

81 Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland durch das Land Baden-Württemberg: www.sez.de.

82 Projektförderung des Landes Rheinland-Pfalz von entwicklungspolitischem Engagement: <https://mdi.rlp.de/de/unsere-themen/partnerschaften-entwicklungspolitik/entwicklungspolitik-in-rheinland-pfalz/projektfoerderung>.

83 Fördermöglichkeiten über das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN): <http://elan-rlp.de/index.php/service/foerdermoeglichkeiten>.

Auslandsprojekte und Maßnahmen der Inlandsarbeit stehen der Stiftung Fördermittel des BMZ für Kleinprojekte im Ausland und für Vorhaben der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu den nachhaltigen Entwicklungszielen sowie aus dem Programm „Weltoffen, solidarisch und dialogisch“ zur Verfügung.⁸⁴

Zudem unterstützt der Freistaat Sachsen Entwicklungsprojekte im Ausland sowie entwicklungspolitische Veranstaltungen und Bildungsmaßnahmen in Sachsen. Seit August 2017 gibt es insbesondere ein neues Förderinstrument für sächsische gemeinnützige private Träger, die Kleinprojekte der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland planen und durchführen möchten.⁸⁵ Die Beantragung und Bewilligung der Projektanträge erfolgt ebenfalls über die Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) bezieht die Fördermittel, die sie vergibt, weitgehend aus Spenden und Überschüssen von „BINGO! – Die Umweltlotterie“. Die Stiftung wurde allerdings nicht von der Landesregierung, sondern 1999 von Umwelt- und Eine-Welt-Organisationen aus Norddeutschland gegründet, die auch das Stiftungskapital eingebracht haben. Die Stiftung fördert Zukunftsprojekte im Sinne der Agenda 21 in Hamburg und in Mecklenburg-Vorpommern. Antragsberechtigt sind als gemeinnützig anerkannte Vereine und Verbände sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts.⁸⁶

Als Stadtstaaten stellen die Bundesländer Berlin, Bremen und Hamburg einen Sonderfall dar. Sie fördern ihre eigenen Länder- bzw. Städtepartnerschaften, stellen aber für entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Initiativen auch Fördermittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zur Verfügung. In Berlin fördert die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) über die eigenen Städtepartnerschaften hinaus Auslandsprojekte im Rahmen der

Partnerschaften der Berliner Bezirke sowie im Rahmen von Schulpartnerschaften. Die administrative Verwaltung und Vergabe der Fördermittel liegt seit Oktober 2004 bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Über die jeweiligen Fördermöglichkeiten in ihren Bundesländern informieren die Landesregierungen auf ihren eigenen Internetseiten sowie auf ihrem gemeinsamen Internetportal „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“⁸⁷. Dort sind auch die Fördermöglichkeiten der hier nicht aufgeführten Bundesländer zu finden.

Förderprogramme der Europäischen Union (EU)



Die Europäische Union fördert über eine Reihe von Förderprogrammen auch Projekte der Kommunalen Entwicklungspolitik.
© European Union, 2012/Cornelia Smet

Als bedeutender Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die EU den Austausch, die Kooperation und die Entwicklung innovativer Ansätze über ihre eigenen Grenzen hinaus auf internationaler Ebene. Dafür hat sie verschiedene Förderinstrumente und -programme geschaffen, von denen auch Kommunen in ihrer internationalen Zusammenarbeit profitieren können. Dazu gehören einerseits spezifische thematische Programme wie „Migration and Asylum“, das sich der Flüchtlingsproblematik widmet, und andererseits sehr breit angelegte Programme wie „Non-State Actors and Local Authorities in Development“, über das sowohl Projekte in

84 Förderfonds der Stiftung Nord-Süd-Brücken: www.nord-sued-bruecken.de/foerderinstrumente.

85 Auslandsprojektförderung des Freistaates Sachsen: <http://nord-sued-bruecken.de/saechsische-staatskanzlei-auslandsprojektforderung>.

86 Projektförderung für Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern: www.nue-stiftung.de/index.php/projektfoerderung.html.

87 Internetportal „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“: www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de.

Deutschland als auch in den Partnerstaaten gefördert werden können.

Die verschiedenen Programme für die Zusammenarbeit mit Drittländern können über das Internetportal des Europäischen Amtes für Zusammenarbeit (EuropeAid)⁸⁸ abgerufen werden. Einführende Beratungen zu den Förderkriterien verschiedener EU-Finanzierungsinstrumente bietet die EU-Beratung von Engagement Global⁸⁹, wobei sich dieses Angebot auch explizit an Kommunen wendet. Zudem erhalten die Projektträger dort Informationen zur Antragstellung und können ihre Anträge bezogen auf das jeweilige Programm auf formale und inhaltliche Richtigkeit prüfen lassen.

Weitere Fördermöglichkeiten

Wenn Kommunen mit gemeinnützigen Einrichtungen kooperieren, besteht die Möglichkeit einer zusätzlichen Finanzierung über Stiftungen, die dann in der Regel federführend von den Vereinen und anderen gemeinnützigen Akteuren in der Kommune beantragt wird. Kommunen können unterstützend tätig werden, indem sie etwa den Eigenanteil tragen und dadurch mit einem relativ kleinen Betrag eine relativ große Hebelwirkung erzielen. Es gibt mittlerweile eine Reihe von öffentlichen und privaten Stiftungen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland engagieren. Zudem gibt es zahlreiche Stiftungen, die Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland unterstützen.

Die parteinahen Stiftungen sind ebenfalls entwicklungspolitisch aktiv. Auch wenn es in der Regel nur eingeschränkt möglich ist, Anträge bei ihnen einzureichen, fördern sie Kooperationsveranstaltungen der Erwachsenenbildung sowie teilweise auch kleinere Projekte der entwicklungspolitischen Bildung. Zum Teil haben sie auch Niederlassungen in Ländern des Globalen Südens, die angesprochen werden können.

Über das Internetportal des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen⁹⁰ kann gezielt nach Stiftungen gesucht werden. Zudem hat der Bundesverband gemeinsam mit dem BMZ und in Kooperation mit Engagement Global sowie der Stiftung Hilfe mit Plan und der Karl Kübel Stiftung 2017 den „StiftungsReport“⁹¹ herausgegeben.

Wenn öffentliche Mittel knapp sind, geht der Blick häufig auch in Richtung Unternehmen. Tatsächlich engagieren sich viele Unternehmen mittlerweile im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und stellen somit eine fachlich kompetente und finanzkräftige Adresse für kommunale Partnerschaften im Globalen Süden dar. Daneben bieten auch die Spendenakquise sowie das Sponsoring und Marketing Möglichkeiten, Mittel für das entwicklungspolitische Engagement zu generieren. Hinzuweisen ist auch auf die zunehmende Anzahl von Wettbewerben, die mit verschiedenen Schwerpunkten größere und kleinere Preisgelder an Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vergeben. Sie reichen vom Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“, der sich an Kommunen richtet, bis hin zum „Eine-Welt-Preis Baden-Württemberg“, mit dem das herausragende entwicklungspolitische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen, kirchlichen Gruppen, Initiativen, Institutionen und Kommunen geehrt wird. Eine Übersicht über aktuell laufende Wettbewerbe⁹² bietet die SKEW auf ihrer Internetseite.

4.7 Innovative Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit kommunaler Partnerschaften

Eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig für die lokale Verankerung kommunaler Partnerschaften. Zur klassischen Öffentlichkeitsarbeit gehören neben Flyern und Broschüren projektbezogene Ausstellungen, Festivals, Lesungen, Informationsabende und Eine-Welt-Wochen, über die in

88 Europäisches Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid): <https://ec.europa.eu/europeaid>.

89 EU-Beratung von Engagement Global: <https://eu-beratung.engagement-global.de/beratung-kommunen.html>.

90 Bundesverband Deutscher Stiftungen: www.stiftungen.org/startseite.html.

91 Vgl. *Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.), StiftungsReport. Entwicklungszusammenarbeit: Wie Stiftungen weltweit wirken*, Berlin 2017, abrufbar unter: https://shop.stiftungen.org/media/mconnect_uploadfiles/s/t/stiftungsreport-entwicklungszusammenarbeit.pdf.

92 Wettbewerbstipps der SKEW: <https://skew.engagement-global.de/wettbewerbstipps.html>.

Pressemitteilungen, Newslettern, auf Internetseiten und in den sozialen Medien informiert wird. Besuche von Delegationen aus der Partnerkommune sind beispielsweise gute Aufhänger, um Veranstaltungen an die Lokalpresse zu kommunizieren und darüber das gemeinsame Engagement der Partnerkommunen öffentlichkeitswirksam zu bewerben. Viele Kommunen nutzen zentrale Feste oder Veranstaltungen (Weihnachtsmärkte, Volksfeste etc.), um die zahlreichen Besucherinnen und Besucher über die Partnerschaften zu informieren. Ein gutes Beispiel stellt der „Nürnberger Christkindlesmarkt“ dar, auf dem es jedes Jahr einen eigenen Bereich für die Nürnberger Partnerstädte gibt.



In der Stadt Ludwigsburg warben zwei Linienbusse für die developmentpolitischen Akteure, die sich in der kommunalen Partnerschaft mit Kongoussi in Burkina Faso engagieren. © Stadt Ludwigsburg

Um den Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Eindruck von der Partnerkommune zu vermitteln, bieten viele deutsche Kommunen regelmäßig Bürgerreisen in die Partnerkommunen an. Die Einbindung von Medienvertreterinnen und -vertretern in solche Bürger- oder auch in Delegationsreisen können dazu beitragen, dass in lokalen Medien mehr und differenzierter über die Partnerschaft informiert wird. Zudem weisen die meisten Städte und Gemeinden an ihren Ortseingängen auf ihre kommunalen Partnerschaften hin. Auch zahlreiche Plätze und Straßen in deutschen Kommunen sind nach Partnerkommunen benannt. So gibt es etwa in der Hansestadt Hamburg einen nach der tansanischen Partnerstadt benannten Dar-es-Salaam-Platz und eine Brücke, die den Namen der nicaraguanischen Partnerstadt León trägt.

Um bei der Bevölkerung für eine nachhaltige globale Entwicklung zu werben, warten einige Kommunen darüber hinaus mit besonders innovativen Ideen auf. So warb die Stadt Ludwigsburg ein Jahr lang auf zwei Linienbussen im Stadtgebiet für die developmentpolitischen Akteure, die sich in der Partnerschaft mit Kongoussi engagieren. Der mit Bildern und Botschaften versehene „Kongoussi-Express“ schaffte Bewusstsein für globale Themen und rief gleichzeitig zu mehr Engagement auf. Die „Express“-Idee entstand im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums der trilateralen Partnerschaft zwischen Ludwigsburg, Montbéliard/Frankreich und Kongoussi/Burkina Faso und wurde von der SKEW über den „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungsprojekt“ gefördert.

Ebenfalls durch den Kleinprojektfonds der Servicestelle gefördert wurde Anfang Dezember 2017 in Bonn eine „Klimabahn“ auf die Schiene gebracht. Die Straßenbahn informiert ein Jahr lang mit BONNI & BO und weiteren Tierfiguren, die der Comiczeichner Özi entworfen hat, über die Städte- und Projektpartnerschaften der Bundesstadt Bonn. Die Kernbotschaft lautet: „Partnerschaft verbindet: Bonn und seine Partnerstädte gemeinsam für Klimaschutz weltweit.“ Auch in der Landeshauptstadt Potsdam wurde eine Straßenbahn auf den Namen der tansanischen Partnerstadt Sansibar getauft. Und in Leipzig trägt eine Straßenbahn den Namen der äthiopischen Partnerstadt Addis Abeba.

In einigen deutschen Kommunen wurden Partnerschaftsgärten oder Parks der Freundschaften angelegt. Bei der baden-württembergischen Landesgartenschau 2018 in Lahr präsentieren sich die Partnerstädte sogar mit eigenen Themengärten, darunter auch Alajuela in Costa Rica. Der Gemeinderat von Lahr hat für die insgesamt sechs geplanten Partnerschaftsgärten nicht nur grünes Licht gegeben, sondern insgesamt auch 150.000 Euro bereitgestellt – 25.000 Euro pro Garten.

Besonders öffentlichkeitswirksam sind fair gehandelte Partnerschaftskaffees. Sie werben für den Fairen Handel und fungieren gleichzeitig als Botschafter für die Partnerkommune. So gibt es in der Stadt Leipzig einen Fair-Trade-Kaffee aus der äthiopischen Partnerstadt Addis Abeba. „Der Leipziger“ ist nicht nur fair gehandelt, sondern auch biologisch angebaut. Auch der

Partnerschaftskaffee in Freiburg stammt von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus der nicaraguanischen Partnerstadt Wiwilí.

Eine besonders schöne Idee wurde 2015 in der Stadt Köln umgesetzt, die mit mehr als 20 Partnerstädten in Deutschland, Europa und der Welt verbunden ist und deren Partnerschaften auf bürgerschaftlicher Ebene durch Partnerschaftsvereine mitgetragen und gelebt werden. Auf Initiative der 2014 von der Stadt Köln und den Partnerschaftsvereinen gegründeten CologneAlliance Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaften der Stadt Köln wurde ein Marco-Polo-Reiseführer der Partnerstädte entwickelt. Unter dem Motto „22 Städte – 22 mal Staunen, Stöbern und Erleben“ werden auf mehr als 120 Seiten insgesamt 22 Kölner Partnerstädte vorgestellt: Wo kann man dort lecker essen, wo trifft man die Einheimischen abends und was lässt sich tagsüber besichtigen? Zusammengestellt wurden die Tipps von den Kölner Städtepartnerschaftsvereinen, deren ehrenamtliche Arbeit durch den Verkauf des Reiseführers zudem unterstützt wird.

5. THEMENFELDER DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik und lokale Nachhaltigkeit in Deutschland steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global Städten, Landkreisen und Gemeinden bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement zur Seite. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Servicestelle Verwaltung, Politik sowie weitere lokale Akteure und Zivilgesellschaft dabei, miteinander in Dialog zu treten und ihr Engagement in der Entwicklungspolitik nachhaltig und wirkungsvoll zu vernetzen und zu gestalten.



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist das Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland. © Fotolia/Byheaven

Die Arbeit der Servicestelle ist auf vier Zukunftsthemen ausgerichtet:

- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Global Nachhaltige Kommune
- Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen
- Migration und Entwicklung

In diesen vier Handlungsfeldern kommunaler Entwicklungspolitik bietet die Servicestelle spezielle Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote an. Sie organisiert Konferenzen, Workshops und „Runde Tische“ und setzt Modellprojekte um. Mithilfe eines umfangreichen Internetauftritts, des Newsletters „Eine-Welt-Nachrichten“, Leitfäden, Studien, Handlungsempfehlungen sowie Veranstaltungs- und Projektdokumentationen stellt die SKEW zudem eine weite Verbreitung ihrer Arbeit sicher.

Die Strategien und Programme der SKEW werden unter breiter Beteiligung von Bundesministerien, Bundesländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden sowie Dachorganisationen der Nichtregierungsorganisationen und weiteren wichtigen Akteuren der deutschen Entwicklungspolitik gestaltet. So ist sichergestellt, dass sich die Unterstützungs- und Serviceangebote an den Bedarfen vor Ort in den Kommunen orientieren und auch mit den Zielen und Aktivitäten der wesentlichen Akteure in der deutschen Entwicklungspolitik korrespondieren. Als Teil von Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen ist die Servicestelle zudem mit weiteren Programmen der Engagement-Förderung in Deutschland verbunden und kann auch deren Angebote und Dienstleistungen direkt vermitteln.

5.1 Fairer Handel und Faire Beschaffung

Fairer Handel und Faire Beschaffung sind wichtige Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit und des Engagements für nachhaltige Entwicklung. Sie wirken sich positiv auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Ländern des Globalen Südens aus und fördern zugleich das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Globalen Norden. Indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden, können deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden hier mit gutem Beispiel vorangehen.



Die Stadt Köln wurde am 14. September 2017 als „Hauptstadt des Fairen Handels 2017“ ausgezeichnet.
© Engagement Global/Iris Maria Maurer

Um die Kommunen in Fragen des Fairen Handels und der Fairen Beschaffung zu beraten und zu unterstützen, bietet die SKEW eine Vielzahl von Angeboten. Im Rahmen der Informations- und Dialogkampagne für ein faires kommunales Beschaffungswesen „Deutschland Fairgleicht“⁹³ macht sie auf die Möglichkeiten des Fairen Handels und der Fairen Beschaffung aufmerksam und unterstützt Verantwortliche in den Kommunen dabei, verstärkt soziale Kriterien bei der Auswahl von Lieferanten und Dienstleistern zu berücksichtigen. Gleichzeitig eröffnet die Servicestelle Möglichkeiten, herausragendes Engagement von kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszuzeichnen.

Um Praktikerinnen und Praktiker bei der Umsetzung einer nachhaltigeren Beschaffung

zu unterstützen, wurde zudem der „Kompass Nachhaltigkeit – Öffentliche Beschaffung“⁹⁴ eingerichtet. Das Internetportal, das die Servicestelle gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) laufend erweitert, bietet Informationen zu Nachhaltigkeitsstandards und deren Einbindung in Ausschreibungsprozesse. Anhand einzelner Produktgruppen wird aufgezeigt, wie die Wertschöpfungsketten der zu beschaffenden Produkte verlaufen. Als besonderen Service bietet die SKEW Kommunen darüber hinaus eine kostenlose Rechtsberatung zu Nachhaltigkeitskriterien bei Vergaben.

Um den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen, Ministerien, Institutionen, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen zu fördern, hat die SKEW bereits 2007 das bundesweite „Netzwerk Faire Beschaffung“⁹⁵ ins Leben gerufen. Auf dieser Plattform tauschen sich regelmäßig mehr als 150 Expertinnen und Experten über aktuelle Entwicklungen im Vergaberecht, juristische und organisatorische Fragen der nachhaltigen Beschaffung sowie gute Praxisbeispiele aus.

Der Verbreitung und Anerkennung guter Beispiele dient auch der bundesweite Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“⁹⁶, den die Servicestelle seit 2003 alle zwei Jahre im Auftrag des BMZ durchführt. Bei diesem Wettbewerb werden Städte und Gemeinden ausgezeichnet, die sich in vorbildlicher Weise für Fairen Handel, Faire Beschaffung und nachhaltigen Konsum engagieren. Die Preisgelder für die ausgezeichneten Kommunen, die der Weiterführung ihrer fairen Projekte zugutekommen, sind dabei von Wettbewerbsrunde zu Wettbewerbsrunde erhöht worden. Alle teilnehmenden Kommunen erhalten darüber hinaus Zugang zum persönlichen Erfahrungsaustausch zu kommunalen Aktivitäten im Bereich Fairer Handel und Faire Beschaffung. Die Online-Projektdatenbank „Hauptstadt des Fairen Handels“ mit Beispielen kommunalen Engagements sowie Publikationen runden das Angebot ab.

93 „Deutschland Fairgleicht“: <https://skew.engagement-global.de/kampagne-deutschland-fairgleicht.html>.

94 „Kompass Nachhaltigkeit – Öffentliche Beschaffung“: <http://oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de>.

95 „Netzwerk Faire Beschaffung“: <https://skew.engagement-global.de/netzwerk-faire-beschaffung.html>.

96 „Hauptstadt des Fairen Handels“: <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-hauptstadt-des-fairen-handels.html>.

5.2 Global Nachhaltige Kommune

Der Begriff der Nachhaltigkeit gewinnt weltweit wieder an Bedeutung. Angesichts globaler Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Klimawandel und zunehmender Ressourcenknappheit wird Nachhaltigkeit verstärkt zum Leitbild, um das Leben und die Lebensqualität der Menschen und kommenden Generationen auf der Erde zu sichern. Den Referenz- und Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Entwicklung bildet seit September 2015 die von der Weltgemeinschaft verabschiedete „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen.



Immer mehr Kommunen setzen sich für eine global nachhaltige Entwicklung ein. © boerdi@boerdi.at

Da nachhaltige Entwicklung nahezu alle Bereiche des kommunalen Handelns berührt, kommt den Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele eine Schlüsselrolle zu. Sie können Vorreiter sein – und benötigen dennoch Beratung und Unterstützung. Die SKEW begleitet deutsche Kommunen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. In Kooperation und enger Abstimmung mit Kommunalverwaltung und -politik und der Zivilgesellschaft vor Ort veranstaltet die Servicestelle Fach- und Dialogforen sowie Konferenzen, bei denen die lokalen Akteure gemeinsam überlegen, wie ihr Beitrag zur Agenda 2030 konkret gestaltet sein könnte. Sie berät Kommunen, wie und mit welchen Instrumenten lokale Nachhaltigkeitspolitik als Querschnittsaufgabe in das Verwaltungshandeln implementiert und umgesetzt und wo sie organisatorisch verortet werden kann.

Auch bei den konkreten Nachhaltigkeitsprozessen vor Ort steht die Servicestelle an der Seite der Kommunen. Sie leistet praktische Hilfe bei der Erarbeitung und Erstellung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte und bietet Fachberatung zu den einzelnen Bausteinen des Nachhaltigkeitsmanagements an. Um die jeweiligen Gegebenheiten wie auch Prioritäten der verschiedenen Kommunen zu berücksichtigen, verfolgt die Servicestelle dabei ein integriertes Vorgehen. Indikatoren beschreiben Aufgaben, bilden dabei Orientierungspunkte und dokumentieren Fortschritte.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist, die Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene wirksam mit der Entwicklungspolitik und den Nachhaltigkeitsstrategien auf Bundes- und Länderebene zu verzahnen. Aus diesem Grund begleitet die SKEW in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Thüringen ausgewählte Modellkommunen gemeinsam mit Kooperationspartnern auf Länderebene bei der Entwicklung von individuellen integrierten Nachhaltigkeitsstrategien – mit besonderem Fokus auf der globalen Verantwortung. Modellprojekte in weiteren Bundesländern werden folgen.

Zudem unterstützt die Servicestelle die interkommunale Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch durch regelmäßige Netzwerktreffen in den verschiedenen Bundesländern. Diese Treffen werden unter Einbeziehung der zuständigen Staatskanzleien und Fachministerien sowie der kommunalen Spitzenverbände der jeweiligen Länder entwickelt und veranstaltet. Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag (DST) und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) organisiert die Servicestelle darüber hinaus regelmäßig Erfahrungsaustausche für diejenigen Kommunen, die die Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ von DST und RGRE unterzeichnet haben (siehe auch Kapitel 3.4).

5.3 Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen

Kommunale Partnerschaften sind ein besonders wirksames Instrument der Entwicklungspolitik, insbesondere weil sie die Menschen verbinden und direkt beteiligen. Ob klassische Städtepartnerschaften, themenbezogene Projektpartnerschaften, Bündnisse oder Netzwerke: Die SKEW unterstützt deutsche Kommunen und kommunale Akteure dabei, sich mit Partnern im Globalen Süden auszutauschen und gemeinsam Lösungen für lokale wie globale Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen. Dazu hat die Servicestelle umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsangebote entwickelt – angefangen von Modellprojekten für länder- und regionenbezogene Partnerschaften etwa in Nahost und Nordafrika über themenbezogene Partnerschaften etwa zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung bis hin zu personellen und finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten für Partnerschaften.



Viele deutsche Kommunen wie etwa die Hansestadt Hamburg benennen Straße und Plätze nach ihren Partnerkommunen.
© Andreas Grasser

Im Bereich länder- und regionenbezogene Partnerschaften bietet die Servicestelle aktuell Projekte und Instrumente zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit in Nahost und Nordafrika an: mit Kommunen in den palästinensischen Gebieten, in den Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien sowie mit Aufnahmekommunen syrischer Flüchtlinge in Jordanien, Libanon und der Türkei. Darüber hinaus will die SKEW mehr Kommunen für eine Entwicklungszusammenarbeit mit der Ukraine gewinnen. Daher unterstützt sie die Etablierung und Weiterentwicklung deutsch-ukrainischer Partnerschaften durch Beratungsangebote und Vernetzung.

Des Weiteren bietet die SKEW Kommunen im Rahmen der Veranstaltungsreihen „Runde Tische“ und „Regionalkonferenzen“ die Möglichkeit zum direkten Dialog und Erfahrungsaustausch zur kommunalen Zusammenarbeit mit bestimmten Ländern und Regionen des Globalen Südens. „Runde Tische“ bietet die Servicestelle derzeit zu Burkina Faso/Westafrika, China, Mongolei und Nicaragua in der Regel im jährlichen Turnus an. Die Partnerschaftskonferenzen richten sich neben den Akteuren aus deutschen Kommunen und der Zivilgesellschaft auch an deren Partner aus dem Globalen Süden. Diese Regionalkonferenzen finden in einem dreijährigen Turnus zu den Weltregionen Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa statt.

Den unterschiedlichen inhaltlichen Interessen in kommunalen Partnerschaften trägt die Servicestelle mit themenbezogenen Angeboten Rechnung – vom Klimaschutz über die „Bürgernahe Kommune“ bis hin zu Nachhaltigkeitsfragen. So unterstützt die SKEW im Rahmen des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“⁹⁷ seit 2011 zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW die fachliche Zusammenarbeit deutscher Städte, Landkreise und Gemeinden mit Kommunen in afrikanischen, lateinamerikanischen und südostasiatischen Ländern in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Dazu erarbeiten die kommunalen Partner gemeinsame Handlungsprogramme mit konkreten Zielen und Maßnahmen zu Themen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Abfallwirtschaft, Wassermanagement und Anpassung an den Klimawandel. Über die Begleitung der einzelnen Klimapartnerschaften hinaus ermöglicht und fördert die Servicestelle den Erfahrungsaustausch durch nationale und internationale Netzwerktreffen.

Im Rahmen des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“⁹⁸ begleitet die Servicestelle Kommunen dabei, die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und ihre globalen Nachhaltigkeitsziele in die Partnerschaftsarbeit zu integrieren. Die Partnerkommunen können sich gegenseitig bei der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstrategien

97 „Kommunale Klimapartnerschaften“:
<https://skew.engagement-global.de/kommunale-klimapartnerschaften.html>.

98 „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“:
<https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>.

beraten oder in einem gemeinsamen Umsetzungs- und Reflexionsprozess Maßnahmen im Kontext der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene entwickeln und durchführen. Die Pilotphase startete 2017 und richtet sich an Kommunen aus Deutschland mit Partnerkommunen in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien.

Über die Unterstützung themenbezogener Partnerschaften hinaus bietet die SKEW Kommunen auch die Vernetzung in internationalen Netzwerken an. So bringt das Städtenetzwerk Connective Cities⁹⁹ kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verschiedener Regionen der Welt zusammen, die ihre Erfahrungen in der nachhaltigen Stadtentwicklung austauschen und gemeinsam städtische Projektideen entwickeln. Themen sind unter anderem gute städtische Regierungsführung, Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung oder auch lokale Wirtschaftsentwicklung. Durch das Netzwerk, das die Servicestelle in Kooperation mit der GIZ und dem Deutschen Städtetag betreibt, werden innovative Ideen zur Lösung städtischer Probleme weitergetragen und in einem gemeinsamen Lernprozess global umgesetzt.

Das Vorhaben „Bürgernahe Kommune“¹⁰⁰ zielt auf die Verbreitung und Implementierung guter lokaler Regierungsführung. In Kooperation mit dem Landesbüro Marokko der Konrad-Adenauer-Stiftung bringt die Servicestelle deutsche und nordafrikanische Fachleute zusammen, die gemeinsam Instrumente und Projekte zu Bürgernähe, Serviceorientierung und Bürgerbeteiligung entwickeln und umsetzen.

Daneben bietet die SKEW Kommunen personelle und finanzielle Unterstützung für die Partnerschaftsarbeit an. In Kooperation mit der GIZ vermittelt sie Fachkräfte im Rahmen kommunaler Partnerschaften. Das Programm „ASA-Kommunal“¹⁰¹ bringt junge Menschen und Kommunen zusammen, die sich in kommunalen Partnerschaften oder Projekten

entwicklungspolitisch engagieren, ob in Deutschland oder im Ausland.

Im Rahmen des „Förderprogramms für Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP)¹⁰² unterstützt die Servicestelle entwicklungspolitische Partnervorhaben von Kommunen, die am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ teilnehmen. Projekte von Kommunen oder kommunalen Spitzenverbänden, die sich schwerpunktmäßig der nachhaltigen Daseinsvorsorge, guter lokaler Regierungsführung oder Klimaschutz und Klimafolgenanpassung widmen, werden über das Förderprogramm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa)¹⁰³ unterstützt. Gefördert werden außerdem Projekte, die die Zukunftsthemen Migration und Entwicklung oder Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung in der entwicklungspolitischen Partnerschaftsarbeit innovativ miteinander verbinden.

5.4 Migration und Entwicklung

Als fester Bestandteil der Zivilgesellschaft engagieren sich auch viele Migrantinnen und Migranten entwicklungspolitisch. Aufgrund ihrer Lebenserfahrung im Herkunftsland und in Deutschland kennen sie die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Erwartungen. Die Einbindung ihrer Erfahrungen und Kompetenzen in die Arbeit der Kommunen stärkt die Entwicklungspolitik insgesamt, fördert die interkulturelle Kompetenz und trägt zur Integration in den Kommunen bei. Seit 2007 unterstützt die SKEW deshalb Kommunen dabei, die Themen Migration und Entwicklung miteinander zu einem Handlungsfeld zu verbinden und die in den jeweiligen Handlungsfeldern aktiven Akteure miteinander zu vernetzen.

Zu einem vermehrten Erfahrungsaustausch trägt vor allem das bundesweite Netzwerk „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“¹⁰⁴ der

99 Connective Cities – Internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung: www.connective-cities.net.

100 „Bürgernahe Kommune“: <https://skew.engagement-global.de/buergernahe-kommune.html>.

101 „ASA-Kommunal“: www.engagement-global.de/asa-kommunal.html.

102 „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP): <https://skew.engagement-global.de/foerderprogramm-fuer-kommunale-klimaschutz-und-klimaanpassungsprojekte.html>.

103 „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa): <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>.

104 Bundesweites Netzwerk „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“: <https://skew.engagement-global.de/netzwerk-migration-und-entwicklung.html>.

Servicestelle bei. Das 2011 eingerichtete Forum bringt Verantwortliche aus Kommunalverwaltung und -politik, entwicklungspolitisch aktive Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen und weitere Akteure der kommunalen Eine-Welt-Arbeit zusammen. Seit 2015 organisiert die SKEW zusätzlich regionale Netzwerktreffen, bei denen sich auch neue Kommunen mit dem Handlungsfeld Migration und Entwicklung beschäftigen und gemeinsam mit erfahrenen Akteuren Chancen und Herausforderungen in ihrer Region diskutieren. Die Servicestelle unterstützt die lokalen Vernetzungsprozesse innerhalb von Kommunen darüber hinaus durch die Durchführung von Bestandsaufnahmen der vor Ort entwicklungspolitisch Engagierten und lokale Vernetzungswshops.



Mit dem Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ zeichnet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vorbildliche kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung aus. © Andreas Grasser

Um herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung zu würdigen, richtet die Servicestelle seit 2014 den Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“¹⁰⁵ aus. Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung werden Projekte und Maßnahmen zum Thema Migration und Entwicklung ausgezeichnet, bei denen deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden mit migrantischen Organisationen und anderen Eine-Welt-Akteuren zusammenarbeiten. Alle Bewerber sind darüber hinaus eingeladen, an einem Erfahrungsaustausch teilzunehmen. Abgerundet wird das Angebot durch die Verbreitung guter Beispiele auf der Website der Servicestelle.

Der Kooperation und dem Erfahrungsaustausch zwischen engagierten lokalen Akteuren dient auch das Projekt „MiGlobe – Neue Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik“¹⁰⁶. Im Rahmen eines Pilotprojektes in Nordrhein-Westfalen hat die SKEW in Kooperation mit dem Forum für soziale Innovation (FSI) und dem Eine Welt Netz NRW einen Pool von entwicklungspolitisch erfahrenen und aktiven Migrantinnen und Migranten aufgebaut, die Kommunalverwaltungen bei der Entwicklung konkreter Ideen zur interkulturellen Öffnung des entwicklungspolitischen Engagements vor Ort unterstützen. Mittlerweile steht auch Kommunen in Baden-Württemberg ein Pool von Beraterinnen und Beratern zur Verfügung. Das Angebot soll auf weitere Bundesländer und Regionen ausgedehnt werden.

Zum Thema Flucht und Geflüchtete in der kommunalen Entwicklungspolitik bietet die Servicestelle folgende Projekte an: In Vernetzungsforen tauschen sich auf kommunaler Ebene Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft mit Geflüchteten über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen aus. Im Pilotprojekt „Kommunen als Initiatoren entwicklungspolitischer Bildungsarbeit“ werden im Kontext von Flucht konkret entwicklungspolitische Maßnahmen entwickelt. Die Rolle von Kommunen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung sowie die Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen vor Ort werden gestärkt.

105 „Kommune bewegt Welt“: www.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html.

106 „MiGlobe“: <https://skew.engagement-global.de/miglobe.html>.

6. SERVICETEIL

Dieser Serviceteil bietet lediglich eine Auswahl an ausgesuchten Anlaufstellen zur Unterstützung kommunaler Partnerschaften. Daneben gibt es eine Fülle von weiteren Akteuren, die hier aus Platzgründen nicht aufgelistet sind.

Ansprechpartner bundesweit

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland ist der Dachverband der 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke und vertritt die Anliegen von Eine-Welt-Initiativen, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen. Zur Unterstützung ihrer Mitglieder bietet die agl verschiedene Serviceleistungen an.

www.agl-einewelt.de

Christliche Initiative Romero e.V. (CIR)

Die Christliche Initiative Romero setzt sich für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland.

www.ci-romero.de

Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen

Engagement Global ist Ansprechpartner in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter seinem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen. Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Engagement Global verfügt über Außenstellen in Berlin (Berlin, Brandenburg), Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen), Hamburg (Bremen,

Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), Leipzig (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), Mainz (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und Stuttgart (Baden-Württemberg, Bayern).

www.engagement-global.de

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion

Die Deutsche Sektion des RGRE ist ein Zusammenschluss von rund 800 europaengagierten deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden. Die kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – sind ebenfalls Mitglied. Die Deutsche Sektion des RGRE unterstützt Kommunen in Fragen der Europaarbeit, der kommunalen Partnerschaften und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch Beratung, Informationen sowie Veranstaltungen und Vernetzungsangebote. Zudem vertritt die Deutsche Sektion des RGRE die Interessen der deutschen Kommunen im europäischen RGRE-Dachverband Council of European Municipalities and Regions (CEMR).

www.rgre.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik und lokale Nachhaltigkeit in Deutschland steht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global Städten, Landkreisen und Gemeinden bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement zur Seite. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt sie Verwaltung, Politik sowie weitere lokale Akteure und Zivilgesellschaft dabei, miteinander in Dialog zu treten und ihr Engagement in der Entwicklungspolitik nachhaltig und wirkungsvoll zu vernetzen und zu gestalten. Die Servicestelle bietet darüber hinaus finanzielle und personelle Förderung für entwicklungspolitische Projekte deutscher Kommunen an.

<https://skew.engagement-global.de>

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

SÜDWIND ist ein wissenschaftliches Institut, das handlungsorientierte Recherchen zu weltwirtschaftlichen Themen durchführt. SÜDWIND deckt ungerechte Strukturen auf, macht diese öffentlich, bietet Handlungsalternativen und will so zu Veränderungen beitragen. Dabei verbindet SÜDWIND Forschung mit entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und trägt Themen und Forderungen in Netzwerke, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Das Institut arbeitet zu einem breiten Spektrum von Nord-Süd-Themen.

www.suedwind-institut.de

TransFair e.V. – Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt

TransFair ist eine unabhängige Initiative zur Förderung des Fairen Handels und will benachteiligte Kleinbäuerinnen, Kleinbauern, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihre Familien in Asien, Afrika, Ozeanien und Lateinamerika auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu schließt der gemeinnützige Verein Lizenzverträge mit Handelspartnern ab, die nach Fair-Trade-Standards gehandelte Produkte anbieten. Um den Fairen Handel in Kommunen, Schulen und Hochschulen zu fördern, führt TransFair zudem die Kampagnen „Fairtrade-Towns“, „Fairtrade-Schools“ und „Fairtrade-Universities“ durch.

www.fairtrade-deutschland.de

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Ihm gehören rund 120 Organisationen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit an. Zentrales Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Dazu bietet der Verband zu zahlreichen Themen Informations- und Bildungsarbeit, Veranstaltungen, Beratung und Vernetzung der Mitgliedsorganisationen an.

<http://venro.org>

Bundesweit tätige Stiftungen

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES)

Die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet seit Jahrzehnten als Partner der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. In ihrer internationalen Entwicklungszusammenarbeit setzt sich die FES in über 100 Ländern für die Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, für starke und freie Gewerkschaften sowie für Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit ein. Zu den Partnern der FES zählen traditionell Parteien und Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche und politische Beratungseinrichtungen, aber auch Regierungsinstitutionen (wie Parlamente und Ministerien) oder Organisationen der Vereinten Nationen.

www.fes.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist eine parteinahe Stiftung der Freien Demokratischen Partei (FDP) und setzt sich in ihrer internationalen Arbeit weltweit für die Verteidigung der Freiheit ein. Dazu gehört ihr Einsatz für Menschenrechte, für die offene Gesellschaft, für soziale Marktwirtschaft, den liberalen Rechtsstaat und die europäische Einigung. Konkret arbeitet die Stiftung mit liberalen Parteien und Netzwerken in verschiedenen Projekten zusammen, unterstützt Menschenrechtsgruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und fördert die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten.

www.freiheit.org

Hans-Böckler-Stiftung (HBS)

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Über Studienstipendien fördert die Stiftung junge Menschen, die in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen möchten. Mit ihrem Solidaritätsfonds unterstützt die Stiftung nationale und internationale Solidaritätsarbeit. Gefördert werden Projekte mit einem emanzipatorischen Ansatz.

www.boeckler.de

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (hbs)

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die parteinahe Stiftung von Bündnis 90/Die Grünen. Die Stiftung versteht sich als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk. Sie arbeitet mit über 100 Partnerprojekten in mehr als 60 Ländern zusammen und unterhält Büros in 30 Ländern der Welt. Zudem fördert sie jährlich rund 1.000 Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen und Hochschultypen aus dem In- und Ausland, die den Zielen des grünen Projekts positiv gegenüberstehen.

www.boell.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine parteinahe Stiftung, die ideell der Christlich Demokratischen Union (CDU) nahesteht. Sie setzt sich national und international durch politische Bildung, Dialog und Beratung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Mit knapp 80 Auslandsbüros und Projekten in über 100 Ländern ist die KAS nahezu weltweit präsent. Gefördert werden Stipendiatinnen und Stipendiaten sowohl aus Deutschland als auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern.

www.kas.de

Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung GmbH gehört zu den großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Sie führt Projekte in den Themenfeldern Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung und Gesellschaft durch. Außerdem fördert die Stiftung Projekte von Dritten, die einen innovativen und beispielhaften Ansatz verfolgen, Verbesserungen anstoßen und die praktische Umsetzungen erproben.

www.bosch-stiftung.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. (RLS)

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine parteinahe Stiftung der Partei Die Linke. Sie fühlt sich dem Demokratischen Sozialismus verbunden und fördert Projekte in den Bereichen politische Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie internationale Verständigung. Über ihr Studienwerk vergibt die Stiftung zudem Stipendien an Studierende und Promovierende.

www.rosalux.de

Datensammlung zu Stiftungen in Deutschland des Bundesverbands Deutscher Stiftungen

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen unterhält die wichtigste Datensammlung zu Stiftungen in Deutschland. Die Stiftungsdatenbank umfasst mehr als 33.000 Organisationen – darunter etwa 29.000 Stiftungen – sowie rund 26.300 Personen (Stand November 2016). Zu den abrufbaren Informationen gehören Kontakt- und Strukturdaten, Angaben zu den Zwecken der Stiftungen, deren Verwirklichung sowie zu Finanzen.

Internet www.stiftungen.org

Ansprechpartner in den Bundesländern**Baden-Württemberg****Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB)**

Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg ist der Landesverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Baden-Württemberg. Er hat 154 Mitglieder – entwicklungspolitische Organisationen, lokale Initiativen, Weltläden und lokale, themen- oder länderbezogene Netzwerke. Der DEAB informiert, berät, vernetzt, bietet Weiterbildung an und vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Gesellschaft. Zudem ist er Ansprechpartner für alle Fragen, Anliegen und Themen im Bereich Eine Welt und Entwicklungspolitik.

www.deab.de

Nachhaltigkeitsbüro der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)

Das Nachhaltigkeitsbüro des LUBW leistet praxisnahe Hilfestellung für Kommunen und Initiativen bei der Umsetzung einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung vor Ort. Es bietet ein Forum für Unterstützung und Austausch, stellt Praxisleitfäden und Arbeitsmaterialien bereit, organisiert Workshops, Seminare und Informationsveranstaltungen und unterstützt Kommunen beim Erfahrungsaustausch.

www.lubw.baden-wuerttemberg.de/nachhaltigkeit/n-buero

Staatsministerium Baden-Württemberg, Referat für Entwicklungszusammenarbeit

Das Staatsministerium Baden-Württemberg unterstützt und vernetzt die vielen entwicklungspolitischen Akteure im Land. Das Referat für Entwicklungszusammenarbeit dient dabei als Koordinierungsstelle im Staatsministerium, die den Bürgerinnen und Bürgern, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Ministerien, den Kommunen und dem Landtag als direkter und kompetenter Ansprechpartner aufseiten der Regierung zur Verfügung steht. Zudem stellt es Mittel für die Förderung des entwicklungspolitischen Engagements im In- und Ausland bereit.

<http://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/europa-und-internationales/entwicklungszusammenarbeit>

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg wurde 1991 vom Land als unabhängig arbeitende, gemeinnützige Einrichtung ins Leben gerufen. Als Service-, Beratungs- und Koordinierungsstelle für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in Baden-Württemberg fördert und vernetzt sie private, kommunale und regionale Initiativen zur Verbesserung und Vertiefung der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens. Die SEZ unterstützt Projekte baden-württembergischer Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit auch finanziell.

www.sez.de

Bayern

Bayerische Landesregierung

Der Freistaat Bayern engagiert sich in unterschiedlichen Themenfeldern der Entwicklungszusammenarbeit: gute Regierungsführung, Politik- und Institutionenberatung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Klimaschutz, Umwelt und Energie, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, Ernährungssicherheit und ländliche Räume, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie Kultur, Migration und Entwicklung. Maßnahmen dazu werden von verschiedenen Ministerien sowie der Staatskanzlei durchgeführt. Die Koordinierung ressortübergreifender entwicklungspolitischer Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland

und die Vernetzung und Förderung der Eine-Welt-Arbeit ist beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie angesiedelt, das Thema kommunale Partnerschaften wiederum beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr.

www.stmwi.bayern.de/internationalisierung/entwicklungspolitik
www.stmi.bayern.de/suk/kommunen/komzusammenarbeit/partnerschaften/index.php

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Das Eine Welt Netzwerk Bayern ist das bayerische Landesnetzwerk der entwicklungspolitischen Gruppen, Weltläden und lokalen Eine-Welt-Netzwerke. Seinen 166 Mitgliedsgruppen bietet das Netzwerk Informationen zur Eine-Welt-Politik sowie Beratung und Qualifizierung. Darüber hinaus organisiert es den Erfahrungsaustausch der Mitgliedsgruppen und vertritt deren Interessen gegenüber der Bayerischen Landesregierung.

www.eineweltnetzbayern.de

Berlin

Eine Welt Stadt Berlin – Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V. (BER)

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag ist ein Netzwerk von mehr als 110 entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und Vereinen in Berlin. Er bietet eine Plattform zum Austausch und für gemeinsame Aktionen und qualifiziert mit Seminaren und in Beratungsgesprächen Haupt- und Ehrenamtliche für ihre entwicklungspolitische Arbeit. Gegenüber der Berliner Landespolitik setzt sich das Landesnetzwerk für ein zukunftsfähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein. Der BER arbeitet zu den Themen zukunftsfähiges Wirtschaften, Migration und Diaspora, Klima- und Ressourcengerechtigkeit, Globales Lernen und Dekolonisierung.

<http://eineweltstadt.berlin>

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)

Die bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe angesiedelte Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit ist die zentrale Koordinierungsstelle für Entwicklungszusammenarbeit des

Landes Berlin. Im Rahmen der Länderkompetenzen konzentriert sich die LEZ auf die entwicklungspolitische Inlandsarbeit. Handlungsfelder sind Globales Lernen, Faires und nachhaltiges Wirtschaften, kommunale Entwicklungszusammenarbeit, nachhaltige Städte und internationale Kooperationen.

www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/europa-und-internationales/landesstelle-fuer-entwicklungszusammenarbeit

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken unterstützt Projekte ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen und ihrer Partnerorganisationen in mehr als 50 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Gefördert werden Partnerschaftsprojekte der Entwicklungszusammenarbeit sowie entwicklungspolitische Bildungsprojekte in Deutschland wie Seminare, Veranstaltungsreihen, Ausstellungen und Austauschprogramme. Im Auftrag der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Berliner Senats verwaltet die Stiftung zudem die Fördermittel des Landes Berlin für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen, die in Berlin ihren Sitz haben. Darüber hinaus betreut sie das Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ des Landes Brandenburg, mit dem junge Menschen aus Brandenburg in einem Land in Afrika, Asien oder Lateinamerika mit gleichaltrigen Jugendlichen in sozialen und gemeinwohlorientierten Projekten gemeinsam arbeiten und leben können. Seit August 2017 verwaltet die Stiftung auch die Mittel des von der Sächsischen Staatskanzlei aufgelegten Programms für entwicklungspolitische Kleinprojekte.

www.nord-sued-bruecken.de

Brandenburg

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz

Die Federführung für die Entwicklungspolitik innerhalb der Brandenburgischen Landesregierung liegt beim Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz. Zu den Aufgaben gehören die Sensibilisierung für Probleme der nachhaltigen Entwicklung, die Bereitstellung von Information über globale Zusammenhänge, die Mitorganisation des „Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg“. Das vom Land aufgelegte Förderprogramm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ sowie

die Förderung von In- und Auslandsprojekten erfolgt über die Stiftung Nord-Süd-Brücken.

<https://mdjev.brandenburg.de/europa/entwicklungspolitik.html>

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)

Der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Gruppen, Initiativen und Vereine im Land Brandenburg. Im Themenspektrum Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit fördert VENROB den Aufbau und die Erweiterung von Kompetenzen und unterstützt die kommunale Entwicklungspolitik, Nord-Süd-Kontakte sowie Partnerschaften im Rahmen des Rio-Nachfolgeprozesses. Gegenüber der Landesebene vertritt VENROB die Interessen seiner Mitglieder und beteiligt sich an der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs und am „Landesaktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

www.venrob.org

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Siehe unter Berlin

Bremen

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN)

Das BeN ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Initiativen, Vereine und Gruppen auf Bremer Landesebene. Es dient der gemeinsamen Koordination nach innen und der zentralen Interessenvertretung nach außen. Thematische Schwerpunkte des BeN bilden unter anderem die Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie die Themen Beschaffung, Fairer Handel sowie Sport und Entwicklung.

www.ben-bremen.de

Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit

Die Federführung für die Bremer Entwicklungszusammenarbeit liegt bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Durch Informations- und Bildungsarbeit sowie finanzielle Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen

Bildungsarbeit sowie Beratung und Vernetzung soll ein Beitrag zur Armutsbekämpfung, ökologischen Nachhaltigkeit und Demokratieentwicklung in Ländern des Globalen Südens geleistet werden.

www.ez.bremen.de

Hamburg

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg ist der Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen in Hamburg und zählt fast 90 Gruppen und Einzelpersonen zu seinen Mitgliedern. Das Netzwerk bietet Informationen, organisatorisches Rüstzeug und Unterstützung bei der Vernetzung. Ziel ist es, die Mitglieder bei ihren vielfältigen Aufgaben zu unterstützen, ein gemeinsames Sprachrohr nach außen zu sein und dem Engagement für eine gerechte, demokratische und friedliche Welt in der Öffentlichkeit ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

www.ewnw-hamburg.de

Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE)

Die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung wurde von norddeutschen Umwelt- und Eine-Welt-Organisationen und den beiden großen Kirchen gegründet. Die Mittel für die Projektförderung stammen aus Kapitalerträgen, Spenden und Lotterie-Überschüssen. Gefördert werden vorbildhafte Aktivitäten in den Bereichen Natur- und Umweltschutz, Umweltbildung, Entwicklungszusammenarbeit sowie entwicklungspolitische und interkulturelle Bildungsarbeit, die einen räumlichen Bezug zum Land Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern haben.

www.nue-stiftung.de

Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

Ansprechpartner für die Entwicklungspolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg ist die Senatskanzlei. Zu den Schwerpunkten der Arbeit gehören die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Hamburg sowie die finanzielle Förderung von Projekten und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland.

www.hamburg.de/entwicklungspolitik

Hessen

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen ist der Zusammenschluss von entwicklungspolitischen Organisationen und Eine-Welt-Gruppen in Hessen zur Vernetzung der eigenen Arbeit vor Ort. Als unabhängiger Dachverband bündelt und vertritt das EPN Hessen die Anliegen und Ziele seiner Mitglieder. Es setzt sich für eine verbesserte öffentliche Wahrnehmung entwicklungspolitischer Themen und Debatten ein und stärkt durch Qualifizierung, Zusammenarbeit mit Verbänden, Institutionen und Hochschulen, Lobbyarbeit und Dialog mit Landesregierung, Landtag und Parteien sowie Beratung, Vermittlung und Beratung das entwicklungspolitische Engagement in Hessen.

www.epn-hessen.de

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Hessen ist im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung angesiedelt. Zum Tätigkeitsbereich gehören die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie die finanzielle Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, die nach Möglichkeit mit der Außenwirtschaft verzahnt sind und einen Bezug zu den Partnerregionen des Landes haben. Die operative Durchführung der Förderung entwicklungspolitischer Zusammenarbeit hat das Ministerium der HA Hessen Agentur GmbH übertragen, die bei der Umsetzung durch die Hessen Trade & Invest GmbH unterstützt wird.

<https://wirtschaft.hessen.de/wirtschaft/ausenwirtschaft/entwicklungspolitische-zusammenarbeit>

Mecklenburg-Vorpommern

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Im Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern sind Vereine, Initiativen und Einzelpersonen aus Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen, die sich für weltweite Gerechtigkeit und zukunftsfähige Entwicklung einsetzen. Als Dachverband fördert das Landesnetzwerk die Informations- und Bildungsarbeit sowie die Vernetzung und Qualifizierung seiner

Mitglieder. Zudem vertritt das Landesnetzwerk ihre gemeinsamen Interessen gegenüber dem Land.
www.eine-welt-mv.de

Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Federführend für die Entwicklungszusammenarbeit im Land Mecklenburg-Vorpommern ist die Staatskanzlei. Sie koordiniert die Aufgaben mit den beteiligten Ressorts und allen beteiligten gesellschaftlichen Einrichtungen. Das Land unterstützt Nichtregierungsorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern aus Überschüssen der Lotterie BINGO. Diese Mittel werden der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) zur Verfügung gestellt, die die Gelder zur Förderung von Umwelt- und Naturschutzprojekten sowie für Entwicklungshilfeprojekte einsetzt.
www.regierung-mv.de

Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE)

Siehe unter Hamburg

Niedersachsen

Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung (NBU)

Die aus der Niedersächsischen Umweltstiftung und der Niedersächsischen Lottostiftung hervorgegangene NBU fördert aus Erträgen von „BINGO! – Die Umweltlotterie“ Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Umweltbildung. Antragsberechtigt sind gemeinnützige Organisationen mit Sitz in Niedersachsen.
www.bingo-umweltstiftung.de

Niedersächsische Staatskanzlei

Im Land Niedersachsen ist die Entwicklungszusammenarbeit in der Staatskanzlei verortet. Das Land fördert das entwicklungsbezogene bürgerschaftliche Engagement durch Zuschüsse an den Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN), der im Auftrag der Landesregierung Vereine und Initiativen durch Beratung, Koordination und Netzwerkarbeit unterstützt. Eine finanzielle Fördermöglichkeit besteht über die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung (NBU).
www.niedersachsen.de/politik_staat/europa_internationales/internationale_beziehungen/entwicklungszusammenarbeit/entwicklungspolitik-19848.html

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist das Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Weltläden. Schwerpunkt ist die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. VEN fördert aus Mitteln des Landes zahlreiche Projekte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vor Ort und mit Organisationen im Globalen Süden.
www.ven-nds.de

Nordrhein-Westfalen

Eine Welt Netz NRW

Das Eine Welt Netz NRW ist Landesnetzwerk und Dachverband entwicklungspolitischer Vereine und Engagierter in Nordrhein-Westfalen. Arbeitsschwerpunkte sind die Unterstützung und Beratung im Eine-Welt-Engagement, internationale Freiwilligendienste und Reverse-Programme, Bildungs- und Öffentlichkeitsprojekte, Vernetzung, Service und Fortbildungen zur Eine-Welt-Arbeit in NRW sowie die politische Interessenvertretung der Zivilgesellschaft. Außerdem organisiert das Eine Welt Netz NRW landesweite Aktionen.
<https://eine-welt-netz-nrw.de>

Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales

Im Land Nordrhein-Westfalen ist die Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit im Geschäftsbereich des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales bei der Staatskanzlei verortet. Zu den Schwerpunkten der Arbeit gehören die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und die Förderung der internationalen Beziehungen des Landes insbesondere in Afrika (Ghana und Mpumalanga/Südafrika). Die verschiedenen entwicklungspolitischen Förderprogramme werden von Engagement Global, Außenstelle Nordrhein-Westfalen, durchgeführt.
<https://mbem.nrw.de/einewelt>

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wurde 2001 durch das Land gegründet. Sie unterstützt gemeinnützige Organisationen durch Projektberatung und -finanzierung. Sie fördert Projekte zu Umweltbildung, Ressourcenschonung, Klima- und Umweltschutz, zur entwicklungspolitischen Bildung und Information, zum Globalen Lernen und zum Fairen Handel sowie zum interkulturellen Lernen, sofern es um die Themen Umwelt oder Entwicklung geht. Die Aktivitäten müssen sich an Menschen in Nordrhein-Westfalen richten. Die Stiftung finanziert ihre Arbeit aus Glücksspielerlösen, die an das Land abgeführt werden, und aus Steuermitteln.
www.sue-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN)

Das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz ist der Zusammenschluss von entwicklungspolitischen Vereinen und Eine-Welt-Initiativen in Rheinland-Pfalz. Zum Tätigkeitsbereich gehören Informations- und Bildungsarbeit, Beratung, Fortbildung und Qualifizierung sowie Vernetzung. In Absprache mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes vergibt ELAN Lotto-Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz oder für Projekte im Ausland.
<http://elan-rlp.de>

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Im Land Rheinland-Pfalz ist die Entwicklungspolitik im Ministerium des Innern und für Sport angesiedelt. Zu den Schwerpunkten gehören die Koordination der Partnerschaft des Landes mit Ruanda und die Unterstützung beim Aufbau von Schulpartnerschaften und Schüleraustauschen. Zudem unterstützt die Landesregierung das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen und privaten Träger mit einem eigenen Haushaltstitel. Gefördert werden Projekte im Ausland sowie Maßnahmen der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Vernetzungsarbeit in Rheinland-Pfalz.

<https://mdi.rlp.de/de/unsere-themen/partnerschaften-entwicklungspolitik>
www.einewelt.rlp.de

Saarland

Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlands

Im Saarland gehört die Entwicklungszusammenarbeit in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur. Der Schwerpunkt liegt auf der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, also in den Bereichen Globales Lernen, Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung. In Bezug auf die Nichtregierungsorganisationen im Land konzentriert sich die Arbeit auf die gemeinsame Entwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien, die finanzielle Förderung von Projekten im In- und Ausland, Projektbegleitung und -umsetzung sowie gemeinsame Veranstaltungsplanung und Koordinierung und Planung öffentlicher Fachgespräche.

www.saarland.de/entwicklungszusammenarbeit.htm

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V. (NES)

Das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland ist der Dachverband saarländischer Nichtregierungsorganisationen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen. Zu den Hauptaufgaben von NES gehören die Förderung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit im Inland, die Unterstützung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in Nord und Süd sowie die kritische Analyse staatlicher Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene.

www.nes-web.de

Sachsen

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V. (ENS)

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen. Zur Arbeit des Netzwerks gehören die Interessenvertretung der Mitglieder auf Landes- und Bundesebene, die Förderung der Zusammenarbeit im Land und mit

regionalen, überregionalen und internationalen Organisationen, Beratung, Informations- und Fortbildungsangebote sowie die Vermittlung entwicklungspolitischer Themen und der Austausch über Methoden und thematische Weiterbildungen.
www.einewelt-sachsen.de

Sächsische Staatskanzlei

Die Entwicklungszusammenarbeit des Freistaates Sachsen wird in der Sächsischen Staatskanzlei koordiniert. Seit 2017 unterstützt der Freistaat neben der breit angelegten entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland auch entwicklungspolitische Projekte und Initiativen im Ausland. Zudem gibt es seit August 2017 ein Förderinstrument für sächsische gemeinnützige private Träger, die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland planen und durchführen möchten. Gefördert werden beispielsweise Bildungsprojekte, Infrastrukturprojekte, Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes, Projekte zur Geschlechtergerechtigkeit und humanitäre Maßnahmen. Die Beantragung und Bewilligung der Projektanträge erfolgt im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken.
www.sachsen.de

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Siehe unter Berlin

Sachsen-Anhalt

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V. (ENSA)

Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt ist der Dach- und Fachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Sachsen-Anhalt. Schwerpunkt der Arbeit ist die Förderung nachhaltiger Entwicklung. Dazu engagiert sich das Netzwerk in den Bereichen Globales Lernen, nachhaltiger Konsum und Fairer Handel sowie interkulturelle Arbeit. Zu den Serviceleistungen gehören Lobbyarbeit für entwicklungspolitische Anliegen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Zusammenarbeit, Beratung und Information.
www.ewnsa.de

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt erfolgt die landesweite Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit des Landes sind die entwicklungsbezogene Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Förderung entwicklungsbezogenen tätiger Nichtregierungsorganisationen, die Aus- und Fortbildung ausländischer Fach- und Führungskräfte sowie die Unterstützung von Maßnahmen der humanitären Hilfe.
www.sachsen-anhalt.de

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Siehe unter Berlin

Schleswig-Holstein

BINGO!-Projektförderung Schleswig-Holstein

Die BINGO!-Projektförderung Schleswig-Holstein arbeitet im Auftrag der Landesregierung, die für die Verwirklichung von Umwelt- und Entwicklungsprojekten das Zweckertragsaufkommen von „BINGO! – Die Umweltlotterie“/NordwestLotto Schleswig-Holstein zur Verfügung stellt. Unterstützt werden vorbildhafte Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz, in der Natur- und Umwelterziehung und der Natur- und Umweltbildung, der Entwicklungszusammenarbeit sowie des Globalen Lernens. Antragsberechtigt sind gemeinnützige Initiativen und Organisationen mit Sitz und Wirkungskreis in Schleswig-Holstein.
www.projektfoerderung.de

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)

Das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Organisationen in Schleswig-Holstein. Schwerpunktthemen der Arbeit sind Fairer Handel, globale Partnerschaften und Entwicklung, Globales Lernen sowie Migration und Entwicklung. Zu den Serviceleistungen gehören Informationen, Materialien, Fortbildungen sowie Projektentwicklung, Finanzierung und Förderung.
www.bei-sh.org

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wird die Entwicklungspolitik im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung koordiniert. Schwerpunkte sind neben der Unterstützung von kommunalen und schulischen Nord-Süd-Partnerschaften Maßnahmen der Bewusstseinsbildung etwa in den Bereichen nachhaltige und Faire Beschaffung und Fairer Handel sowie Bildungsarbeit im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die Landesregierung unterstützt Aktivitäten entwicklungspolitischer Initiativen unter anderem über eine jährliche Zuwendung an das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI). Entwicklungsbezogene Projekte von Nichtregierungsorganisationen werden durch Zweckerträge der landeseigenen Lotterie BINGO! bezuschusst. www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/v_node.html

Thüringen

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V. (EWNT)

Das Eine Welt Netzwerk Thüringen ist das entwicklungspolitische Landesnetzwerk Thüringens. Es fördert die Vernetzung und Kooperation der Eine-Welt-Akteure und anderer zivilgesellschaftlicher und staatlicher Einrichtungen, stärkt deren Arbeit mit Fortbildungs- und Beratungsangeboten und ist Ansprechpartner für Menschen, die sich in Thüringen für eine global nachhaltige Entwicklung einsetzen. Mit seinen Bildungs- und Informationsprojekten und der Fachbibliothek für Entwicklungspolitik und Globales Lernen leistet das Landesnetzwerk einen Beitrag, Menschen für globale Fragestellungen zu sensibilisieren und ihre Kompetenzen zu stärken. www.ewnt.de

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Siehe unter Berlin

Thüringer Staatskanzlei

In Thüringen ist die Entwicklungszusammenarbeit in der Staatskanzlei angesiedelt. Neben Initiativen und Projekten des entwicklungspolitischen Netzwerks EWNT unterstützt die Landesregierung die Arbeit von gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen und anderen nicht staatlichen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit durch gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. www.thueringen.de/th1/internationales/entwicklungszusammenarbeit/index.aspx

Kurzprofile von Fördereinrichtungen und Förderprogrammen

„Aktionsgruppenprogramm“ (AGP) von Engagement Global

Mit Förderzuschüssen von bis zu 2.000 Euro unterstützt das „Aktionsgruppenprogramm“ Kleinprojekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit von Schulen, Kindertagesstätten, Aktionsgruppen und ehrenamtlichen Initiativen.

www.engagement-global.de/agp-aktionsgruppen-programm.html

ASA-Programm von Engagement Global und „ASA-Kommunal“

Ziel des entwicklungspolitischen Lern- und Qualifizierungsprogramms ist es, jungen Menschen Handlungs- und Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, damit sie langfristig und wirksam in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen können. Gefördert werden Stipendien für dreimonatige Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Im Programm „ASA-Kommunal“ bringt ASA in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) junge Menschen und Kommunen zusammen, die sich in internationalen kommunalen Partnerschaften oder Projekten entwicklungspolitisch engagieren.

<https://asa.engagement-global.de>

bengo – BMZ-Förderung und EU-Beratung von Engagement Global

bengo ist eine Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Beratung erfolgt zu allen Fragen rund um die Förderung von Auslandsprojekten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zudem berät bengo Nichtregierungsorganisationen und Kommunen zu den Fördermöglichkeiten von EuropeAid für Projektvorhaben in Entwicklungsländern und zu entwicklungspolitischen Bildungsprojekten innerhalb der Europäischen Union (EU). Die Unterstützung reicht dabei von der Vorbereitung der Antragstellung bis zum Projektabschluss.

<https://bengo.engagement-global.de>

<https://eu-beratung.engagement-global.de>

Engagement Global gGmbH, Außenstelle Nordrhein-Westfalen

Die Außenstelle Nordrhein-Westfalen von Engagement Global führt als Partner und im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen Förderprogramme für entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, Kommunen und Einzelpersonen durch. Darüber hinaus stehen eigene Bildungsmaßnahmen auf dem Programm.

www.engagement-global.de/ausenstelle-duessel-dorf.html

„Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm“ (ENSA) von Engagement Global

ENSA von Engagement Global fördert Schulpartnerschaften zwischen weiterführenden Schulen in Deutschland und Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Südosteuropas durch inhaltliche Beratung und finanzielle Zuschüsse.

<https://ensa.engagement-global.de>

Europäisches Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid)

EuropeAid ist die zentrale Stelle für die praktische Umsetzung der Entwicklungspolitik der Europäischen Union (EU). Es verwaltet die Außenhilfeprogramme und -projekte der EU und gewährleistet weltweit die Bereitstellung der Hilfe.

<https://ec.europa.eu/europeaid>

„Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB) von Engagement Global

FEB von Engagement Global fördert im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit Projekte von gemeinnützigen Organisationen mit Sitz in Deutschland.

www.engagement-global.de/feb-foerderprogramm.html

„Finanzierungsratgeber“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Der „Finanzierungsratgeber“ der Servicestelle ist eine umfangreiche Datenbank zu Fördermöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit und zur Umweltbildung. Es werden Informationen zu Förderschwerpunkten, Antragsmodalitäten, Förderhöhe und Ansprechpartnern gegeben. Die Datenbank beinhaltet eine Suchfunktion nach Themenschwerpunkten und Fördergebieten.

<https://skew.engagement-global.de/finanzierungsratgeber.html>

Nützliche Internetseiten, Datenbanken und Partnerschaftsbörsen

Datenbank der kommunalen Partnerschaften und Partnergesuche ausländischer Kommunen

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) informiert in der Datenbank der kommunalen Partnerschaften über bestehende Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte deutscher Städte, Landkreise und Gemeinden mit entsprechenden Einrichtungen im europäischen und außereuropäischen Ausland. Zudem veröffentlicht die Deutsche Sektion des RGRE Partnergesuche ausländischer Kommunen. www.rgre.de/datenbank_informationen.html
www.rgre.de/gesuche_ausland.html

Datenbank der Kommunalpartnerschaften in Baden-Württemberg

Der Gemeindetag Baden-Württemberg stellt auf diesem Portal die kommunalen Partnerschaften des Landes vor und veröffentlicht aktuelle Partnerschaftsgesuche von ausländischen Kommunen. www.kommunalpartnerschaften-bw.de

Datenbank der Städtepartnerschaften im Saarland

Die Datenbank der saarländischen Regierung liefert einen Überblick über die kommunalen Partnerschaften des Saarlandes und ihre Projekte. www.partnerschaftsprojekte.saarland.de

Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik

Das Portal des World University Service (WUS) stellt das entwicklungspolitische Engagement der 16 deutschen Bundesländer vor. www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de

Eine-Welt-Adressen in Nordrhein-Westfalen

Auf dem Portal des Eine Welt Netzes NRW sind Adressen rund um das Thema Eine Welt in Nordrhein-Westfalen aufgelistet. https://eine-welt-netz-nrw.de/adressen/?no_cache=1

Portal „Bayern – Eine Welt“

Das Eine Welt Netzwerk Bayern informiert auf der Internetseite über die Verbindungen zwischen Bayern und der Welt und darüber, wer mit wem zu welchem Thema zusammenarbeitet.

www.bayern-einewelt.de

Portal der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) für Globales Lernen

Der Bereich Nord-Süd-Partnerschaften vom Portal der EWIK für Globales Lernen informiert über globale Partnerschaften von Schulen, Kommunen, Kirchengemeinden oder Vereinen.

www.globaleslernen.de/de/service/datenbanken

Portal Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz und Portal zur Landespartnerschaft mit Ruanda

Das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz und das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz bieten Kommunen, Vereinen, Kirchen und Schulen im Land mit dem Portal die Möglichkeit, Akteure und Projekte regional und thematisch zu recherchieren und sich über aktuelle entwicklungspolitische Themen in Rheinland-Pfalz zu informieren. Zudem informiert der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda auf einem weiteren Portal über diese Landespartnerschaft.

www.einewelt.rlp.de

www.rlp-ruanda.de

Portal „Niedersachsen – Eine Welt“

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen unterhält zwei Datenbanken: die Datenbank „Entwicklungspolitisch Aktive Institutionen“ mit Akteuren, die vor Ort in Niedersachsen aktiv sind, und die Datenbank „Internationale Partnerschaften“ mit den niedersächsischen Eine-Welt-Partnerschaften aus den Bereichen Schule, Kirche, Nichtregierungsorganisationen, Landesregierung und Kommunen.

www.niedersachsen-einewelt.de/Institutionen.html

www.niedersachsen-einewelt.de/partnerschaften.html

„Twinning Market“

Neben allgemeinen Informationen zur Welt der Partnerschaften bietet der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Council of European Municipalities and Regions, CEMR) auf dem Internetportal eine Kontaktbörse für europäische Kommunen, die auf der Suche nach Partnerkommunen sind.

www.twinning.org

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit: <https://skew.engagement-global.de/publikationen.html>.

„Dialog Global“-Schriftenreihe:

- Nr. 49: Rechtliche Aspekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland. Bonn, Januar 2018
- Nr. 48: Rechtliche Rahmenbedingungen des Engagements von Geflüchteten. Ein Praxisleitfaden. Bonn, Oktober 2017
- Nr. 47: Kommune bewegt Welt – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung 2016. Dokumentation. Bonn, September 2017
- Nr. 46: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der vierten Projektphase. Bonn, April 2017
- Nr. 45: Nachhaltig Einkaufen im Rathaus. Ein Praxisleitfaden. Bonn, März 2017
- Nr. 44: 2030 vor der Haustür. Kommunen, Fairer Handel und die neue Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen. Bonn, Januar 2017
- Nr. 43: Network Meeting Migration & Development at the Local Level. 9–10 November 2015, Cologne. Report. Bonn, Oktober 2016
- Nr. 42: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten 2016. Bonn, Oktober 2016
- Nr. 41: Zwischenevaluation des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“. Executive Summary. Bonn, September 2016
- Nr. 39: Global Nachhaltige Kommune. Bonn, März 2016
- Nr. 37: Hauptstadt des Fairen Handels 2015. Bonn, Februar 2016

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 95: Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Asien“, 19. bis 21. Juni 2017 in Bonn. Bonn, November 2017
- Nr. 94: Dokumentation der Veranstaltung „Umsetzung der Agenda 2030 in Städten und Kommunen

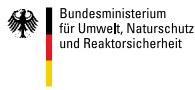
voranbringen“, 26. bis 27. Juni 2017 in Hamburg. Bonn, November 2017

- Nr. 92: Internationaler Auftaktworkshop des Projekts „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“, 15. bis 16. Januar 2017 in Gelsenkirchen. Bonn, August 2017
- Nr. 91: Zweiter Runder Tisch „Kommunale Partnerschaften mit China“, 5. und 6. April 2017 in Dresden. Bonn, August 2017
- Nr. 90: 2nd European Network Meeting Migration & Development at the Local Level: Linking Actors and Policies. 29th–30th November 2016 in Cologne. Report. Bonn, August 2017
- Nr. 89: „Kommunale Klimapartnerschaften“ – Präsentation der Handlungsprogramme der vierten Projektphase. Internationaler Workshop vom 21. bis 23. November 2016 in Karlsruhe. Bonn, August 2017
- Nr. 88: Dritter Runder Tisch „Kommunale Partnerschaften mit Burkina Faso“, 4. bis 5. November 2016 in Melsungen. Bonn, Mai 2017
- Nr. 87: Zweiter Runder Tisch „Kommunale Partnerschaften mit der Mongolei“, 24. bis 25. November 2016 in Bonn. Bonn, Mai 2017

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Bonn 2017
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2017
- Flucht und kommunale Entwicklungspolitik. Gemeinsam globale Verantwortung übernehmen. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 9-2017 von welt-sichten)
- Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 8-2016 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung der SKEW.

Unter Mitwirkung von: Freistaat Bayern, Land Berlin, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Niedersachsen, Saarland, Land Schleswig-Holstein, Freistaat Thüringen, Gemeinde Aidlingen, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Bundesstadt Bonn, DBB Beamtenbund und Tarifunion, DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V., Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Jena, Stadt Karlsruhe, Stadt Köln, Landeshauptstadt München, Stadt Nürnberg, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Kreis Steinfurt, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung